

Hartmut Häußermann
Marginalisierung in
der Großstadt

Susanne Heeg
Vom Ende der Stadt
als staatlicher Veranstaltung

Ausgabe 2 | 01
Heft 118
9,50 DM
März |
April 2001

Horst Heimann
Von den Franzosen
lernen?

Im Forum DL21: u.a.
Wolfgang Thierse, Rolf
Schwanitz, Otmar Schreiner

ZUKUNFT DER STADT



von Horst Peter

„Kanzler, was sollen wir noch essen?“ ist der verzweifelt ratlose Aufschrei von „Bild“ – am 25. Januar 2001 in zentimeterhohen Lettern. „Bild“ fragt den Kanzler im Namen – ja von wem eigentlich?

Die zum Ausdruck kommende Ratlosigkeit ist Zeichen der Krise in den Köpfen, die die Bovine Spongiforme Enzephalopathie (schwammförmige Gehirnerkrankung der Rinder) oder volkstümlich BSE nicht nur bei den Rindern ausgelöst hat.

Die Verbraucher zweifeln an der Unmöglichkeit unproblematische Nahrungsmittel identifizieren zu können. Welches Fleisch kann ich unbedenklich essen? Aber – was ist in der Wurst? Ist Schweinefleisch eine Alternative zum Rind? Aber – wie sieht es mit „Schweine-doping“ durch Antibiotika oder Wachstumshormone aus? Werden wir durch Fleisch essen im Falle von Krankheit gegen bewährte Arzneimittel resistent? Oder – wie sieht es mit den Bestandteilen der Nahrungsmittel allgemein aus? Was ist mit Gen-Soja, was mit Fertiggerichten? Wer kann die komplizierten Informationen über Nahrungsmittelbestandteile und Zusatzstoffe verstehen? Oder wie sieht es mit den Rahmenbedingungen der Fleischherzeugung aus? Wie gesund ist Fleisch aus nicht artgerechter Haltung überhaupt, wie sind Tiere aufgezogen und gefüttert worden? Kommen sie aus Ländern, die besonders risikoträchtig sind? Kommen Gefährdungen von kranken Tieren über die Gülle in unsere Böden und die Pflanzen? Fragen über Fragen misstrauisch gewordener Verbraucher. Aber auch die Bauern beginnen zu fragen: nach der Unbedenklichkeit der Milchaustauscher zur Aufzucht der Jungtiere, nach der Artgerechtigkeit der Futtermittel und ob die Hersteller und Lieferanten verlässlich sind.

Auch hier die Fragen: was ist drin? Wem kann ich glauben? Da helfen auch keine öffentlichen Bekundungen der Unbedenklichkeit mehr. Schließlich war Deutschland nur BSE-frei, weil nicht getestet wurde. Schließlich ist das bayerische Ökosiegel seinen Namen nicht wert, seit Bayern Spitzenreiter bei BSE-Fällen ist. Politikersymbolhandlungen wie öffentlicher Rindfleisch- und Wurstverzehr wirken höchstens noch lächerlich. Selbst bekennende „life-style“-Verfechter in den talk-shows wirken megagout. Konjunktur haben Verbraucher-schützer, Ernährungswissenschaftler,

Öko-Landwirte, bekennende Vegetarier und Verfechter natürlicher Lebensweisen unterschiedlicher Provenienz.

Kurzum: Verstand im bürgerlichen Drama des 19. Jahrhunderts Meister Anton die Welt nicht mehr so sind es im sich globalisierenden 21. Jahrhundert der Verbraucher und der Bauer, der die Welt nicht mehr verstehen.

Zu bezweifeln ist, dass die neoliberalen Welterklärer und die Priester des share-holder-value-Kapitalismus oder die global mobile jet-set-Kaste des internationalen Managements und ihre Nachbeter in Medien, Politik und Wissenschaft zum Verstehen der Welt wesentliches beitragen. Das Streben nach der größtmöglichen aktuellen Rendite von Kapitalanlagen, die Diffamierung staatlichen Handelns als Hindernis des freien Kapitalverkehrs in der globalisierten Wirtschaft, die Deklaration der Erde als homogener Raum, durchgängig und durchlässig, in dem Kapital und Waren ungehindert zirkulieren können, erklären die Welt nicht, sondern sind Ursache der gegenwärtigen Ernährungskrise. Die Erde ist eben kein einziger Marktplatz, auf dem Produktionsfaktoren dort gekauft werden, wo sie am billigsten sind (global-sourcing), und Waren dort abgesetzt werden, wo sie den besten Preis erzielen (global marketing). Die Natur setzt dieser Wirtschaftsweise Grenzen, deren Überschreiten nur für den Preis krisenhafter Zuspitzungen zu haben ist, die mehr sind als kapitalistische Kollateralschäden. Die neoliberalen Welterklärer können im besten Falle nur den einen Teil der Wirtschaftsweise erklären: die Mechanismen der Produktion von Tauschwerten und der privaten Aneignung des Mehrwerts unter den Bedingungen globalisierter Finanzmärkte. Die stoffliche Seite der Wirtschaft und deren von den Eigenschaften der Natur gesetzten Grenzen wird ausgeblendet. Das ist nur möglich, weil diese Sichtweise auch den Konsumenten eigen ist: der Preis eines Nahrungsmittels prägt die Kaufentscheidung und nicht die Qualität eines Lebensmittels. Die Tauschwertproduktion unterwirft sich der Gebrauchswertseite der Waren und blendet die Risikoseite aus. Tschernobyl hat die destruktive Seite der Energieproduktion am Beispiel der Atomindustrie erhellt. BSE ist der größte anzunehmende Unfall der Nahrungsmittelproduktion: hier bündeln sich die unterschiedlichsten Risikolinien unterschiedlicher Produktionen und auch Krankheitserreger. Die weltweit vernetzte Produktion soll

die größte Menge zu möglichst geringen Preisen bei höchstmöglichen Gewinnen den share-holdern garantieren. Dazu müssen natürliche Regelkreisläufe der Natur unterbrochen werden. Dünger aus der Chemieindustrie, Herbizide ebenfalls von dort, bio- oder gentechnische Veränderung von Pflanzen, Konservierungsstoffe zur Ermöglichung weltweiter Transporte, Wachstumshormone und Tierarzneimittel aus der Pharmaindustrie, Verarbeitung von Tierkadavern zu Futtermitteln auch für nicht fleischfressende Tiere.

Dies alles in weltweiten Kreisläufen, die oft in Fernost beginnen, transportiert weltweit mögliche Krankheitserreger und Giftstoffe auf unsere Tische. Dieser ernährungsindustrielle Komplex ist höchst krisenanfällig mit allen Konsequenzen kapitalistischer Strukturkrisen: Markteinbrüche, Firmenzusammenbrüche, Verlust von Arbeitsplätzen.

Kurzum: die richtige Fragestellung lautet nicht „Kanzler, was sollen wir noch essen?“ sondern: „wie ist die ökologische Krise des Ernährungssystems innerhalb der vernetzten Weltwirtschaft lösbar?“ Gibt es für eine naturverträgliche Produktion von Lebensmitteln einen praxisfähigen Entwicklungsweg? Welche Änderungen der Wirtschaftsweise und der Politik sind erforderlich, um ökologische Entwicklungen einzuleiten? Wie verträglich ist die Einbeziehung der Natur in die Wirtschaft mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschrittsmodell der Moderne?

Die Ansätze von Gerhard Schröder („Die Landwirtschaft von der Ladentheke her reformieren“) und Renate Künast („Masse statt Klasse“, „In die Kuh nur Wasser und Gras“) sind richtige Antworten. Ob sie erfolgreich sind, hängt von einem Bündel von Reformmaßnahmen ab: Regionale Grundversorgung, die ökologisch kontrollierbar ist, Bindung der artgerechten Aufzucht an die Fläche, Kontrolle der Stoffkreisläufe in der Nahrungsmittelkette, Umkehr der Beweislast über die Qualität der Nahrungsmittel, damit sie Lebensmittel genannt werden können und kriminelle Panscherei bekämpft werden kann, Bindung von Subventionen an ökologische Ziele. Vorallem aber: Kampf um das Vertrauen der Verbraucher durch Information und Transparenz.

Kurzum: Wer nicht weiß, was er/sie isst, weiß auch nicht, wer er/sie ist. Auch die Linke muss wissen, was sie is(s)t.

INHALT

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin) (†)
Edelgard Bulmahn (Hannover)
Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
Klaus Dörre (Recklinghausen)
Katrin Fuchs (Wiel)
Christel Hanewinkel (Halle/S.)
Michael Krätke (Amsterdam)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Bochum)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Peter von Oertzen (Hannover)
Horst Peter (Kassel)
Rene Rösper (Hagen)
Thomas Sauer (Mölin)
Sigrid Skarpellis-Sperk (Kaufbeuren)
Thomas Westphal (Dortmund)
Ulrich Zachert (Apensen)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Uta Biermann
Björn Böhning
Stefanie Gerszewski
Oliver Kaczmarek
Barbara König
Anja Kruke
Dirk Meyer
Lars Neumann
Svea Reiners
Reinhold Rünker
Frank Schauff
Frank Wilhelm

Redaktionssekretär

Reinhold Rünker, Logo-Office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
Telefax 02 31 - 40 24 16
verlag@spw.de, redaktion@spw.de
www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
Alfred Voges

Konto des Verlages:
Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr:
Jahresabonnement DM 63,-
(bei Bankeinzug DM 60,-)
ermäßigtes Jahresabonnement
für SchülerInnen, StudentInnen,
Erwerbslose DM 55,-,
(bei Bankeinzug DM 52,-)
Auslandsabonnement DM 66,-

Abbestellungen mit einer Frist
von drei Monaten zum Jahresende.
Wir freuen uns über Manuskripte und
Zuschriften. Wenn möglich, sollen
Manuskripte per E-mail oder auf einer
MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2001.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz und Gestaltung:

Ralf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
1.-2. Tausend, März 2001

Kurzum 2

MAGAZIN

| | |
|---|----|
| <i>Björn Böhning, Benni Mikfeld</i> Arbeitsversicherung | 4 |
| <i>Dietmar Lingemann</i> Stuttgart 2001: Nach dem Grünen Parteitag | 6 |
| <i>Ulrich Zachert</i> Unzeitgemäßes zur Tarifautonomie | 7 |
| <i>Heike Schnependahl</i> Kontrolle ist out, Vertrauen ist wirksamer | 8 |
| <i>Reinhold Rünker</i> spw-intern | 10 |

FORUM DL 21

| | |
|---|----|
| <i>Wolfgang Thierse</i> Neue Weichenstellungen für Ostdeutschland | 11 |
| <i>Burkhard Zimmermann</i> Projektgruppe „Perspektiven für Ostdeutschland“ | 13 |
| <i>Rolf Schwanitz</i> Der Aufbau Ost braucht keinen kurzatmigen Aktionismus, sondern Stetigkeit und Verlässlichkeit | 14 |
| <i>Andrea Nahles</i> JUMP – Perspektive auf Zeit | 15 |
| <i>Otmar Schreiner</i> Mitbestimmung: Ein soziales und ökonomisches Erfolgsmodell | 16 |
| <i>Andrea Nahles</i> Ein selbstbewußtes Nein: NMD | 18 |
| <i>Klaus Hahnzog</i> Deutschland braucht ein modernes und humanes Zuwanderungsgesetz | 19 |

ZUKUNFT DER STADT

| | |
|---|----|
| <i>Björn Böhning, Ulf Birger Franz, Steffi Gerszewski</i> Die Zukunft der Stadt – Einleitung zum Schwerpunkt | 20 |
| <i>Gerd Walter</i> Prekär oder integrativ? | 21 |
| <i>Hartmut Häußermann</i> Marginalisierung als Folge sozialräumlichen Wandels in der Großstadt | 27 |
| <i>Klaus Störch</i> Die Soziale Stadt Hattersheim | 34 |
| <i>Arno Brandt, Wilhelm Lindberg</i> Die Zukunft des ÖPNV | 38 |
| <i>Susanne Heeg</i> Unternehmen Stadt zwischen neuen Governanceformen und Sicherheitspolitik | 41 |
| <i>Steffi Gerszewski</i> Regionalwirtschaftliche Ansätze in Dortmund | 44 |

INTERNATIONALE POLITIK

| | |
|---|----|
| <i>Astrid Sahn</i> Der Fall Milosevics - ein Szenario für Belarus? | 47 |
|---|----|

THEORIE & STRATEGIE

| | |
|--|----|
| <i>Thomas Seibert</i> Wir wollen alles! Versuch, die Spontis der 70er Jahre vor ihrer staatstragenden Derrière-Garde zu schützen. | 50 |
| <i>Horst Heimann</i> Von den Franzosen lernen? | 54 |
| <i>Rezension:</i> Horst Peter zu Alan Lipietz: Politische Ökologie | 59 |

Von der Arbeitslosenversicherung zur „Arbeitsversicherung“

Von Björn Böhning und Benjamin Mikfeld

Die Frage, in welche Richtung sich der Wohlfahrtsstaat im flexiblen Kapitalismus weiter entwickeln muss, um Individualität und Flexibilität auf der einen und Gerechtigkeit und Sicherheit auf der anderen Seite zu verwirklichen, ist eine, wenn nicht *die* Schlüsselfrage für die Zukunft sozialdemokratischer Politik. Diese Erkenntnis, und damit die Chance auf einer Überwindung des unproduktiven Gegensatzes von Modernisierung und Traditionalismus setzt sich zunehmend auch in der SPD durch. Im mit dem Motto „Sicherheit im Wandel“ überschriebenen Leitartikel des SPD-Parteivorstandes zum kommenden Parteitag findet sich folgende Formulierung: „Langfristig werden wir prüfen müssen, ob nicht der Ausbau der Arbeitslosenversicherung zu einer umfassenden Erwerbstätigenversicherung erforderlich ist. Eine solche Erwerbstätigenversicherung müsste nicht nur alle Formen selbstständiger und unselbstständiger Erwerbsarbeit umfassen, sondern auch den Versicherten zur Erhaltung ihrer dauerhaften Beschäftigungsfähigkeit Ansprüche auf Weiterbildung während ihrer Beschäftigung gewährleisten.“ Damit rückt ein politisches Projekt ins Zentrum der sozialdemokratischen Arbeitsmarktpolitik, das in den letzten Jahren bei spw und Jusos eine wichtige Rolle gespielt hat: der Umbau der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung.

Formwandel der Arbeitskraftnutzung

Hintergrund unserer Überlegungen ist neben der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit der Strukturwandel der Erwerbsarbeit, der oft als „Erosion des Normalarbeitsverhältnisses“ umschrieben wird. Dieser Wandel drückt sich auf der einen Seite aus in der Zunahme verschiedenster sogenannter „atypischer Beschäftigungsformen“. Auf der anderen Seite ist eine Zunahme des als „Intrapreneur“ oder auch „Arbeitskraftunternehmer“ bezeichneten Typs, d.h. des lohnabhängig beschäftigten aber gleichzeitig in hohem Maße eigenverantwortlich und selbstorganisiert tätigen Arbeitnehmers aber auch des Typs vom „Neuen Selbstständigen“, zu verzeichnen. Kennzeichnend für diese neuen Formen ist die qualitative Veränderungsdynamik von flexibilisierter Arbeit. Ihr liegt die Auflösung des großindustriell geprägten Produktionsmodells der Nachkriegsjahrzehnte zugrunde. Neben der wachsenden Bedeutung von Dienstleistungen kommt in dieser Entwicklung den Informations- und Kommunikationstechnologie eine Schlüsselrolle zu. Es vollzieht sich *tendenziell* ein Bruch mit den Arbeitsformen der fordistischen Epoche.

Die Linke insgesamt hat zu lange daran festgehalten, den Veränderungen in Wirtschaft und Arbeitswelt ausschließlich abwehrend entgegenzutreten. In Verbindung damit wurde lange an den Regulationskonzepten des „Modell Deutschland“ festgehalten, ohne den Anforderungen eines flexiblen Kapitalismus gerecht zu werden. Entscheidend ist unseres Erachtens nicht die Frage, ob Arbeit flexibler wird, sondern ob flexible Arbeit in ein neues wohlfahrtsstaatliches Modell eingebettet wird und die Chancen für die Beschäftigten zur Geltung kommen.

Ein erneuertes Sozialstaatsverständnis beinhaltet wesentlich eine Loslösung von passiven monetären Transferleistungen zu Gunsten einer präventiven Arbeitsmarktpolitik jenseits von repressiven „workfare-Ansätzen“. Folgende Grundprinzipien sind bestimmend:

- Employability, also die Sicherstellung von *Beschäftigungsfähigkeit* der/ des Einzelnen durch lebenslange professionelle Begleitung von Erwerbsbiografien.
- Flexicurity, also eine Konzeption, die Flexibilisierungen – vor allem solche, die im Interesse der Erwerbstätigen

sind – zulässt, aber neue Sicherheiten bietet.

- Sozialstaat à la carte, also eine Abkehr von Reaktion und Repression zugunsten einer Logik von Prävention und Auswahlmöglichkeiten. Unser Leitbild ist das der „selbstbestimmten Flexibilität“

Die Arbeitsversicherung als neuer Ansatz der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft erfordert eine neue Arbeitsmarktpolitik. Unser Vorschlag lautet, die bisherige Arbeitslosenversicherung in eine „Arbeitsversicherung“ umzuwandeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall (drohende) Erwerbslosigkeit eingetreten ist, sondern die Erwerbstätigen erwerben mit ihren Leistungen individuelle Ansprüche, z. B. an Phasen kürzerer Arbeitszeit oder Qualifizierung, die sie während der Erwerbstätigkeit oder in Übergangsphasen einlösen können. Grundsätzlich ist die Arbeitsversicherung nicht als einzelnes Instrument, sondern als neues *Steuerungsmodell* anzusehen, das in einem Neubau des SGB III bewährte alte und erforderliche neue Instrumente bündelt. Folgende *Prinzipien* sollen für die Arbeitsversicherung gelten:

- Vollbeschäftigung und Gleichstellung der Geschlechter als elementaren Auftrag der Arbeitsmarktpolitik
- Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren
- Lebensbegleitende und aktivierende Funktion der Arbeitsversicherung
- Einbeziehung Selbständiger und BeamtInnen in eine „Erwerbstätigenversicherung“

Der Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung als neues Steuerungsmodell beinhaltet *drei „Regelungskreise“*:

1. Steuerung des Arbeitsangebots und öffentliche Flankierung von Arbeitszeitverkürzung

Ohne eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeiten werden weder die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, noch die gleichberechtigte Verteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit auf beide Geschlechter zu realisieren sein. Eine schematische Reduzierung der Wochenarbeitszeit jedoch, bricht sich nicht nur an den wirtschaftlichen Realitäten, sondern auch an den Ansprüchen der Beschäftigten. Nötig ist vielmehr die Ermöglichung von übergangsweisen Ausstie-

gen aus dem Erwerbsleben. Damit wird dem Anspruch, Arbeitszeitflexibilisierung, Arbeitszeitsouveränität und Angebotssteuerung strategisch zu verzahnen aber noch nicht ausreichend Rechnung getragen. Differenzierte Formen der Wochen-, Jahres-, und Lebensarbeitszeitverkürzung müssen ermöglicht werden durch die Kombination von gesetzlichen Maßnahmen, tariflicher Politik, betrieblichen Vereinbarungen und einer arbeitsmarktpolitischen Förderung von Arbeitszeitverkürzungen durch Rechtsansprüche und gezielte Anreize.

Wir orientieren uns im ersten Regelungskreis am Prinzip der *Job Rotation*. *Job Rotation* ermöglicht flexible Auszeiten (z.B. für Weiterbildung) bei gleichzeitiger Qualifizierung von arbeitslosen ArbeitnehmerInnen durch staatlich flankierte Beschäftigung in betrieblichen Arbeitsplätzen. Diese Logik liegt auch unserem Ansatz der Arbeitsversicherung zugrunde.

2. Employability und Innovation

Der flexible Kapitalismus bringt eine Beschleunigung der Innovationszyklen hervor. Diese Entwicklung vergrößert zum einen die Notwendigkeit lebenslangen Lernens von Beschäftigten und zum anderen insbesondere auch die Qualifizierung Arbeitssuchender. Lebenslanges Lernen wird zur Grundvoraussetzung von Beschäftigungsfähigkeit. Wir schlagen folgende Maßnahmen vor:

- Die Modularisierung beruflicher und akademischer Bildungswege
Feste Berufsbilder werden weniger. Sie müssen im Laufe einer Berufsbiografie aktualisiert und durch zusätzliche Qualifikationen ergänzt werden. Folgt man der These, dass die Weiterbildung zu einem integralen Bestandteil der beruflichen Laufbahn werden muss, ergibt sich die Notwendigkeit eines Weiterbildungsportfolios für bestimmte Bildungspfade.

- Recht auf Weiterbildung
Alle Erwerbstätigen erhalten im Rahmen individueller Förderpläne einen Rechtsanspruch auf durch die Arbeitsversicherung (ko-)geförderte Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung. Jeder Beschäftigte erhält ein individuelles Qualifizierungskonto, über das er / sie verfügen kann.

3.) Verzahnung von Beschäftigungs- und Strukturförderung

Soll eine Spaltung des Arbeitsmarktes durch die Verlagerung bestimmter Dienstleistungstätigkeiten in einen

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Billiglohnsektor vermieden werden, sind dauerhafte öffentliche Ko-Finanzierungsformen unabdingbar. Dies hat in zahlreichen Krisenregionen Deutschlands dazu geführt, dass sich ein unüberschaubarer zweiter Arbeitsmarkt herausgebildet hat. Die unkoordinierte Arbeitsmarktpolitik hat eher eine Ausweitung von „Maßnahmenkarrieren“ denn eine wirkliche Brückenfunktion in den Arbeitsmarkt zur Folge gehabt. Sinnvoll ist es deshalb, den Zweiten Arbeitsmarkt im Rahmen eines *öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS)* auf eine neue Grundlage zu stellen, in den sich der bunte Mix an regionalen Projekten einfügen kann. Es gilt, Beschäftigungs- und Strukturförderung miteinander zu verzahnen und die Mittel im Rahmen einer auf die regionale Binnenwirtschaft bezogenen „zweiten Säule der Strukturpolitik“ so produktiv wie möglich zu nutzen.

Wir sehen daher die Notwendigkeit im Rahmen der Arbeitsversicherung eine integrierte Arbeits- und Gewerbeförderung zu entwickeln, in die sich Strukturanpassungsmaßnahmen, Existenzgründungsförderungen, Produktentwicklungswerkstätten, Transfergesellschaften oder öffentliche Arbeitskräftepools einpassen.

Der erste Schritt in Richtung einer Arbeitsversicherung muss im Rahmen

der geplanten Novellierung des SGB III vorgenommen werden. Diese müßte auch die Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik auf eine neue Grundlage stellen. Neben der Erweiterung der Beitragspflicht auf alle Erwerbstätigen und der Umwandlung des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung auf Wertschöpfungsbasis muss der Staat durch einen regelgebundenen steuerfinanzierten Bundeszuschuss in die Verantwortung genommen werden. Zudem brauchen wir eine Budgetausgleichspolitik in der Arbeitsförderung, um das Prinzip „Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren“ zu realisieren.

Unseren Ansatz der Arbeitsversicherung wollen wir jedoch nicht missverstanden sehen als Abkehr von der Zahlung monetärer Transferleistungen in Zeiten von Erwerbslosigkeit. Das Ziel einer modernen Sozialpolitik muss es nach wie vor sein, eine bedarfsorientierte Grundsicherung einzurichten, die mindestens das sozialkulturelle Existenzminimum deckt, steuerfinanziert ist und im Bedarfsfall die Leistungen aus anderen Zweigen der sozialen Sicherung aufstockt.

[Dieser Artikel ist eine Kurzfassung eines Arbeitspapiers des Jusos-Bundesverbandes. Die Langversion ist unter <http://www.jusos.de/aktiv/zukunftschancen/index.html> abrufbar.]

spw

Stuttgart 2001: Die Zukunft der Grünen

Erkenntnisse finden in Sackgassen statt.
(B. Brecht)

Von Dietmar Lingemann

Die „Zukunft der Grünen“ stand da an der Wand in riesigen Lettern – zwar mit unsichtbarer Tinte geschrieben, aber von beinahe allen intensiv wahrgenommen, die den Parteitag beobachtet und analysiert haben. Das tatsächlich sichtbare, etwas peinlich flache Motto „grün und gut“ stand für die Wahlkampf-ausrichtung dieses Parteitages und interessierte nur am Rande. Mit Debatten und Beschlüssen zu Bahn, Einwanderung, Landwirtschaft, Außenpolitik sollten die starken Seiten der Grünen sichtbar gemacht, mit der Wahl einer neuen, integrativen Parteiprecherin innerparteiliche Befriedung und (fortgesetzte) Handlungsfähigkeit signalisiert und schließlich mit der Verabschiedung des eigentlich bereits im Parteirat reformulierten „Ja, aber“ zu Anti-Castor-Demonstrationen die grüne Seele gerettet werden.

Tatsächlich zentrierte sich der Parteitag aber um drei Reden: die Wahlrede von Claudia Roth, die Rede von Prof. Honneth zum Grundsatzprogramm und die Rede von Fischer, der hier auch seine Rolle in der Partei bestimmen, mit seiner Rede indirekt auf Raschke antworten musste.

Raschkes Buch verändert die Grünen, es hat sie bereits verändert. Es ist gar nicht in erster Linie seine Analyse im engeren Sinne, sondern es ist die Tatsache, dass er über weite Strecken einfach ausspricht, was alle wissen. Seine Analyse funktioniert im wesentlichen darüber, dass er moderne Unternehmenstheorie auf die Führung der Partei anwendet. Alte formal-demokratische Prozeduren der Entscheidungsfindung sind den neuen Netz-

werkstrukturen hoffnungslos unterlegen. Deswegen etablieren sich diese als informelle Strukturen und steuern die formellen Gremien. Das Fischer-Netzwerk aus Fischer-Gang im engeren und Realo-Strömung im weiteren Umfeld ist aber – gelinde gesagt – streng hierarchisch, mit Raschkes Worten „entseelt“ es die eigene Gefolgschaft. Damit wird aber jeder einzelne Spitzen-Realo nicht mehr als Botschafter und Teilhaber eines Machtzentrums wahrgenommen, sondern als willensloser Exekutor der Launen eines im Prinzip strategisch unfähigen Parteidiktators. Die innere Dynamik des Stuttgarter Parteitages ist vor allem eine Reaktion darauf. Hier liegt die Erklärung dafür, dass Claudia Roth, nach einer kämpferische Wahlrede, die in allen streitigen Fragen Stellung bezog, eine bisher unerreichte Zustimmung von 91,5% erhielt. Die Presse machte Claudia Roths Fähigkeit zu Emotionalisierung als Grund aus, aber das akute Bedürfnis nach neuer Seele, nach realo-unabhängigen grünen Positionen erschließt sich nur aus dem neuen Interpretationsrahmen, in den sich das grüne Establishment gestellt sieht.

Der zweite, der der grünen Parteiführung reichlich einschenkte und zwar auf dem Parteitag selbst, als Auftakt zur Grundsatzprogrammdebatte, war Axel Honneth, Nachfolger von Adorno und Habermas auf dem Frankfurter Lehrstuhl der philosophischen Fakultät. Wer die bisherigen Beiträge zur grünen Grundsatzdebatte verfolgt hat, fühlte sich unwillkürlich an das Marx'sche Beobachtung erinnert, daß Menschen um die neue Zeit in den Kostümen von gestern kämpfen. Da versuchte die Steuerungsgruppe die Grundwerte von 1980 „ökologisch – sozial – basisdemokratisch – gewaltfrei“ zu ersetzen in Rückgriff auf Rawls (1972) durch „Freiheit und Gerechtigkeit“. Da haben Bütikofer und Fücks „Ordoliberalismus“ als Zukunftsformel entdeckt und schieben eine Zusammenarbeit der Böll-Stiftung mit dem Walter-Eucken-Institut an. Konsequenterweise landet man schließlich im Hafen der französischen Revolution und ihren Werten. Mitten im Übergang zu einem völlig neuen Typ von Kapitalismus glaubt man sich – wertkonservativ! – in der Wertestruktur des Übergangs Feudalismus-Kapitalismus geborgen und sicher. Nicht das Neue, die Differenz wird ausgesagt, sondern ein scheinbar immer Identisches beschworen. Bevor nun aber Teile der

Partei das alte Rom als Gesellschaftsmodell der Zukunft entdecken können, wurde jetzt doch die Frankfurter Schule zur Hilfe geholt und die Kritische Theorie bemüht. Aber Spaß beiseite:

Honneth weist drei ideenpolitische Leitbegriffe als ungeeignet zurück, allein als normative Richtschnur zu fungieren. Die Überhöhung der Idee der „Natur“ zum eigenen Rechts-subjekt („Würde“ der Natur neben der Würde des Menschen) zum einen, der Entwurf einer „Zivilgesellschaft“ des Bürgerengagements, das die vopolitischen Bedingungen ziviler Aktivität wegblendet zum zweiten, und schließlich auch die Vereinseitigung auf „Bürgerrechte“ verhindern jeweils den konzeptionellen Brückenschlag zu den anderen Artikulationsformen einer Kritik des hochentwickelten Kapitalismus. Honneth setzt einen radikal erweiterten Gerechtigkeitsbegriff, der die neuen Verwerfungen und Ungleichzeitigkeiten mit aufnehmen kann, als Vorschlag dagegen. Die innerparteiliche Debatte wird an dieser Analyse nicht vorbei können (und wollen).

Diese Neuausrichtung der Grundsatzprogrammdebatte und auch die Wahl Claudia Roths stellen eine organisierte Selbstkritik der grünen Partei dar – ein völlig anderes Muster als die bisher übliche Kritik der Realo-Führung an der Basis. Eine von vielen schon nicht mehr erwartete und beachtliche Leistung, die ihre Erklärung nicht in den konkreten Umständen finden kann.

Offenbar ist das Auslaufen der neoliberalen Welle, die nur auf Abriss vorhandener Verhältnisse zielt und die nur Ideologie ist, bei Grün's angekommen und wahrgenommen worden. Der reale Übergang in eine Gesellschaft mit weithin veränderten Erwerbsstrukturen, mit neuen Wertschöpfungs- und Verwertungsstrukturen, mit radikal anderen Steuerungsmechanismen, kurzum der Kapitalismus von morgen erfordert tragfähige Konzepte. Weder Rückbesinnungen noch Zerschlagungsideologismen reichen mehr aus. Zusätzlich bringt der Ausgang der amerikanischen Wahlen, die Niederlage des „dritten Weges“ Clintons und Gores die Botschaft, dass auch eine nach eigenen Maßstäben erfolgreiche Politik nicht unbedingt die Wahlen gewinnt. So könnte der Stuttgarter Parteitag der Beginn einer neuen, spannenden gesellschaftlichen Debatte bei den Grünen sein.

spw

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Die „heile Welt“ des Tarifvertrages ...

Das Tarifwesen in Deutschland war am Ende des Jahres 2000 durch differenzierte und flexible Verbandstarifverträge für den weitaus größten Teil der Arbeitnehmer gekennzeichnet. Sie werden durch eine zunehmende Zahl von Firmentarifverträgen für Unternehmen ergänzt, die ansonsten nicht tarifgebunden wären. Auch im Jahr 2000 hat sich der bewährte Trend fortgesetzt, Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen kollektiv durch Tarifverträge zu regeln. So sehr sich Wirtschafts- und Arbeitswelt in ständigem Wandel befinden, so schnell und flexibel reagieren die Tarifvertragsparteien auf die neuen Bedingungen. Mehr als 8500 Tarifverträge wurden im Jahr 2000 in Deutschland abgeschlossen und in das Tarifregister des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung eingetragen. Das waren etwa 11 % mehr als im Vorjahr.“ – So beginnt der auf 115 Seiten sorgfältig belegte Tarifbericht des Arbeitsministeriums vom Februar dieses Jahres. Man könnte diese Ausführungen noch dahin ergänzen, dass über 55.000 Tarifverträge in verschiedenen Branchen bestehen und trotz aller Kritik am Flächentarifvertrag die (Muster-)Arbeitsverträge typischerweise auf die einschlägigen Tarifverträge verweisen und diese damit zum Inhalt der Arbeitsbeziehungen machen. Die Prägekraft des Tarifvertrages ist deshalb nach wie vor groß. Heißt das, damit sei die Welt

der industriellen Beziehungen in Ordnung, so wie sie sich über Jahrzehnte in der Bundesrepublik entwickelt hat?

... und ihre dunklen Flecken

Bekanntlich ist das Gegenteil der Fall. Seit etwa Mitte der 80er Jahre wird heftig diskutiert, ob das „Modell des Flächentarifvertrages“ nicht hoffnungslos überholt sei. Ich will hier nicht auf Ansätze berechtigter Kritik eingehen. Für den Tarifvertrag als vielleicht wichtigstes Teilgebiet des Arbeitsrechts gilt in besonderem Maße, dass eine Woche bereits eine lange Zeit ist. Die ständige Anpassung an veränderte Bedingungen des Produktionsprozesses und die Erwartungen und Werthaltungen der Beschäftigten ist notwendige Bedingung dafür, dass seine Regelungen sich praktisch Tag für Tag bewähren.

Die ideologische Komponente der Kritik am Tarifvertrag

Was jedoch in jüngerer Vergangenheit deutlicher zu Tage tritt als zuvor, ist eine überschießende ideologische Komponente der Kritik am Flächentarifvertrag, die mit seiner Realität nichts oder nur sehr wenig zu tun hat. Jeder Hinweis auf die Flexibilität des Tarifvertrages in den klassischen Bereichen von Lohn und Arbeitszeit, auf Öffnungen im Flächentarifvertrag zugunsten der Tarifparteien, zum Teil auch der Arbeitsvertragsparteien für „passgenaue betriebliche Regelungen“ etwa zu den Themen Arbeitszeitkonten, Härtekláuseln in Betriebskrisen, Einstiegstarife, sogar Entgeltkorridore usw., werden schlicht ignoriert.

Unzeitgemäßes zur Tarifautonomie

Von Ulrich Zachert

Zur Attraktivität marktradikaler Modelle

Auf Arbeitgeberseite, in der Wissenschaft und auch im politischen Raum gibt es Strömungen, die vom anglo-amerikanischen Modell eines ungezügelten Neoliberalismus inspiriert sind und „die Fesseln des Flächentarifvertrages“ ganz abschütteln möchten, um die Aushandlung der Arbeitsbedingungen den Betriebsparteien oder besser noch den Parteien des Arbeitsvertrages zu überlassen. Olaf Henkel, bis vor kurzem Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), plädiert inzwischen ganz offen nicht nur für die Abschaffung der Verbände, sondern will neuestens zugleich das Arbeitsministerium dem Wirtschaftsministerium zuschlagen.

Das entbehrt nicht der Konsequenz, ebenso wie die Politik von Margret Thatcher und ihres Nachfolgers in England in den 80ern und Anfang der 90er Jahre absolut folgerichtig war, wenn man ihre Prämissen akzeptiert. Und diese Voraussetzungen sind:

Zwischen Gütermarkt und Arbeitsmarkt gibt es grundsätzlich keine Unterschiede.

Arbeitnehmer und Arbeitgeber verhandeln aus der Position gleicher Stärke.

Deshalb ist jede Verschiebung zugunsten der Arbeitnehmer – etwa durch Tarifverträge – eine Störung des Gleichgewichts von außen.

Hier muss man bekanntlich nicht über den Kanal schauen oder gar über den Atlantik, um diese Position hautnah zu studieren. Sie liegt dem Teil „Arbeitsmarkt“ zugrunde, den die Mehrheit des Sachverständigenrates (auch genannt die „Fünf Weisen“) jedes Jahr mit mehr oder minder großer

Es gibt Strömungen, die „die Fesseln des Flächentarifs“ abschütteln möchten, um die Aushandlung der Arbeitsbedingungen den Betriebs- oder den Arbeitsvertragsparteien zu überlassen.

Ulrich Zachert ist Professor für Rechtswissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg, er ist Mitherausgeber der spw und lebt in Apensen.

Nicht nur zum deutschen, sondern auch zum europäischen Sozialmodell gehört die autonome kollektive Rechtsetzung, die nicht gegen individuelle Freiheiten gerichtet ist, sondern diese erst möglich macht.

Deutlichkeit empfiehlt. Auch der Deutsche Juristentag sprach sich Anfang Oktober 2000 in Leipzig mit deutlicher Mehrheit dafür aus, das Günstigkeitsprinzip des Tarifvertragsgesetzes neu zu definieren, um so die Möglichkeit des einzelnen Arbeitnehmers zu fördern, durch einzelvertragliche Vereinbarung günstigere Bedingungen zu erzielen. Die Grünen sind mit ihrer Sozialexpertin Thea Dückert und ihrem Fraktionsvorsitzenden Rezzo Schlauch ebenfalls auf diesen Zug gesprungen. Erst nach entsprechender Nachhilfe und Aufklärung u. a. durch den neuen ÖTV-Vorsitzenden Frank Bsirske zogen sie diese Forderung zurück und bewerben sich vorsichtig um Bündnispartner im Gewerkschaftslager, wie das Handelsblatt kürzlich berichtete.

Back to the roots? Notwendigkeit einer politischen Debatte über einige Grundsätze

Gleichwohl scheint mir die Diskussion über derartige Vorstellungen keineswegs beendet. Ich halte es deshalb für notwendig, dass auch im Zuge der Diskussion um die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes eine Debatte um die Grundlagen

der Tarifaufonomie geführt wird, wie sie der „Vater des Tarifvertrages“ Hugo Sinzheimer noch im Kaiserreich entwickelte und wie sie sich als „Erfolgsmodell“ nach dem 2. Weltkrieg in der Bundesrepublik durchgesetzt hat, das soziale und ökonomische Effizienz verbindet.

Zu diesen essentials gehört die Schutzfunktion des Tarifvertrages: Bestimmte arbeitsrechtliche Mindeststandards sollen nicht unterschritten werden.

Hierzu zählt die Autonomie, also der Spielraum und die Gestaltungsfreiheit starker und verlässlicher Verbände, in eigener Verantwortung Normen zu setzen. Das entlastet den Staat und entspricht dem modernen Gedanken der Subsidiarität.

Dazu gehört das Ziel, Lohn- und Arbeitsbedingungen bewusst aus dem Wettbewerb der Unternehmen herauszuhalten. Sozialdumping und „Schmutzkonzurrenz“ sollen nicht sein, ein Gedanke, den der Begriff der „Kartellfunktion“ und „Friedensfunktion“ des Tarifvertrages zum Ausdruck bringt.

Dabei sind Koalitionsfreiheit und Tarifaufonomie nicht gegen den Sozialstaatsgrundsatz der Verfassung ge-

richtet, sondern sie sind vielmehr eine konkrete Ausformung, geradezu eine „Magna Charta“ des Sozialstaatsprinzips. Denn der Sozialstaatsgrundsatz gewährleistet neben dem sozialpolitischen Schutz zugleich Verfahrensweisen, die die Teilnahme der Beschäftigten im Arbeits- und Wirtschaftsleben sichern.

Ein europäisches Sozialmodell?

Wir werden recht bald sehen, wie sich Arbeitsmarkt und Sozialbeziehungen in den USA entwickeln. Die Zeit ist noch nicht fern, da zeigten nicht wenige auf das Erfolgsmodell Japan, danach verwies man auf die sogenannten asiatischen Tigerstaaten. In der jüngsten Vergangenheit rieten uns „die Globalisierer“, das „Sozialmodell“ USA zu kopieren.

Vielleicht gehört nicht nur zum deutschen, sondern auch zum europäischen Sozialmodell der Gedanke der autonomen kollektiven Rechtsetzung, der nicht gegen individuelle Freiheiten gerichtet ist, ist, sondern diese erst möglich macht. Die Charta der Europäischen Grundrechte vom Dezember vergangenen Jahres weist unter der Überschrift „Solidarität“ in ihrem Artikel 28 in genau diese Richtung. spw

Kontrolle ist out, Vertrauen ist wirksamer

- Zur Einführung von Vertrauensarbeitszeit -

von Heike Schnependahl

Als radikale Weiterentwicklung flexibler Arbeitszeitgestaltung in Betrieben gilt neuerdings die sogenannte Vertrauensarbeitszeit. Das Konzept lässt sich in wenigen Worten beschreiben: es handelt sich dabei um die völlige Abschaffung von Zeiterfassung durch den Arbeitgeber oder die Beschäftigten selbst. Statt an der Anwesenheitszeit wird die Erfül-

lung der arbeitsvertraglichen Verpflichtung zur Arbeitsleistung anhand der Erfüllung bestimmter Zielvorgaben gemessen. Das heißt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können im Idealfall kommen und gehen, wann sie wollen. Ihre jeweilige Arbeit muss zwar zu einem bestimmten Zeitpunkt erledigt sein, wann bzw. häufig auch wo dies passiert, bestimmen sie jedoch allein. Oft bleibt ein bestimmter Anwesenheits-Zeitrahmen, der betrieblich oder durch die einzelne Bezugsgruppe (Team oder Abteilung) gesetzt wird. Innerhalb dieser Bezugsgruppen werden die Projekte und deren Zielvorgaben, die Verantwortlichkeiten dafür und der zeitliche Rahmen, in dem sie abgeschlossen sein müssen, festgelegt.

Natürlich sind für die Einführung von Vertrauensarbeitszeit einige Voraussetzungen nötig, die nicht jeder Betrieb bzw. nur bestimmte Betriebsteile erfüllen. Vertrauensarbeitszeit-Regelungen finden sich am ehesten in der Informationstechnologie-Branche, in Forschungs- und Entwicklungsabteilungen auch kleinerer Betriebe und in Bereichen, die zwar stark service-orientiert sind, wo aber

keine körperliche Anwesenheit notwendig ist.

Zunächst stechen die unbestreitbaren Vorteile ins Auge: für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bedeutet Vertrauensarbeitszeit erst mal einen Gewinn an Freiheit und Selbstbestimmung. Durch sie wird der Anschein völliger Zeitsouveränität erweckt. Die Abkehr von manchmal nur pro forma bestehenden Anwesenheitsverpflichtungen hin zu einer Orientierung an der Erfüllung von Zielvorgaben kann zu mehr Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit(sleistung) und zu erhöhter Motivation führen. Vertrauensarbeitszeit knüpft also oberflächlich betrachtet an den realen Bedürfnissen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an. Bei der praktischen Umsetzung zeigen sich jedoch viele Nachteile, die inzwischen in einigen Betrieben schon dazu geführt haben, dass Vertrauensarbeitszeit wieder abgeschafft wurde.

1. Selbstorganisierte Arbeitsverdichtung

Zunächst könnte man denken, dass die Einführung von Vertrauensarbeitszeit zumindest für effiziente Ar-

Heike Schnependahl arbeitet als Rechtsanwältin mit Interessenschwerpunkt Arbeitsrecht in Erfurt und ist Mitarbeiterin der Chronos-Agentur für Arbeitszeitfragen

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu führt, dass sie zeitlich weniger arbeiten, da sie ihre Zielvorgaben schneller erfüllen und die restliche Zeit nicht mehr im Betrieb „absitzen“ müssen. Dagegen spricht zweierlei: einmal ist die Ableistung der gesamten Arbeitszeit weiterhin arbeitsvertragliche Verpflichtung. Die Beschäftigten müssen also auch bei Erfüllung ihrer Aufgaben vor Ablauf der vereinbarten Zeit weiterarbeiten – sie schaffen dadurch Freiräume um mehr zu arbeiten und organisieren sich ihre eigene Arbeitsverdichtung.

Andererseits sprechen alle betrieblichen Erfahrungen dagegen: Projekte werden in den seltensten Fällen so geplant, dass die Zeit locker ausreicht. Statt dessen wird die Frage der Machbarkeit auf dem Rücken der einzelnen Beschäftigten ausgetragen, die eben im Rahmen ihrer völlig freien Zeiteinteilung dafür verantwortlich sind, dass alles fristgerecht fertig ist. Hinzu kommt, dass im Rahmen neuer Management-Formen Unternehmen sich immer kleinteiliger organisieren und Verantwortlichkeiten nach unten verlagern, so dass Abteilungen oder Teams direkt gegeneinander konkurrieren müssen. Dies erhöht den Druck, unrealistische Zielvorgaben zu vereinbaren und einzuhalten

2. Selbstüberforderung statt Zeitsouveränität

Für eine zufriedenstellende Koordination von Freizeit, Familienarbeit und ehrenamtlichem Engagement auf der einen und Erwerbsarbeit auf der anderen Seite sind relative Planungssicherheit und möglichst gleichbleibende Rhythmen notwendig. Gerade diese kann Vertrauensarbeitszeit nicht bieten, da die Arbeitszeit immer von der Arbeitsmenge abhängig ist.

Die Grenze zwischen Freizeit und Arbeitszeit verschwimmt. Die Arbeitszeit endet nicht zu einem bestimmten, festgelegten Zeitpunkt, sondern irgendwann ist das Ziel erfüllt, aber dann wartet schon ein neues Projekt. Insofern ist es ideologische Verklärung von Vertrauensarbeitszeit zu sprechen, da nicht Kontrolle durch Vertrauen ausgetauscht wird, sondern offensichtliche Kontrolle durch versteckte, teilweise sogar unbewusste Steuerung.

3. Entsolidarisierung der Belegschaft

Damit einher geht oft auch wachsendes Misstrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer untereinander

und die gegenseitige Kontrolle, ob die anderen auch nicht weniger, kürzer oder langsamer arbeiten. Dadurch dass das objektive für alle vergleichbare Kriterium der Länge der Arbeitszeit wegfällt, können Einzelne ihre eigene Leistung schlechter selbst bewerten. In Erwartung der nächsten Beurteilung wird oft lieber die eigene Arbeitszeit verlängert als zuzugeben, dass man die Zielvorgaben nicht einhalten kann. Das könnte schließlich auch daran liegen, dass man zu ineffizient gearbeitet hat. Es besteht zumindest die Gefahr, dass der oder die Vorgesetzte, bei einer Leistungsbeurteilung das so sieht.

Wenig Vorteile von der Möglichkeit die Arbeitszeit nach eigenem Gutdünken einteilen zu können, haben diejenigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die bei der Einteilung ihrer Freizeit von anderen gesellschaftlich vorgegebenen Zeiteinteilungen abhängig sind, wie z.B. Eltern, die nur dann ausser Haus arbeiten können, wenn ihre Kinder in Betreuungseinrichtungen untergebracht sind. Sie sind in der Einteilung ihrer erwerbsarbeitsfreien Zeit nicht so flexibel, dass sie große Spielräume für unregelmäßige Arbeitszeiten hätten.

4. Verlagerung des Betriebsrisikos auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Bei einer festgelegten (Kern-)Arbeitszeit trägt der Arbeitgeber das Risiko für fehlende Arbeitsmittel: bei Stromausfall oder nicht gelieferten Produkten, die verarbeitet werden sollen, muss er seine Beschäftigten bezahlen, auch wenn diese ihre Arbeitsleistung nicht erbringen können. Bei der Vertrauensarbeitszeit können diese Zeiten flugs in Freizeit umgedeutet werden, so dass sie später nachgeholt werden müssen. Gleiches kann auch passieren, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Urlaub nehmen wollen oder krank werden. Die Abschaffung festgelegter Arbeitszeiten kann auch zur Abschaffung garantierter – und bezahlter – erwerbsarbeitsfreier Zeiten führen.

5. Verlust von Mitbestimmungsrechten des Betriebsrats.

Der Betriebsrat verliert Einflussmöglichkeiten dadurch, dass er seine kodifizierten Mitbestimmungsrechte im Bereich von Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit, Verteilung der Arbeitszeit und der Ausgleichszeiträume sowie bei Überstunden nicht ausüben kann. Er hat nicht mehr den Arbeitgeber als Ver-



*Hans-Jürgen Bieling/
Jochen Steinhilber (Hrsg.)*
**Die Konfiguration Europas –
Dimensionen einer kritischen
Integrationstheorie**

2000 – 351 Seiten
DM 48,00 – ÖS 350 – SFR 44,50
ISBN 3-89691-486-3

Die kritische Analyse der europäischen Integration befaßt sich vor allem mit dem sozialen Charakter des Integrationsprozesses. Sie fragt nach den tragenden Marktbeziehungen und Herrschaftsstrukturen und den darin eingelagerten Widersprüchen und Krisen.

Heike Walk/Achim Brunnengräber
Die Globalisierungswächter

NGOs und ihre transnationalen
Netze im Konfliktfeld Klima
2000 – 336 Seiten
DM 48,00 – ÖS 350 – SFR 44,50
ISBN 3-89691-485-5

Heiner Ganßmann
**Politische Ökonomie
des Sozialstaats**

(Einstiege Band 10)
2000 – 195 Seiten
DM 29,80 – ÖS 218 – SFR 27,50
ISBN 3-89691-690-4

Jürgen Korell/Urban Liebel
Polizeiskandal – Skandalpolizei
Demokratiemangel bei der Polizei?

Mit einem Vorwort von Sabine
Leutheusser-Schnarrenberger
2000 – 175 Seiten
DM 29,80 – ÖS 218 – SFR 27,50
ISBN 3-89691-492-8

**WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster
Tel. 0251/6086080 · Fax 0251/6086020
E-mail: info@dampfboot-verlag.de
http://www.dampfboot-verlag.de

www.sozialismus.de

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 3/2001

VSA

68: Trau keinem?



Elmar Altvater
Joachim Bischoff
Hansgeorg Conert
Frank Deppe
Freerk Huiskens
Oskar Negt
Peter von Oertzen
Norman Paech
Bodo Zeuner
Redaktion Sozialismus

Das Supplement zu Heft 3-2001 von Sozialismus enthält folgende Beiträge:

Elmar Altvater: Zukunft durch Umdeutung der Geschichte

Joachim Bischoff: Vom Sponti zum Strategen einer Mittelstandspartei

Hansgeorg Conert: Die 68er Bewegung im Kontext erneuerter kritischer Öffentlichkeit

Frank Deppe: Intellektuelle und Politik Zur Geschichte eines prekären Verhältnisses

Freerk Huiskens: Vergangenheitsbewältigung, die Dritte!

Oskar Negt: Politik und Protest

Peter von Oertzen: Vom Geist der Zeit: Provokation und Gewalt

Norman Paech: Internationalismus, die Archäologie des Faschismus und kritische Theorie

Bodo Zeuner: Der lange Marsch durch die Institutionen

Redaktion Sozialismus: Zwischenbilanz

64 Seiten, DM 9,80
(im Abo enthalten!),
ISBN 3-87975962-6

Redaktion Sozialismus, St. Georgs
Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68,
e-mail: artikel@sozialismus.de

handlungspartner, da dieser die Einteilung der Arbeitszeit – und im übrigen damit einhergehend auch die Überwachung der Einhaltung der Arbeitszeitschutzvorschriften – an die einzelnen Beschäftigten abgegeben. Statt dessen müssen die einzelne Bezugsgruppe oder die einzelnen Beschäftigten alles selbst aushandeln. Damit wird einerseits der Betriebsrat als Interessenvertretungsorgan der gesamten Belegschaft geschwächt und andererseits sind die einzelnen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer darauf angewiesen sich individuell möglichst gute Verhandlungspositionen zu erarbeiten. Dies wird meistens auf Kosten der Kolleginnen und Kollegen passieren, da bei Einführung von Vertrauensarbeitszeit oft vorgesehen ist, dass Beschäftigte, die ihre Zielvorgaben nicht erfüllen können, angeben müssen, wer die Aufgaben statt dessen erledigen soll.

Aktion

Um den Teufelskreis aus Selbstausbeutung der Einzelnen und Entsolidar-

isierung der Belegschaft zu durchbrechen, haben die Betriebsräte von IBM, wo 1992 bundesweit die Vertrauensarbeitszeit eingeführt wurde, die Aktionen „Monat der Besinnung“ und „Meine Zeit ist mein Leben!“ entwickelt.

Dabei wurden öffentlich und anonym per Email diskutiert, was im Spannungsverhältnis zwischen „Arbeit, Zeit und Leben“ eigentlich – ganz subjektiv – wichtig ist. Erstmals konnte damit für die Beschäftigten von IBM die selbstaufgelegte Verpflichtung, nicht über die eigene Überforderung zu reden, aufgebrochen werden.

Aus den Aktionen der IBM-Betriebsräte unter dem Motto „Meine Zeit ist mein Leben“ ging die Arbeitszeit-Initiative „Arbeiten ohne Ende?“ der IG Metall hervor. Sie schafft Raum, um Fragen heutiger Zeiteinteilung unter Mitwirkung eines Philosophen zu diskutieren. (vgl. http://www.igmetall.de/arbeiten_ohne_ende) spw

spw intern

Anfragen und Anmeldungen sind an Wolfgang Baasch, MdL, Große Burgstr. 51, 23552 Lübeck oder per eMail an dqazi@gmx.de zu richten.

spw wird in der nächsten Ausgabe über die Veranstaltung berichten und einen Teil der Referate dokumentieren.

Im letzten Jahr haben wir im spw-Verlag ein Buch „Umverteilen“ veröffentlicht, deren HerausgeberInnen – eine vom spw-LeserInnenforum Rheinland mitgetragene parteiübergreifende Arbeitsgruppe – ihre Arbeit jetzt fortsetzen und einen Beitrag zur Formierung einer linken Gegenbewegung gegen den Sozialabbau leisten wollen.

Bis Juli 2001 bietet das Projekt die Möglichkeit der inhaltliche Einarbeitung in das Thema „Reichtum und seine (un-)gerechte Verteilung“.

Im September und Oktober folgen Infostände, Aktionen und eine größere Veranstaltung, um die Öffentlichkeit mit den Ergebnissen des Projektes bekannt zu machen und für die „Umfairteilung“ des Reichtums zu werben.

Nähere Infos gibt's bei Hans Günter Bell (Tel.: 0221-885299) oder auf der Homepage des spw-LeserInnenforums Rheinland (www.spw-rheinland.de).

Reinhold Rünker

spw und der Verein zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e. V. laden herzlich ein zur Frühjahrstagung, die vom 27.-28. April im niedersächsischen Springe stattfinden wird. Inhaltlich soll es um die Themen „Bildungspolitik“ und „Lebenswissenschaften“ gehen. Damit soll die Diskussion um eine moderne Sozial- und Gesellschaftspolitik fortgesetzt werden.

Informationen gibt es bei der spw-Redaktion, 0231/40 24 10 oder per eMail an redaktion@spw.de

ProMS Nord lädt zu einer Fachtagung am 31. März in das Landeshaus Kiel ein, um über den skandinavischen Weg des sozialpolitischen Umbaus zu diskutieren. Mit Beiträgen vertreten sind u. a. Werner Kindsmüller (Staatskanzlei Schleswig-Holstein), Gisela Pettersson (Hamburg), Thorsten Braun (Sociologisk Analyse, Risskov) und Dr. Hildegard Theobald (Wissenschaftszentrum Berlin).

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser Ausgabe Forum DL 21 möchten wir eine Diskussion um die Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt und die Zukunft der neuen Bundesländer beginnen. Wir freuen uns sehr, dass wir für diesen Einstieg mit Rolf Schwanitz und Wolfgang Thierse zwei hochkarätige Autoren gewinnen konnten und möchten uns dafür herzlich bedanken.

Wir hoffen, dass diese Artikel dazu anregen, sich an der weiteren Diskussion zu diesem Thema zu beteiligen. Die Diskussion wird im Forum DL-21 „Newsletter“ und auf unserer Homepage (www.forum-dl21.de) fortgeführt. Wir laden jede/n dazu ein, sich dort zu Wort zu melden und freuen uns auf jeden Beitrag!

Vorstand Forum DL 21



Neue Weichenstellungen für Ostdeutschland

Von Wolfgang Thierse*

Die Debatte, die der Veröffentlichung meiner Thesen folgte, hat eines schon gezeigt: Es war richtig, eine grundsätzliche Diskussion der Zukunftsfragen der neuen Länder herauszufordern. Und zwar in und mit der eigenen Partei, damit wir auch hier die Initiative wiedergewinnen! Obwohl der politische Argumentationszusammenhang in der öffentlichen Diskussion kaum berührt wurde – was nicht weniger symptomatisch ist, als die Reduzierung der Thesen auf den Satz: „Der Osten steht auf der Kippe!“: Es geht um die Zukunft der Sozialdemokratie im Osten! Es geht um die Frage, wie wir unsere Mehrheitsfähigkeit in den neuen Ländern, die nach der CDU-Dominanz seit 1990 erstmals 1998 gelang, sichern oder gar ausbauen. Es sei erinnert: Es waren diese Zugewinne und die enormen Verluste der CDU im Osten, die uns im Bund regierungsfähig machten. Die meisten der vielen Zuschriften aus der ostdeutschen Parteibasis knüpfen hier an. Aus ihnen spricht die Furcht vor einem Wegbrechen unserer gesellschaftlichen Basis im Osten, vor einer anhaltenden Resignation oder Gleichgültigkeit in breiten Schichten, gegen die am Ende auch unsere Appelle für ziviles Engagement und demokratische Gesinnung nicht ankommen werden. Auf dem Spiel steht nicht zuletzt eine Menge Vertrauenskapital in die Demokratie. Ein abgehängter Osten

mag zu schwach sein, diese Republik zu gefährden, beschädigen kann er sie durchaus.

Wie ernst ist die Lage? Ich will auf die jüngste Statistik aus Nürnberg hier nicht verweisen, obwohl sie meine Feststellungen, die sich auf den Stand Oktober 2000 bezogen, noch übertreffen. Ich habe „eine ehrliche Bestandsaufnahme“ der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Ostdeutschland gefordert. Die Kontroverse über die Formulierung „auf der Kippe“ scheint mir so müßig, wie die Meditationen über das „halbvoll Glas“. Der Hauptsatz meiner ersten These heißt:

„Die Zukunft Ostdeutschlands entscheidet sich deshalb nicht erst im Jahr 2004, wie das Ringen um die Fortsetzung des Solidarpaktes der Öffentlichkeit glauben macht, sondern noch vor der kommenden Bundestagswahl!“

Das will sagen: Wenn der gegenwärtige Zustand anhält, stellt sich ein ökonomisch, sozial und politisch außerordentlich ungünstiges Szenario ein. Denn niemand bestreitet: Das Wachstum in den neuen Ländern liegt seit 1997 unter dem der alten Länder, die West-Ost-Schere hat sich wieder geöffnet. Wer behauptet, der Angleichungsprozeß sei „ins Stocken geraten“ versteht nicht die Zahlen: Geringeres Wachstum bedeutet ein Auseinanderdriften der Entwicklung. Die strukturelle Schwäche der Wirtschaft der neuen Länder ist derart groß, dass sie selbst in einer konjunkturellen Aufwärtsphase nicht mithalten kann. Das BIP je Einwohner liegt unverändert 40% unter dem west-

deutschen, die stärksten neuen Länder liegen weiter unter den schwächsten der alten, die Exportschwäche hält an, die Abwanderung der Jungen und „Leistungsträger“ nimmt wieder zu, die Unterbeschäftigung verharrt ungeachtet der günstigen konjunkturellen Entwicklung auf hohem Niveau.

Das alles ist bekannt. Inzwischen ist auch unstrittig: Die hohen West-Ost-Transfers müssen auf lange Sicht gezahlt werden. Aber das ist eben keine hinreichende Antwort. Wie lange wird man eigentlich von der „Aufrechterhaltung der Förderung des Ostens auf hohem Niveau“ reden können, ohne sagen zu müssen, wie man die Situation ändern will? Dies ist nicht nur im Interesse der Geberseite, sondern auch der Nehmerseite. Wer mir ostdeutschen Zweckpessimismus unterstellt, hat eines nicht verstanden: Die Folgekosten der Vereinigung werden geradezu maximiert, wenn Alternativen zum Status quo ausgeschlossen sind, wenn die Formel „Verstetigung“ einzige Antwort bleibt. Wer damit gesamtdeutsche Harmonie pflegen will, sollte wissen: Dies wird die teuerste Lösung für das ganze Land und nicht harmonisch ausgehen! Sind die Chancen für einen selbst tragenden Aufschwung, eine dynamische Re-Industrialisierung

* Wolfgang Thierse, MdB ist Bundestagspräsident und stellvertretender Parteivorsitzender der SPD



einmal verloren, stehen wir im Falle einer Rezession in Ostdeutschland vor schwer beherrschbaren ökonomischen und politischen Problemen. Schließlich: Die Osterweiterung der EU wird ohne einen sichtbaren Entwicklungsschub, ohne ein flankierendes Konzept, auf massive Vorbehalte stoßen. Was ist also zu tun?

1. Wir müssen endlich zu einer gemeinsamen Diagnose der gegenwärtigen Situation, also zu einer realistischen Status-quo-Prognose kommen.

Obwohl die von mir vorgelegten Daten niemand anzweifelt, gibt es über meine Diagnose Streit. Ist das zurückbleibende gesamtwirtschaftliche Wachstum dauerhaft oder vorübergehend? Ist es nur durch die Rückbildung der Baukapazitäten verursacht oder ist das Zurückbleiben Ausdruck des Auslaufens des ersten Investitionsbooms auf ein anhaltendes Niedrigniveau? Wie ist das vergleichsweise hohe Wachstum des verarbeitenden Gewerbes zu beurteilen? Gibt es Tendenzen der weiteren Angleichung des Produktivitätsniveaus? Wie stark ist das endogene ostdeutsche Wirtschaftspotential wirklich? Selbst wenn es auf diese Fragen noch keine eindeutige Antwort gibt: Die Hypothese, daß es sich um einen anhaltenden Schwächezustand handeln könnte, liegt nicht nur auf der Hand, sie ist längst ins praktische Kalkül der Men-

schen und Manager eingeflossen. Das bestätigen ostdeutsche Unternehmensvertretungen und Gewerkschaften, nicht zu reden von den jungen Leuten, die eine Perspektive nur noch im Westen sehen. Handeln ist also angezeigt!

Ich behaupte deshalb: ohne ein neues und möglichst bald zu formulierendes strategisches Konzept für die sogenannte „Zweite Hälfte des Weges“ ist kein Aufschließen möglich. Vielmehr besteht die Gefahr, dass die vorhandenen, teuer bezahlten Grundlagen dafür erodieren. Dabei wäre es nicht nur schade ums Geld: Es geht um den entscheidenden, allerdings nachweislich nicht hinreichenden Pfeiler der wirtschaftlichen und sozialen Transformation Ostdeutschlands – seine hochsubventionierte öffentliche Infrastruktur als positiven Standortfaktor.

2. Wenn Stabilität und Vertrauen in die Region zurückkehren sollen, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, vor allem aber müssen Prioritäten bei Zukunftsinvestitionen im Osten gesetzt werden. Die zentrale Aussage meiner Argumentation – ein Investitionsprogramm für Ostdeutschland aufzulegen, das vor dem Hintergrund „verlässlicher Rahmenbedingungen“ bereits in den nächsten 5 Jahren greift – bedarf in der Tat neuer Überlegungen, wie es zu gestalten und zu finanzieren ist. Ich will das im Zusammenhang mit meiner 3. These erläutern: „Wenn das Ziel, der Aufbau einer eigenständigen wirtschaftlichen Basis in Ostdeutschland erreicht werden soll, müssen die Prinzipien der Förderpolitik auf ihre nachhaltige und Arbeit schaffende Wirkung überprüft und im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union an einem Leitbild der Entwicklung Ostdeutschlands in europäischer Perspektive orientiert werden.“

Vor einer „Zweiten Investitionsoffensive“ steht selbstverständlich die Frage nach einer sinnvollen und optimalen Investitionsstrategie. Investitionen in die öffentliche Infrastruktur machen vor allem und zuerst dort Sinn, wo sie wirkliche Anreize für private Investitionstätigkeit schafft. Veränderungen in der Förderstrategie, beim Förderniveau, der Sektoralstruktur, der Berücksichtigung von Wertschöpfungsketten, Technologie- und Innovationsorientierung, das Präferenzgefälle, die Definition von Zielregionen, aber auch die Fragen der EU – Beihilfe – Konformität gehören in eine solche Strategie. Passive oder aktive

Investitionslenkung, die Mobilisierung externer Potentiale, könnte anderweitig Lücken reißen. Deshalb sollten sich die Investitionen strategisch auf Zukunftsmärkte orientieren. Dazu gehören zum Beispiel Technologien alternativer Energie- und Ressourcenbewirtschaftung, die für die mittelständisch geprägte industrielle Basis im Osten interessant sind. Vor allem aber geht es um jene Märkte, die sich im Rahmen der EU-Osterweiterung ergeben werden. Die Entwicklung des Standortes Ostdeutschland bedarf folglich eines Leitbildes Ostdeutschlands in europäischer Perspektive.

3. Die Entwicklung optimaler Investitionsstrategien in den Bereichen Infrastruktur und Wirtschaftsförderung und -ansiedlung schließt begleitende oder alternative Instrumente nicht aus, ersetzt sie aber nicht.

Als alternatives Konzept zu einer erneuten Investitionsoffensive (oder damit kombiniert) wird oft die Senkung der Lohnstückkosten, etwa durch Einfrieren der Reallöhne auf jetzigem Niveau und weitere Produktivitätsförderung nahegelegt. Sinnvoll und politisch akzeptabel wäre diese nur, wenn man die Folgen für die Mobilität der Arbeitskräfte, für die Qualität der Arbeitsmärkte, für die innere Lohndifferenzierung in den neuen Ländern, für die Binnenkaufkraft, für das soziale Sicherungsniveau, für die Ansiedlung mobiler Unternehmen, für die künftige Branchenstruktur sind so gestalten kann, dass die Vorteile die Nachteile überwiegen. Dazu bedürfte es eines Bündnisses zwischen Politik, Gewerkschaften und Unternehmern, einen Sozialpakt, der tarifpolitische Zurückhaltung z.B. mit Steuerentlastung und/oder Vermögensbildung innerhalb des Flächentarifvertrages verbinden könnte.

Der Übergang zu regionalpolitischen Förderinstrumenten für die neuen Länder ist schon eine Weile in der Diskussion und deshalb beliebt, weil man glaubt, man bekäme das Thema vom Tisch, wenn die Ostdeutschen sich z. B. mit den Ostfriesen vergleichen. Unter Hinweis auf ostdeutsche „Gewinnerregionen“ wie Dresden, Jena, Leipzig oder Potsdam – plädieren einige vorlaut für freien Wettbewerb der Regionen, was allemal gut klingt. Nur rate ich, zuvor zu prüfen, wie diese Städte ohne die laufenden Finanzzuweisungen und Fördertöpfe zurecht kommen wollen. Inklusiv der stattlichen Förderkulisse rangieren die „Boom-Regionen Ost“ noch allemal hinter dem schlechtesten Arbeitsamts-

bezirk-West (Bremerhaven 14,6% Arbeitslosigkeit; vgl. Potsdam 14,8%, Dresden 15,3%, Jena 16,0%, Leipzig 18,7%). Die Empfehlung, die Probleme mit den Mitteln der Regionalpolitik in Ostdeutschland wie in Ostfriesland zu lösen, ist schlicht realitätsfremd. Eine Strategie der regionalpolitischen Umverteilung des mobilen gesamtdeutschen Entwicklungspotentials erfordert wenigstens den Nachweis, dass die Nettoeffekte positiv sind und dass parallel dazu eine gesamtwirtschaftliche Wachstumsstrategie verfolgt wird. Eine Förderung aller extrem strukturschwachen Großregionen zu gleichen Konditionen ist aber eine Poli-

tik, die sich nicht mit einem haushaltspolitischen Spar- und Konsolidierungskurs verträgt. Bleibt also nur noch die passive Sanierung Ostdeutschlands? Das hieße die Konzentration der Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung auf einige wenige entwicklungsfähige Regionen und die Hinnahme eines „geförderten“ Rückbaus in anderen Gebieten, vielleicht verbunden mit Anreizen für eine erhöhte „Mobilität“ der dort lebenden Arbeitnehmer. Die Konsequenzen einer solchen Strategie wären nicht schmerzlos. Sie würden über viele Jahre den Osten nicht nur als wirtschaftliches, sondern auch als politi-

sches Sondergebiet mit schwer berechenbaren Rückwirkungen für das ganze Land festschreiben.

Vorausgesetzt, wir halten an einer aktiven, auf die Angleichung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Deutschland zielenden Politik fest, dann sind wir jetzt zur neuen Weichenstellung aufgefordert. Es führt jedenfalls nicht weiter, die sympathische Losung auszugeben, man solle doch nicht länger von Ost und West reden. Man muß schon die Verhältnisse verändern, die diese Differenz zunehmend reproduzieren. Nicht zuletzt deshalb, weil sie zu Lasten des ganzen Landes geht. **Forum DL21**

Seit dem Sommer 2000 trifft sich regelmäßig ein Kreis von Politikern, Wissenschaftlern und anderen Engagierten um den Weimarer Bundestagsabgeordneten Edelbert Richter, mit dem Ziel, die Situation in Ostdeutschland zu analysieren und sowohl die Öffentlichkeit als auch die Partei für die ostdeutsche Problematik zu sensibilisieren.

Die Projektgruppe „Perspektiven für Ostdeutschland“ wuchs sehr schnell an und reicht erheblich über die Parteilinke hinaus. Den Kreis eint die Sorge darum, dass die Problematik der sozialen und wirtschaftlichen Schiefelage der neuen Bundesländer nicht angemessen ernst genommen wird. Es ist nichts daran auszusetzen, dass Erfolge beim Aufbau Ost durch die Bundesregierung genannt werden. Dies darf jedoch nicht zu einer Beschönigung führen, die die reale Situation verschleierte. Die Bereitschaft, in der SPD-Bundestagsfraktion diese Problematik aufzugreifen, erschien uns zu gering. Neben dem Interesse an einer Verbesserung der Situation für die Menschen in Ostdeutschland eint uns die Sorge, dass eine Vernachlässigung dieser Probleme dazu führen könnte, dass die SPD die kommenden Bundestagswahl in Ostdeutschland verliert. Neben schwerwiegenden Folgen für den sozialen Frieden in Deutschland fürchten wir ernsthafte Bedrohungen für die Akzeptanz der Osterweiterung der EU. Besonders brenzlig wird die Situation Ostdeutschlands, wenn die Osterweiterung der EU z. B. ab 2004 eine freie Arbeitswahl ermöglicht. Dann drängen sich noch ganz andere Gefahren des Lohndumpings auf, als das was heute bereits zur Misere der

ostdeutschen Bauwirtschaft führt. Damit stellt sich uns folgende Entscheidungssituation: Können wir es verantworten, dass sich der Osten Deutschlands zu einem perspektivlosen deutschen Mezzogiorno entwickelt, aus dem die Menschen in den Westen abwandern? Die Voraussetzung für eine positive Strukturentwicklung im Osten Deutschlands besteht eben auch darin, dass qualifizierte und motivierte potentielle Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Region verbleiben.

Als Bundestagspräsident Wolfgang Thierse seine Analyse publizierte, hat er reale Probleme offenkundig gemacht. Darin haben ihn die ostdeutschen SPD-Linken auch von Anfang an unterstützt. Wie richtig Wolfgang Thierse mit seinen Thesen liegt, zeigt die öffentliche Reaktion auf das von der Projektgruppe initiierte Unterstützungsschreiben: Neben Walter Romberg, dem Finanzminister der Regierung de Maiziere, Herbert Ehrenberg, Arbeitsminister unter Helmut Schmidt, Gewerkschaftern, Bundestagsabgeordneten, Journalisten bis zum Vertreter der Deutschen Bank in Berlin haben viele Menschen aus den unterschiedlichsten Bereichen den Aufruf unterstützt. Thierse hat offensichtlich recht.

Die Projektgruppe informiert un-

ter der Homepage www.thierse-hat-recht.de und sammelt dort UnterstützerInnen. Darüber hinaus ist es für die Projektgruppe wichtig, neben der Skandalisierung der ostdeutschen Problemlagen Lösungsvorschläge zu entwickeln. Es geht um ein wirksames Aktionsprogramm für Ostdeutschland. Herbert Ehrenberg schreibt, es müsse deutlich werden, „aus den vielen Inseln gelungener Aufbauarbeiten ein flächendeckendes Programm mit größerem und anders strukturiertem Einsatz von Bundesmitteln zu machen“ (Wirtschaft&Markt 3/01). Wir dürfen uns in diesem Zusammenhang nicht scheuen, für die ostdeutschen Länder und Kommunen eine bessere Ausstattung mit Finanzmitteln zu fordern und zwar nicht nur pauschal sondern mit deutlichen Förderschwerpunkten. Wir brauchen eine Wende in der Finanzpolitik. Es gilt, Konzeptionen von Struktur- oder Regionalentwicklungsplänen auf ihre Umsetzungsfähigkeit zu prüfen.

Noch ist es nicht zu spät.

Forum DL21

Projektgruppe „Perspektiven für Ostdeutschland“

Von Burkhard Zimmermann*

* Burkhard Zimmermann, Berlin, ist einer der Koordinatoren der ostdeutschen SPD-Linken

Der Aufbau Ost braucht keinen kurzatmigen Aktionismus, sondern Stetigkeit und Verlässlichkeit.

Von Rolf Schwanitz*

Gegenwärtig befinden wir uns inmitten einer wichtigen Debatte über den Status des Aufbaus Ost und die Zukunft der Förderung für die neuen Länder.

Die Pros und Contras dieser Auseinandersetzung sind hinlänglich ausgetauscht. Das Thema „Aufbau Ost“ ist wieder zu einem wichtigen Zeitpunkt auf der öffentlichen Agenda, nämlich zu dem Zeitpunkt, zu dem die politischen Weichen für den zweiten Solidarpakt gestellt werden.

Jetzt gilt es, den politischen Boden zu bereiten, um den „Soli 2“ zum Erfolg zu führen. Deshalb will ich offensiv die guten Gründe vertreten, die dafür sprechen, den Aufbau Ost verlässlich und dauerhaft fortzusetzen, ohne dabei den Blick auf das bisher Erreichte zu vergessen.

Aufbau Ost: Ein Erfolg!

Entscheidend ist zunächst: Der Aufbau Ost — trotz aller Fehler und Versäumnisse am Anfang — ist ein Erfolg. In den letzten 10 Jahren hat Ostdeutschland vor allem in der Infrastruktur ungeheuer aufgeholt. Das schlägt sich nieder in sanierten und neuen Wohnhäusern, einem Telekommunikationsnetz auf dem neuesten Stand der Technik und gut ausgebauten Straßen. Ostdeutschland ist aber auch auf dem Weg, ein Standort von Innovation mitten in einem sich erweiternden Europa zu werden. Über 550.000 kleine und mittlere Unternehmen haben mehr als 3 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen. Ostdeutsche Hochschulen behaupten sich als weithin moderne und leistungsfähige Ausbildungsstätten sowie attraktive Partner junger Unternehmen in Forschung und Entwicklung.

Wirtschaftspolitischer Strategiewechsel ist eingeleitet

Wir haben in den letzten zwei Jahren erfolgreich einen wirtschaftspolitischen Strategiewechsel vorgenommen. Die Stichworte unseres strategischen Ansatzes für Ostdeutschland lauten:

Kooperationen zwischen Unternehmen und Wissenschaft fördern, innovative Wirtschaftsregionen schaffen und stärken, technologieorientierten Existenzgründern auf die Sprünge helfen, wettbewerbsfähige Unternehmensnetzwerke aufbauen und verstärkt in Ausbildung und Hochschulen investieren. Außerdem setzen wir unser großes Engagement im Verkehrswegebereich fort: 60% aller Mittel des Bundes fließen heute in den Straßenbau. Damit entwickelt sich mittelfristig eines der modernsten und leistungsfähigsten Infrastruktursysteme in Europa.

Das wir damit die richtigen Schrauben gedreht haben, um die Entwicklung voranzutreiben, zeigt ein Blick auf die Wirtschaft. Natürlich steht die ostdeutsche Braubranche in einem bitteren, aber notwendigen Anpassungsprozess und verdunkelt das Bild — vor allem am Arbeitsmarkt und beim resultierenden gesamtwirtschaftlichen Wachstum. Aber das Verarbeitende Gewerbe in Ostdeutschland hat gegenwärtig Zuwachsraten, von denen Westdeutschland nicht zu träumen wagt: 2000 waren es beim Umsatz fast 13%. Auch beim Export können wir uns über Zuwächse im zweistelligen Bereich freuen.

Verlässlichkeit für Investoren

Es hat wenig Sinn zu beklagen, dass dies heute noch von einer so schmalen Basis aus geschieht. Dies sind die Folgen der Fehler von gestern. Wichtiger ist es, den offensichtlich erfolgreichen Weg der Reindustrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft verlässlich für die Investoren fortzusetzen. Die Investoren haben in Ostdeutschland



erfolgreich an industrielle Traditionen angeknüpft und in längst totgesagten Branchen wie dem Maschinenbau und der Textilindustrie neue Horizonte eröffnet. Und diese setzen sich fort — trotz anderslautender Annahmen und Ängste.

Gerade deshalb sollten wir jetzt mit vergleichenden Bildern in dieser Debatte sorgsam umgehen: Das vielzitierte Mezzogiorno hat in mehreren Jahrzehnten der Förderung gerade einmal 100.000 industrielle Arbeitsplätze schaffen können. Genau so viele Menschen sind heute in den neuen Ländern allein in der Automobilindustrie beschäftigt. Und weitere Zukunftschancen lassen sich auch in anderen hochentwickelten Technologiebereichen identifizieren; etwas in der Mikroelektronik, der Biotechnologie und in der Chemie.

Deshalb gilt es zu unserer Strategie der Innovation und der Entwicklung endogener Potenziale keine Alternative. Und die Geduld, Kraft und Zähigkeit hierfür müssen wir aufbringen, auch wenn es politisch unbequem ist.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

Unabdingbar ist es deshalb auch, den erfolgreichen Umstrukturierungsprozess auf absehbare Zeit durch aktive Arbeitsmarktpolitik zu begleiten. Da darf es keine Abstriche geben. Wir haben deshalb die Arbeitsmarktpolitik nicht nur verlässlicher gemacht, sondern auch das Ziel, die Rückkehr der Arbeitslosen an den ersten Arbeitsmarkt wieder in den Mittelpunkt gestellt. Besonders für die Jugendlichen wird mit verstärkten Programmen (z. B. JUMP) ein Beitrag zu ihrer Integration in den Arbeitsmarkt geleistet — durchaus mit Erfolg, wie unabhängige Experten feststellen.

All dies ist jedoch nicht zu schaffen, ohne die Menschen selbst. Sie

* Rolf Schwanitz ist Mitglied des Deutschen Bundestages und als Staatsminister im Bundeskanzleramt Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der neuen Länder

müssen nicht nur politisch mitgenommen werden, sondern sie müssen die Leistungen selbst erbringen, für die Politik den Rahmen setzt. Ihr Selbstvertrauen, ihre Ausdauer und die Eigeninitiative der Menschen in Ostdeutschland sowie die Solidarität der Westdeutschen sind dabei die Schlüssel zum Erfolg. Gerade deshalb stehen wir alle mit unserer Tat und unserem Wort in der Pflicht, Mut zu

machen für die Bewältigung der Herausforderungen, die noch vor uns stehen. Die Bundesregierung wird das Ihre für die zweite Hälfte dieser Wegstrecke tun.

Der Bundeskanzler hat im Mai letzten Jahres gegenüber den Ministerpräsidenten der neuen Länder einen weiteren Solidarpakt zugesichert, der das Niveau der Hilfe für die ostdeutschen Länder weit über die Zeit nach 2004

hinaus sichert. Das ist wichtig, um die positiven Entwicklungen langfristig zu stärken und finanzielle Sicherheit und Perspektive für Länder, Kommunen, Investoren und Bürger auch nach 2004 zu gewährleisten.

Dies ist möglich und notwendig zugleich. Denn es geht nicht um kurzatmigen Aktionismus, sondern um dicke Bretter, die wir noch zu bohren haben beim Aufbau Ost. **Forum DL21**

Auf dem Höhepunkt der negativen Entwicklung des Ausbildungsmarktes und der Jugendarbeitslosigkeit wurde auf dem Jugendparteitag der SPD 1996 die Umlagefinanzierung der Ausbildung beschlossen. Nach Regierungsantritt wurde diese jedoch nicht in Regierungshandeln umgesetzt. Dennoch hat die Debatte das Thema auf der Tagesordnung weit vorne platziert, so dass kurz nach dem Regierungsantritt ein Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (kurz: JUMP) aufgelegt wurde. Ziel des Programmes war es, dass jedem jungen Menschen, der nach der Schule keinen Job

gegeben werden. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsstellen ist in 2000 um 14 000 angestiegen, Jump hat 27000 zusätzliche überbetriebliche Ausbildungsplätze geschaffen. Für den Teil-Erfolg war u.a ein hoher

JUMP – Perspektive auf Zeit

Wir brauchen ein kommunales Infrastrukturprogramm, damit JUMP eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt wird.

Von Andrea Nahles*

sigkeit positiv ausgewirkt. Durch diese Kooperation konnten 30 000 Jugendliche, die nur noch in Sozialhilfestatistik aufgeführt waren, aber nicht mehr beim Arbeitsamt registriert, wieder zurück in die Fördermechanismen der aktiven Arbeitsmarktpolitik geholt werden. Die Kooperation hat sich bewährt und soll in ein reformiertes Arbeitsförderungsgesetz (SGB III) als Regelinstrument einfließen.

Der verhältnismäßig ungünstigen Situation im Osten wurde Rechnung getragen. 41 % aller Jump-Mittel – was eine überproportionale Zuweisung ist – ging in die neuen Länder. (Im Jahr 2001 sollen 50% der Gesamtmittel für das Jump-Programm in den Osten gehen!) Dadurch erhöhte sich die Zahl der Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit um neun Prozent auf 38.900.

Das die Jugendarbeitslosigkeit im Osten trotz dieser erfreulichen Schwerpunktsetzung in 2000 um 9,7 % stieg, während sie im Westen um 7,2 % gesunken ist, macht allerdings die Brisanz der Entwicklung deutlich. Die allgemeine Arbeitsmarktsituation Ost verhindert, daß die erfolgreiche Teilnahme am Jump-Programm (und das gilt zunächst unabhängig von den einzelnen Maßnahmen) in einer

Arbeitsmarkt Ostdeutschland Ende Februar waren in Deutschland 4,11 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das ist der niedrigste Februar-Stand seit 1995. Die konjunkturelle Entwicklung hat weiterhin positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt West. Im Osten stagniert die Zahl der Arbeitslosen dagegen seit über einem Jahr auf hohem Niveau. Die Arbeitslosenquote liegt mit 18,9 % mehr als doppelt so hoch wie die in den alten Ländern (8 %). Ein Blick in die Beschäftigungsstatistik macht deutlich, daß der Osten vom positiven Gesamttrend abgekoppelt ist. Im November 2000 hatten wir 480 000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte mehr als vor einem Jahr. Während allerdings die alten Bundesländer mit 23,1 Millionen Beschäftigten ein Plus von 540 000 aufwiesen, ergibt sich für die neuen Länder mit 4,93 Millionen ein sattes Minus von 60 000! Auf eine längere Distanz betrachtet, sieht es nicht besser aus. Im Februar 1995, also vor 6 Jahren, war der Beschäftigungstand im Osten noch um eine halbe Million höher als heute. Seit 1991 gingen im Osten 921 000 Stellen verloren, was einem Minus von fast 14 % entspricht. Sieht man sich die Stellenmeldungen im Osten an, gingen diese aktuell im letzten Jahr um 7 % zurück. Trotz dieser Entwicklung wurden im Zusammenhang mit dem Sparpaket von Eichel 1999 für das Jahr 2000 vor allem Mittel für Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) in Ostdeutschland gestrichen, d.h. die beschäftigungsschaffenden Maßnahmen der Arbeitsämter sanken hier um 5 %.

hat, ein Angebot auf Qualifizierung und/oder Arbeit gemacht werden sollte. Das wurde bei 268205 Teilnehmern in 308 000 Maßnahmen des Sofortprogramms auch erreicht. Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich verbessert. Sie weist jedoch erhebliche regionale Unterschiede auf. Es kann noch lange keine Entwar-

Mobilisierungseffekt bei Jugendlichen verantwortlich. Denn entgegen den ursprünglichen Befürchtungen der Bundesregierung, haben nur wenige die Angebote des Programms abgelehnt. Des weiteren hat sich die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Sozialämtern und Arbeitsämtern auf die Entwicklung der Jugendarbeitslo-

* Andrea Nahles, MdB ist Vorsitzende des Forum DL 21



erfolgreichen Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt mündet. Jump schafft eine Perspektive auf Zeit, aber Jump schafft immer weniger eine Brücke in den 1. Arbeitsmarkt. An der zweiten Schwelle ist für jeden 5. Jugendlichen unter 25 Jahren in Ostdeutschland Schluß.

Das im Rahmen des Sofortprogramms ab November 2000 nun auch Mobilitätshilfen als neues Instrument eingeführt werden, um die Arbeitsaufnahme arbeitsloser Jugendlicher in Regionen mit besseren Arbeitsmarktzahlen (u.a. Westdeutschland!) verstärkt zu fördern, wird in den ostdeutschen Ländern kritisch hinterfragt. Kurzfristig könne man junge Menschen nicht „in Arbeitslosigkeit halten“ — argumentiert die Arbeitsverwaltung und das Bundesarbeitsministerium. Vor Ort stehen die mittelfristig negativen Auswirkungen auf das Qualifikationsniveau und den Fachkräftepool, aber auch die gesellschaftlichen Konsequenzen dieser Entwicklung im Mittelpunkt der Betrachtungen.

In seinem Beitrag für diesen „DL-Newsletter“ fordert Wolfgang Thierse ein „Investitionsprogramm für Ostdeutschland“, welches die „Prinzipien der Förderpolitik“ auf ihre „nachhaltige und Arbeit schaffende Wirkung“ überprüfen soll.

Ein Investitionsprogramm, das einer zu diskutierenden neuen Investitionsstrategie folgen soll. Zum Nulltarif sei das nicht zu machen, prognostiziert Thierse: „Eine Förderung aller extrem strukturschwachen Großregionen zu gleichen Konditionen ist aber eine Politik, die sich nicht mit einem haushaltspolitischen Spar- und Konsolidierungskurs verträgt.“

Auch Rolf Schwanitz fordert eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“, die den Strukturwandel im Osten auf absehbare Zeit begleiten muß. „Da darf es keine Abstriche geben.“ Ich kann mich diesen beiden Forderungen nur anschließen: Leider werden in diesen Wochen die Weichen in eine andere Richtung gestellt. Walter Riester will im Wahljahr die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung senken. Gleichzeitig soll es keinen Bundeszuschuß zum Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit geben. Unterm Strich heißt das in 2002 wird es Abstriche in der aktiven Arbeitsmarktpolitik geben und das wirkt sich vor allem negativ auf die ostdeutschen Bundesländer aus. Und es heißt auch, daß ein Investitionsprogramm Ost finanziell nicht abgedeckt ist.

Wer Arbeitsmarktpolitik jetzt zurückfährt, der gefährdet jedoch eine Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt Ost. Mehr noch, er nimmt eine negati-

ve Entwicklung in Kauf. Notwendig wäre vielmehr eine zeitlich befristete neue Anstrengung, um die Hürde 1. Arbeitsmarkt zu überwinden. Dabei sind reine Arbeitsbeschaffungsinstrumente nicht mehr ausreichend. Wir brauchen eine enge Verzahnung von kommunaler Infrastruktur- und Wirtschaftsförderungspolitik, die „auf ihre Arbeit schaffende Wirkung“ abgeprüft wird. Mein Vorschlag wäre ein kommunales Infrastrukturprogramm, daß sich nicht nur auf Problemregionen konzentriert, sondern außerdem gezielt die Gruppe der jungen Arbeitslosen einbindet und fördert. Dabei geht es auch darum attraktive mittel- und hochqualifizierte Arbeitsplätze anzubieten, die junge Menschen bewegen, ihren Lebensmittelpunkt in den neuen Ländern anzusiedeln. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Abwanderung junger Menschen in den Westen, ist dies nicht nur eine arbeitsmarktpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Weichenstellung von erheblicher Bedeutung.

Durchmogeln hilft nicht mehr. 2002 steht vor der Tür. Konzepte diskutieren und ausfeilen, Geld in die Hand nehmen. In Anlehnung an populäres westdeutsches Liedgut (Kölle): Zäng zusamme (Eichel) – Aasch huuh (alle!).

Forum DL21

Mitbestimmung: Ein soziales und ökonomisches Erfolgsmodell

Von Ottmar Schreiner*

Der rasche Wandel von Unternehmensstrukturen, die Zunahme flexibel gestalteter Arbeitsverhältnisse sowie die Individualisierung persönlicher Lebensplanungen stellen neue Herausforderungen an die Betriebsräte.

Mitbestimmung trägt zur sozialverträglicheren Gestaltung des Strukturwandels und damit zum sozialen

Frieden bei. Klar definierte Rechte und dezentralisierte Strukturen der Mitbestimmung sind ein entscheidender Faktor von Arbeitszufriedenheit und Motivation der Beschäftigten. Damit liegt Demokratie in den Betrieben auch im Interesse der Arbeitgeber nach Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Kernpunkte der Reform

Wenn heute jedoch nicht einmal mehr 40 Prozent und in kleinen Betrieben nur noch 4 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Betriebsräten vertreten werden,



kann diese Form der Mitbestimmung nicht mehr funktionieren.

Es liegt auf der Hand, dass ein fast 30 Jahre altes Betriebsverfassungsgesetz der Realität in den Betrieben im Jahr 2001 angepasst werden muss. Moderne Unternehmensstrukturen erfordern eine moderne Arbeitnehmervertretung.

* Ottmar Schreiner, MdB ist Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes trägt einer gewandelten Unternehmenskultur, den Erfordernissen moderner Unternehmensstrukturen und gleichzeitig den Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Rechnung: Der Reformentwurf beinhaltet die Möglichkeit, Betriebsräte in gemeinsamen Betrieben unterschiedlicher Unternehmen zu wählen. Künftig soll die Bildung von Sparten-, Filial- und unternehmenseinheitlichen Betriebsräten möglich sein. Bei Aufspaltung eines Betriebes erhält der Betriebsrat ein Übergangsmandat bis zur Wahl im neuen Betrieb. Dies ist insbesondere im Hinblick auf den zunehmenden Trend zum Outsourcing in vielen Unternehmen von großer Bedeutung.

In Konzernen kann mit Zustimmung der Mehrheit der Gesamtbetriebsräte in Zukunft ein Konzernbetriebsrat gebildet werden.

Der Gesetzesentwurf sieht als wichtige Neuerung die Entbürokratisierung des Wahlrechts von Betriebsräten vor: Wir wollen gerade in kleinen Betrieben die Mitbestimmungsrechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken. In einem vereinfachten Wahlverfahren soll der Betriebsrat in kleinen Betrieben mit 5-50 Beschäftigten in zwei Stufen auf Wahlversammlungen in geheimer und unmittlbarer Wahl gewählt werden. In Betrieben eines Unternehmens oder Konzerns ohne Betriebsrat kann vom Gesamt- oder Konzernbetriebsrat die Wahl zum Betriebsrat eingeleitet werden. Bei den Wahlen zur Arbeitnehmervertretung entfällt generell die veraltete Trennung zwischen Arbeitern und Angestellten. Frauen sollen künftig entsprechend ihrem Anteil im Betrieb im Betriebsrat vertreten sein.

Neue Beschäftigungsformen, wie Telearbeit, der Einsatz von Leiharbeitern oder verschiedene Formen des Außendienstes bedeuten neue Anforderungen an die Interessensvertretung aller Beschäftigten. Diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen in die betriebliche Mitbestimmung einbezogen werden. Ihre Teilhabe an den demokratischen Rechten muss aktiv gefördert werden. Außendienst- und Telearbeitnehmer unterliegen nach der Novellierung als Teil der Belegschaft eines Betriebes dem Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats. Leiharbeiter erhalten das aktive Wahlrecht zum Betriebsrat, wenn sie länger als drei Monate im Betrieb beschäftigt sind. Teilzeitbeschäftigte be-

kommen bei einer Teilnahme an Betriebsratsschulungen außerhalb der Arbeitszeit einen Ausgleich.

Verbesserung der Arbeitsbedingungen

Der Reformentwurf des Betriebsverfassungsgesetzes soll zudem die Arbeitsbedingungen der Betriebsräte verbessern: Eine Freistellung sowie Teilfreistellungen sind bereits in Betrieben ab 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorgesehen. Ab einer Betriebsgröße von über 100 Beschäftigten erhält der Betriebsrat die Möglichkeit, Beteiligungsrechte auf Arbeitsgruppen zu delegieren. Das wird einerseits die Arbeit der Betriebsräte erleichtern und gleichzeitig die Möglichkeiten der Beschäftigten verbessern, sich aktiv an der innerbetrieblichen Mitbestimmung zu beteiligen.

Außerdem stärkt der Gesetzesentwurf die Position junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In Betrieben mit mehr als 150 Jugendlichen und Azubis wird die Zahl der Mandate in den Jugend und Auszubildendenvertretungen (JAV) erhöht.

Diese und andere Neuerungen, wie beispielsweise die Ausstattung der Betriebsräte mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik oder die Möglichkeit, sachkundige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur ordnungsgemäßen Erfüllung seiner Aufgaben hinzuzuziehen, werden die Arbeit der Betriebsräte erleichtern.

Entscheidend ist zudem die Einbeziehung gesellschaftlich relevanter Themen in die Betriebsratsarbeit: Ein Betriebsrat muss heute Einfluß auf den betrieblichen Umweltschutz nehmen können. Der gemeinsame Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus erfordert unbedingt das Engagement der Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben. In beiden Bereichen sieht der Reformentwurf eine Ausweitung der Rechte des Betriebsrates vor.

Zur Beschäftigungssicherung erhält der Betriebsrat nach dem Reformvorhaben ein Initiativrecht zur Förderung und Sicherung von Beschäftigung. Arbeitgeber sind dann verpflichtet, mit dem Betriebsrat über Vorschläge wie die Gestaltung der Arbeitszeit, Überstundenabbau oder die Förderung von Teilzeitarbeit zu beraten. Von großer Bedeutung wird auch die Möglichkeit der Betriebsräte sein, einem drohenden Qualifikationsverlust frühzeitig und präventiv durch betriebliche Berufsbildungsmaßnah-

men entgegenzuwirken. Hat der Arbeitgeber den drohenden Qualifikationsverlust zu verantworten, muss der Betriebsrat entsprechende betriebliche Maßnahmen zur Qualifizierung der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchsetzen können. Nach den Reformplänen erhält der Betriebsrat auch für Frauenförderpläne und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Initiativrecht. Beides, sowohl die berufsbegleitende Qualifizierung von Beschäftigten als auch besondere Maßnahmen für Frauen, die von der Doppelbelastung Familie und Beruf meist in stärkerem Maße betroffen sind als ihre männlichen Kollegen, gehört in den Arbeitsbereich der Betriebsräte.

Unzureichend bei befristeten Arbeitsverhältnissen

Unzureichend bleibt der Gesetzesentwurf leider bei der Mitbestimmung der Betriebsräte über befristete Arbeitsverhältnisse. Ein Betriebsrat erhält nach dem Reformentwurf lediglich ein Vetorecht bei unbefristeten Neueinstellungen, wenn es im Betrieb bereits gleich geeignete Bewerberinnen oder Bewerber mit befristeten Arbeitsverhältnissen gibt. An dieser Stelle hätte die Bundesregierung weiter gehen sollen. Durch die zunehmende Befristung von Arbeitsverträgen wird das Kündigungsschutzgesetz umgangen. Betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen zudem ihre Rechte in der Hoffnung auf eine Entfristung des Arbeitsverhältnisses oft nicht wahr, was wiederum die Betriebsräte schwächt. Planungssicherheit, insbesondere Familienplanung für jüngere Menschen, ist in befristeten Arbeitsverhältnissen kaum möglich. Die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der Anstellung befristet Beschäftigter hätten daher im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und des Betriebsfriedens deutlich ausgeweitet werden müssen.

Tragfähige Grundlage

Gleichwohl stellt der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Reform des Betriebsverfassungsgesetzes eine tragfähige Grundlage für die weiteren parlamentarischen Beratungen dar.

Klar definierte Rechte der Betriebsräte sind eine Grundlage des bundesdeutschen Sozialmodells, dass gerade wegen seiner Fähigkeit zu Konsenslösungen zur Stärkung der Wirtschaft beiträgt und auch im Ausland als Standortvorteil angesehen wird.

Forum DL21



Ein selbstbewußtes Nein: NMD

Von Andrea Nahles*

Die Folgen der von der neuen US-Administration vorangetriebenen Entwicklung nationaler Raketenabwehrsystemen (NMD) sind in diesen Tagen in der Presseberichterstattung nachzulesen. So berichtet z.B. die taz am 07. März 2001, dass China eine deutliche Erhöhung seiner Militärausgaben angekündigt hat. Der Verteidigungshaushalt soll um 17,7 % erhöht werden. Diese Konsequenz war vorauszusehen, denn abschreckungstheoretisch ist die Modernisierung und Aufrüstung der offensiven Nukleararsenale die beste Maßnahme gegen die Einführung von Defensivkomponenten. Vieles deutet darauf hin, dass China diesen Weg mit der Erhöhung seines Militärhaushaltes einschlagen wird.

Sicherheitspolitische Maßstäbe

Diese aktuelle Entwicklung belegt, dass die Diskussion um NMD in Deutschland zur Zeit in die falsche Richtung läuft. „Ein eminentes wirtschaftliches und technologisches Interesse“ darf nicht im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Staatliche Technologiepolitik kann in vielen Politikfeldern wirtschaftlich, sozial oder ökologisch positive Folgen haben. In der Rüstungspolitik sollten andere Folgen bedacht werden. Sicherheitspolitische Maßstäbe müssen wieder in das Zentrum der Debatte um NMD rücken.

Die Bundesregierung täte gut daran, sich in diesem Zusammenhang wieder der im Koalitionsvertrag genannten Ziele zu erinnern:

„Eine wesentliche Aufgabe sieht die neue Bundesregierung in der präventiven Rüstungskontrolle. Sie ergreift Initiativen, um im Rahmen der KSE-Verhandlungen die Rüstungsobergrenzen deutlich unter das heutige Niveau zu senken. Sie macht ihren Einfluß geltend, um ... die weitere Reduktion strategischer Atomwaffen zu befördern. ... Die neue Bundesregierung unterstützt Bemühungen zur Schaffung atomwaffenfreier Zonen.“

Diese Ziele sind mit NMD nicht zu erreichen. Im Gegenteil: Das Beispiel China zeigt, dass ein neuer Rüstungswettlauf zu befürchten ist.

Und es gibt weitere Argumente, die darauf hindeuten, das NMD ein Irrweg ist.

Die amerikanische Rechtfertigung des NMD-Programmes mit dem Hinweis auf die wachsenden Bedrohung durch die sogenannten „Schurkenstaaten“ scheint weit hergeholt. Diese Staaten verfügen meist nur über Raketen mittlerer Reichweite, und zu einer Weiterentwicklung fehlt diesen Ländern die industrielle Basis. Die wahrscheinlichere Bedrohung durch Terroranschläge, biologische oder chemische Waffen läßt sich aber durch NMD nicht einschränken. Somit bietet NMD vor diesen Staaten nur vermeintlichen Schutz. Daneben ist zu befürchten, dass durch das NMD-Programm, die als „Schurkenstaaten“ bezeichneten Länder in dieser Rolle gehalten würden. Sicherheitspolitisch ist es sinnvoller, diese Staaten auf multilateraler Ebene in eine international abgestimmte langfristig angelegte Friedens- und Entwicklungskooperation einzubeziehen. Nur so kann eine globale Friedensordnung erreicht werden. NMD wäre für diese Ordnung kontraproduktiv.

Kooperation mit Russland?

Neben diesem übertrieben Bedrohungsszenario ist nicht abzusehen, wie die Gespräche zwischen Amerika und Russland enden werden. Beteiligt sich Russland zusammen mit den USA an einem europaweiten Abwehrschirm, so bedeutet dies, dass von Russland trotz der kostenintensiven wirtschaftlichen Reformmaßnahmen zusätzliche finanzielle Mittel für militärische Sicherheit aufzuwenden sind. Dies würde wieder auf Kosten der sozialen und zivilwirtschaftlichen Sicherheit in Russland geschehen und damit zu neuen internen Spannungen und Konflikten führen. Dies hätte wiederum Auswirkungen auf andere osteuropäische Staaten.

Gibt es keine Kooperation mit Russland und findet somit eine einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrages von 1972 durch die USA statt, so hätte auch dies sicherheitspolitisch unabsehbare Folgen. Denn damit wäre die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Russland und den westlichen Staaten und damit das ganze System nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle gefährdet. Wäre dies von den

USA zu verantworten, so wären die Beziehungen zwischen den USA und Europa schweren Belastungen ausgesetzt.

Bedrohung heraufbeschworen

Außerdem zeigt das Beispiel Chinas, dass auch andere Staaten durch NMD zu Maßnahmen gezwungen werden, die Europas und Amerikas Sicherheit in Zukunft keinesfalls erhöhen. Gerade nach der Erhöhung des chinesischen Wehretats könnten Länder wie Indien und Pakistan die nächsten sein, die mit ähnlichen Schritten folgen. Die Rüstungsspirale ist in Gang gesetzt und eine Bedrohung wird heraufbeschworen, die eigentlich durch dieses Raketenabwehrsystem verhindert werden sollte. Neben diesen negativen Folgen für die europäische und amerikanische Sicherheit werden diese Staaten durch NMD zu Schritten gedrängt, an denen sie eigentlich kein Interesse haben. Sie benötigen das Geld, das sie für Nachrüstung ausgeben müssen viel dringender für ihren sozialen und wirtschaftlichen Aufbau. Vor allem China wird damit auf dem Weg zur Demokratisierung und Öffnung gebremst, alte Strukturen verfestigen sich.

Wo ist in der Auseinandersetzung um NMD das viel gepriesene neue Selbstbewußtsein Europas in der euroatlantischen Partnerschaft? Dies wäre zu erkennen, wenn in dieser Diskussion die oben genannten sicherheitspolitischen Ziele und kritischen Einwände gegen NMD offensiv von deutscher und europäischer Seite vertreten würden.

Denn zu einer Freundschaft unter selbstbewußten, souveränen Partnern gehört, dass man in „partnerschaftlichen und vertrauensvollen“ Gesprächen den Gesprächspartner „deutlich darauf hinweist, wenn er dabei ist einen Fehler zu begehen“.

Die stillschweigende Zustimmung zu den Luftangriffen auf den Irak und das Verhalten der Deutschen und Europäer bei der Diskussion um NMD zeugen jedoch nicht gerade von Selbstbewußtsein und es stellt sich die Frage, ob diese lavierende Zurückhaltung der richtige Weg ist, um als interessanter und vollwertiger Partner für die übermächtigen Amerikaner ernstgenommen zu werden.

Vor allem wegen der sicherheitspolitischen Unwägbarkeiten, aber auch wegen der enormen Kosten, die mit einer Beteiligung an diesem Projekt verbunden wären, lehnt das Forum Demokratische Linke 21 die Pläne für ein nationales Raketenabwehrsystem und die bundesdeutsche Beteiligung an diesem System ab.

Forum DL21

* Andrea Nahles, MdB ist Vorsitzende des Forum DL 21

Eine politische Kernforderung der demokratischen Linken in der Bundesrepublik an die Regierungsfractionen und die Bundesregierung ist, so schnell wie möglich ein kodifiziertes, weltoffenes und humanes Zuwanderungsgesetz in den Deutschen Bundestag einzubringen. Zuwanderung eignet sich nicht als Wahlkampfthema. Das Gesetzgebungsverfahren muss daher bald beginnen, damit rechtzeitig vor Beginn der Wahlauseinandersetzung des kommenden Jahres der Rechtssetzungsprozess abgeschlossen ist.

Forderungen an ein neues Zuwanderungsgesetz

Das neue Zuwanderungsgesetz muss den Anforderungen entsprechen, die der SPD-Bundesparteitag 1995 in Mannheim aufgestellt hat:

„Das Zuwanderungsgesetz soll Regelungen,

- für die Festlegung der Anzahl aufzunehmender Personen (Quote),
- den aufzunehmenden Personenkreis,
- das Aufnahmeverfahren,
- die Integration der aufgenommenen Personen enthalten.

Die jährliche Zuwanderungsquote ist gemeinsam von Bund und Ländern zu bestimmen. Bei der Festlegung des aufzunehmenden Personenkreises wirken gesellschaftliche Verbände, wie z.B. Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen, Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbände und Sachverständige mit (Zuwanderungsrat). Bei der Festlegung des aufzunehmenden Personenkreises sind wirtschafts-, arbeitsmarkt-, entwicklungspolitische sowie humanitäre Gesichtspunkte sowie die gesellschaftspolitische Aunahmefähigkeit zu berücksichtigen.“

Aufgrund dieser Beschlusslage steht die SPD gegenüber ihrer Parteibasis und gegenüber Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und vielen anderen engagierten Bürgern im Wort.

Bundesregierung und SPD-Bundestagsfraktion müssen aufgefordert werden sich bei der Erarbeitung des Gesetzesentwurfes — neben den Berichten der sogenannten „Stiegler-Kommission“ und „Süßmuth-Kommission“ an dem einschlägigen Gesetzentwurf zu orientieren, den die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen in der SPD (ASJ) 1998 in Köln auf der Grundlage des zitierten Parteitagsbeschlusses von Wiesbaden erarbeitet hat.

Deutschland braucht ein modernes und humanes Zuwanderungsgesetz

Von Klaus Hahnzog*

Grundrecht auf Asyl muss bleiben

Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge können nicht unter ein solches Gesetz fallen. Ihre Zahl kann schon aus humanitären Gründen nicht quotiert werden. Die demokratische Linke muss sich daher allen Bestrebungen widersetzen, das Asylrecht von einem Grundrecht in eine bloße institutionelle Garantie umzuwandeln oder Zuwanderung mit einer weiteren Einschränkung des Asylgrundrechts zu verknüpfen. Deutschland muss sich auch weiterhin seiner humanitären Verantwortung stellen und seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen, Flüchtlinge aus Kriegs- oder Krisengebieten aufzunehmen. Der verfassungsrechtlich begründete Familiennachzug darf durch ein Zuwanderungsgesetz nicht eingeschränkt werden.

Die Unterscheidung zwischen nützlichen und nicht nützlichen Ausländern, grenzt nicht nur aus, sondern negiert auch die aus der eigenen Geschichte resultierende Verantwortung Deutschlands. Nationalegoistische Abschottung, auch und gerade gegenüber Not- und Elendsflüchtigen, ist nicht nur verantwortungslos, sondern schürt Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß und leistet dem rechtsradikalen Zulauf Vorschub. Zuwanderung aus humanitären und aus ökonomischen Gründen liegt im Interesse aller in der Bundesrepublik Deutschland Lebenden.

Plädoyer für eine umfassende und aktive Integrationspolitik

Die Linke in Deutschland muss sich nachdrücklich dagegen aussprechen, sich im politischen Prozess auf kleinschrittige Modifikationen des bestehenden Ausländerrechts zu beschränken. Ein Artikelgesetz, mit dem lediglich an einzelnen Stellschrauben gedreht wird, würde den Charakter von Stückwerk haben. Der bestehende Rechtszustand eines „Fleckerlteppich“- Ausländerrechts darf nicht weiter fortgeschrieben werden. Notwendig ist vielmehr Berechenbarkeit und Verlässlichkeit für Ausländer und Deutsche — das ist wiederum die Basis für Integration.

Die demokratische Linke muss deshalb eine offensive und wirksame Integrationspolitik aller Zuwanderer in die

Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland verfolgen. Dazu gehören zu aller erst Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache. Für die erforderliche Freiwilligkeit sollen durch Verbesserungen im Ausländerrecht Anreize geschaffen werden. Die verbindenden Grundwerte für das Zusammenleben aller, wie Achtung der Würde des Menschen, Gleichberechtigung, insbesondere der Frauen, Toleranz, Demokratie und Rechtsstaat gelten für alle. Ein eigener Begriff der deutschen Leitkultur oder einer Leitkultur in Deutschland kann als einer sich zu unterwerfenden Dominanz einer Seite verstanden werden und ist daher schädlich. Interkulturelle Integration befruchtet die deutsche Kultur.

Übergeordnetes Ziel einer Integrationspolitik muss die Verbesserung der rechtlichen, institutionellen und individuellen Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe am ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Leben sein. Ziel von Integration ist dabei: Eine wechselseitige Akzeptanz und Toleranz zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die Chancengleichheit bzw. die Gleichbehandlung in allen wichtigen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft — in Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, beim Wohnen und bei den Angeboten sozialer Dienstleistungen und Freizeitaktivitäten. Deshalb müssen die wichtigsten Leitlinien einer Integrationspolitik vor allem die Förderung der rechtlichen Gleichstellung und der politischen Partizipation, die Erleichterung der interkulturellen Kontakte, das Entgegenwirken fremdenfeindlicher und rassistischer Ausgrenzung, der Abbau von strukturellen Benachteiligungen und die interkulturelle Öffnung von Institutionen sein.

Ein modernes und humanes Zuwanderungsgesetz braucht auch eine aktive Integrationspolitik. Beide Aufgaben politisch und gesellschaftlich zu lösen sind die größten Herausforderungen einer aufgeklärten und linken Migrationspolitik im Zeitalter der Globalisierung.

Forum DL21

* Dr. Klaus Hahnzog, MdL ist Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) und Vorstandsmitglied des Forum DL 21

Die Zukunft der Städte

Einleitung zum Schwerpunkt

von Björn Böhning, Ulf-Birger Franz und Steffi Gerszewski



Städte sind leistungsfähige und komplexe Systeme: Sie sind Laboratorien und Experimentierfelder, häufig Abbilder der Zukunft. Sie sind Kristallisationspunkte kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung. Hier entstehen innovative Milieus, die Neues aushecken. Wo sonst als in den großen Städten finden sich so viele kulturelle Angebote auf engstem Raum, wird so viel Wissen angehäuft. Gleichzeitig sind Städte große Integrationsmaschinen, denken wir nur an die klassischen Einwandererstädte in Nordamerika. Kulturelle Vielfalt findet sich auf engstem Raum, in der funktionierenden und lebendigen

So ist dieser *spw*-Schwerpunkt auch ein Plädoyer dafür, um unsere Städte und um den Charme urbaner Lebensweise zu kämpfen.

Großstadt ist viel Platz für Leute, die „anders“ sind. Dies alles hat zur Faszination und zum Wachstum der großen Städte beigetragen.

In den letzten Jahren hat sich die Aufmerksamkeit jedoch vermehrt auf die Krise der Städte gerichtet. Die zunehmende soziale Polarisierung bildet sich in den Großstädten schärfer ab als anderswo, das komplexe System

der Stadt droht in vielen Vierteln aus den Fugen zu geraten. Ganze Wohnquartiere drohen vor dem Hintergrund sich verfestigender Massenarbeitslosigkeit und des Wegzugs einkommensstärkerer Bewohner zu kippen. Inzwischen wird sogar die Steuerbarkeit der Städte an sich in Frage gestellt. Sind Rio de Janeiro, Mexico City und Lagos nur die Vorboten? Entwickeln sich unsere Städte nach dem Vorbild einiger US-Metropolen zu Ansammlungen voneinander isolierter und extrem gegensätzlicher Wohnquartiere? – So weit ist es wohl noch nicht. Fest steht aber: Sozialer Zusammenhalt, Toleranz und wirtschaftliche Überlebensfähigkeit unserer Großstädte sind gefährdet. So ist dieser *spw*-Schwerpunkt auch ein Plädoyer dafür, um unsere Städte und um den Charme urbaner Lebensweise zu kämpfen. Das Programm „Soziale Stadt“ der Bundesregierung ist ein erster Baustein für eine Zukunftsstrategie. Deshalb haben wir uns auf die Suche gemacht, haben Problemanalysen und Handlungsvorschläge aus verschiedenen Städten, gleichsam als Rundflug, zusammengestellt.

Wir beginnen unseren Rundflug in Berlin – und das nicht zufällig. Nirgendwo in Deutschland entwickelt sich eine Stadt so atemberaubend schnell und unübersichtlich. Wer für ein Wochenende Berlin besucht, braucht danach eine Woche, um das Gesehene zu verarbeiten. Und nirgendwo sonst sind die beiden Seiten der Stadt so sichtbar wie in Berlin: hier Kreativität und Avantgarde, dort Überlebenskampf pur. Dabei hat Berlin eine ganze Reihe von Sonder-Bedingungen: die Einheit und das Zusammen-

*Björn Böhning, Berlin, Student und Mitglied der spw-Redaktion;
Ulf-Birger Franz, Hannover, Angestellter, Mitglied des spw-Arbeitsausschusses und des SPD-Unterbezirksvorstands Hannover-Stadt;
Steffi Gerszewski, Dortmund, Mitglied der spw-Redaktion*

wachsen von Ost und West mit seinen Tücken verläuft hier mitten in der Stadt, der Bau der neuen deutschen Hauptstadt mit dem großen Investitionsschub beschleunigt das Tempo der Stadtentwicklung wie die soziale Polarisierung zusätzlich. *Hartmut Häußermann* zieht eine Bilanz der Jahre von der deutschen Einheit bis heute und beschreibt die Mechanismen der sozialen Spaltung in Berlin und anderen Großstädten. An dieser Stelle ergänzt *Susanne Heeg* diesen Blickwinkel auf Berlin um den Aspekt des langsamen Rückzugs der öffentlichen Hand aus der Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Sie erkennt, dass Städte zunehmend als Unternehmen aufgefasst werden, und dass die Akteure daraus ihre politische Agenda bestimmen.

Von Berlin aus geht es in den Ballungsraum Rhein/Main, in dem es rund um Frankfurt nicht nur einen Speckgürtel gibt, sondern auch prekäre Wohnviertel mit hoher Arbeitslosigkeit. Die Hochhaussiedlungen in den Vororten erinnern hier zuweilen an die berühmten *banlieues* in Frankreich. Eine dieser *banlieues* vor den Toren Frankfurts liegt in Hattersheim. Hier arbeitet *Klaus Störch* im Stadtteilmanagement. Er schildert in seinem Beitrag die Strategie, mit der in Hessen versucht wird, kritische Wohnquartiere aufzuwerten und soziale Netze wiederherzustellen. Knapp 400 km weiter nördlich, in Hamburg, geht es um das gleiche Ziel: um lebendige und funktionsfähige Stadtteile. *Gerd Walter* hat die Rolle des Stadtteilgewerbes für den Arbeitsmarkt der zweitgrößten deutschen Stadt untersucht. Dabei traf er auf eine Vielzahl neuer Beschäftigungsformen und knüpft damit an eine Diskussion an, die in den letzten Ausgaben der *spw* immer wieder eine wichtige Rolle gespielt hat: die Zukunft der Arbeit.

Die wirtschaftliche Entwicklung und der Arbeitsmarkt in den Großstädten sind von einem starken öffentlichen Sektor geprägt. Fast die gesamte Infrastruktur der Städte, die Ver- und Entsorgung sowie der Nahverkehr, wurden bisher öffentlich organisiert. Dies ändert sich schrittweise. Mit der Deregulierung des Strommarktes wurden zunächst die Stadtwerke dem ungleichen Wettbewerb mit

den großen Stromkonzernen ausgesetzt, die Wasserversorgung und der öffentliche Nahverkehr sollen folgen. Die neuen Rahmenbedingungen führen entweder zu einer Privatisierung der öffentlichen Aufgaben und Unternehmen – oder sie erfordern neue Strategien der städtischen Betriebe. Die Artikel von *Arno Brandt* zur Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs und von *Hermann Scheer* zur Zukunft der Stadtwerke sind Plädoyers für eine auch weiterhin aktive Rolle der öffentlichen Hand.

Städte entwickeln sich keineswegs parallel, es gibt Auf- und Absteiger. Denn Städte sind ja immer auch Abbilder wirtschaftlicher und sozialer Umbrüche. Waren die alten Industriestädte des letzten Jahrhunderts einmal reich an Arbeit und für Zuwanderung attraktiv, so müssen sie heute umso härter darum kämpfen, die Arbeitsplatzverluste im industriellen Sektor zu kompensieren und neue Dienstleistungsarbeitsplätze zu gewinnen. Wie Nord- und Mittelengland hat in Deutschland insbesondere das Ruhrgebiet mit dieser Entwicklung zu kämpfen. Der Anteil des Dienstleistungssektors ist dort im Vergleich zu anderen Großstädten eher gering, bei der Beschäftigungsentwicklung in den 90er-Jahren lagen die Zentren an der Ruhr im westdeutschen Städtevergleich hinten. Also nehmen wir Kurs auf das Ruhrgebiet und landen in Dortmund. Während sich andere Städte als Autoschmieden, Wissens-, Messe-, Kultur- oder Hauptstädte vermarkten, gilt Dortmund als Bier- und Fußballstadt – ein sicheres Indiz dafür, dass die größten Erfolge hier nach Feierabend errungen werden. Dies soll sich ändern. *Steffi Gerszewski* stellt das „Dortmund project“ vor, mit dem die Stadt, die durch Stahl- und andere Krisen arg gebeutelt wurde, zum attraktiven Standort für die *New Economy* und für neue Unternehmen werden will.

Dieser *spw*-Schwerpunkt bietet einen ersten Streifzug zum Thema Zukunft der Städte. Er bleibt thematisch und geografisch unvollständig. Deshalb werden wir das Thema in Zukunft in loser Folge immer wieder aufnehmen und um weitere Aspekte ergänzen. Beiträge für die *spw* zu Entwicklungen und zu städtischen Handlungsstrategien sind daher willkommen.

spw

1. Das Problem: Wohnungsnahe Arbeitsplätze erhalten

Mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit und ihrer stadträumlichen Konzentration in benachteiligten Stadtteilen wurde in den letzten Jahren deutlich, welche Rolle die lokal verankerte Ökonomie – darunter werden Kleinbetriebe verstanden, die aus dem verarbeitenden Gewerbe, dem Handwerk, den sozialen, haushalts- und den unternehmensbezogenen Dienstleistungen kommen und ihre Standorte „wohnungsnahe“ in Nutzungsgemischen Stadtteilen haben – für die soziale Stabilisierung von Stadtteilen haben kann. Sie bietet nicht nur wohnungsnahe Arbeitsplätze, sondern trägt mit ihrer breit gefächerten Gewerbetradition und mit ihren vielfältigen Produktions- und Dienstleistungsangeboten wesentlich bei zur lebendigen Funktionsmischung, zur attraktiven Versorgungsqualität und zur urbanen Kultur in den Stadtquartieren.

Allerdings führen die spezifischen *Formen* und die *Orte* der Arbeit in neuen und kleinen Betrieben zu Konflikten mit bestehenden Leitbildern und Standards der Ar-

Prekär oder integrativ?

Wohnungsnahe Arbeitsplätze zwischen industriellen Normalitätsansprüchen und kleinbetrieblicher Realität

Von *Gerd Walter*

beit sowie des Nebeneinanders von Wohnen und Arbeiten in der Stadt. Den Arbeitsformen in den lokal integrierten Kleinbetrieben haftet der Ruf des Rückständigen, Unsicheren und Prekären an, weil z.B. Arbeitszeiten oft informell und flexibel vereinbart werden, die Entlohnung geringer ausfällt als in mittleren oder großen Betrieben, keine gewerkschaftliche Interessenvertretung den Rücken

Gerd Walter, Technische Universität Hamburg-Harburg, Arbeitsbereich Stadt- und Regionalökonomie

der Arbeitenden stärkt und das individuelle Arbeitsplatzrisiko stärker vom Auf und Ab der betrieblichen Auftragslage abhängt. Zum anderen provoziert die Nutzungsmischung Konflikte zwischen dem Gewerbe und den Bewohnern der umliegenden Wohngebäude oder angrenzenden Grün- und Erholungsräumen.

Die wohnungsnahen Betriebe bringen ein ambivalentes Moment in die Stadtentwicklung: Die Kehrseite der Urbanität sind Reibungen und Konflikte, die Kehrseite der wohnungsnahen Arbeit sind atypische und z.T. prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Politik hat auf diese Probleme bislang mit der Trennung unverträglicher Nutzungen reagiert und das System der kollektiven Arbeitsregulierung hat allgemeine Standards des Arbeitens in gesetzlichen und tarifvertraglichen Regeln etabliert, die über Branchen und Unternehmen hinweg Gültigkeit haben. Die These, die im Aufsatz begründet werden soll, ist, dass die Regulation dieser kollektiven Schutzgüter das Beschäftigungspotenzial in wohnungsnahen Kleinbetrieben in seiner Entfaltung einschränkt und behindert. Der Grund dafür: Diese Regelungen orientieren sich an einer Normalität des Arbeitens, die mit der Realität der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und der Existenz- und Entwicklungsbedingungen der Betriebe nur wenig zu tun haben. Sie werden damit auch zu einem Problem bei der Stabilisierung von wohnungsnahen Arbeitsplätzen und den daran geknüpften Zielen einer integrativen und sozialen Stadtteilentwicklung.

2. Normalarbeit und atypische Beschäftigung

Auch wenn statistisch gesehen nur ein sehr geringer Teil der Erwerbstätigen in Großunternehmen beschäftigt ist und die Mehrheit in kleinen Betrieben arbeitet, prägen die internen Arbeitsverhältnisse von Großunternehmen, ihre tariflichen Lohnabschlüsse und die für sie typische Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse das Leitbild des

„Normalarbeitsverhältnisses“. Mit diesem Begriff wird weniger ein empirisch relevanter Sachverhalt oder eine statistische Durchschnittsgröße aller „normalen“ Arbeitsverhältnisse bezeichnet, als eine „juristisch anerkannte und darum ge-

setzte ‚herrschende‘ Fiktion (Kress 1998: 490). Es ist die normative Kraft des Normalarbeitsverhältnisses, die den tatsächlichen Arbeitsverhältnissen als Anforderung und Leitbild entgegentritt und insofern auch praktisch und wirklich wird. Die Verteidigung der daran geknüpften Rechte und Privilegien (Vollzeit, Dauerhaftigkeit, Stabilität, kollektive Interessenvertretung, Ableitung von Sozialversicherungsansprüchen) und ihre Verallgemeinerung quer über verschiedene Branchen und Unternehmen hinweg hat dazu geführt, daß für breite Schichten von Werktätigen ein gewisses Niveau an sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand über eine lange Zeit hinweg garantiert werden konnte.

Dieses Modell der Arbeit steht seit Mitte der 70er Jahre unter einem starken Anpassungsdruck. Vom Standpunkt der Unternehmen aus betrachtet geht es darum, den Zugriff auf die Arbeitskraft zu erleichtern, z.B. durch Überstunden und kapazitätsorientierte Arbeitszeiten, und die Risiken und Kosten der Verwertung der Arbeit so weit wie möglich zu reduzieren, z.B. durch befristete Verträge, Werkverträge, Teilzeitarbeit, Leiharbeit oder geringfügige Beschäftigungen. Ein immer größerer Teil bestehender

und neugeschaffener Arbeitsverhältnisse wird auf diese Weise in bislang „atypischen“ Vertragsformen organisiert (was es gleichzeitig immer schwieriger macht, das „Typische“ oder „Normale“ zu bestimmen).

Je mehr Menschen der Strukturwandel aus dem Modell des „Normalarbeitsverhältnisses“ hinausdrängt, desto größer wird der Anteil derjenigen, die gar keine Arbeit haben oder prekär beschäftigt sind. Damit vergrößert sich auch die Kluft zwischen jenen, die zum Kernbereich der Arbeitsgesellschaft Zugang haben und von einem hohem Maß an sozialer Sicherheit und interner Gleichheit zwischen verschiedenen Unternehmen und Branchen hinweg profitieren und jenen, die von ihm ausgeschlossen werden (Streeck/Heinze 1999: 40). Dabei verläuft die Spaltung zwischen „Normal-Arbeitenden“ und unsicher Beschäftigten mitten durch die Unternehmen. Sie manifestiert sich in der Teilung zwischen Stammebelegschaften, die den privilegierten Kern bilden und Randbelegschaften, die je nach Konjunktur- und Auftragslage den Kern ergänzen (vgl. Dostal 1998: 178). Für die Organisation dieser Ränder gibt es legale Modelle: die befristete oder die geringfügige Beschäftigung und die Arbeitnehmerüberlassung. So bleibt das Normalarbeitsverhältnis tendenziell nur noch für die Stammebelegschaften erhalten.

Die im „Normalarbeitsverhältnis“ manifestierten Lohnsicherheits- und Stabilitätsstandards haben das Ziel, die Situation der abhängig Beschäftigten kollektiv zu verbessern. Jedoch wirken die ausgehandelten Standards inzwischen sozial überaus selektiv: sie begünstigen nur die Beschäftigten in den Kernbereichen der Arbeit, in dem Flächentarifverträge ihre Verallgemeinerung garantieren. Die bereits Beschäftigten behalten ihre Besitzstände, während die Arbeitssuchenden von den verschlechterten Marktbedingungen voll getroffen werden (Dostal 1998: 172). Die Auflösung von Sicherheiten und Privilegien, die an die Normalarbeitsverhältnisse geknüpft sind, stellt auch unsere traditionellen Gerechtigkeitsvorstellungen in Frage. Wenn die Garantie von Einkommen und Schutzrechten zum exklusiven Privileg einer schrumpfenden Zahl von „Normal“-Arbeitenden wird und neue Arbeitsplätze aber zu einem großen Teil in ungesicherten Verhältnissen entstehen, droht eine Spaltung der Arbeitnehmerschaft.

3. Kleinbetriebe und atypische Beschäftigung

Der Anspruch auf eine möglichst homogene Entwicklung von Arbeitszeitregelungen, arbeitsrechtlichen Standards und Lohnniveaus über verschiedene Branchen und Unternehmensgrößen hinweg provoziert zwangsläufig Konflikte innerhalb der Kleinbetriebe. Weil in vielen Bereichen des Handwerks, den konsum- und haushaltsorientierten Dienstleistungen und in den sozialen Dienstleistungen die Produktion und die Konsumtion der Waren und Dienstleistungen zeitlich häufig zusammenfallen (uno-actu-Prinzip), lassen sie sich nur schwer bzw. gar nicht rationalisieren. Während also in der Industrie und in den unternehmensorientierten und distributiven Dienstleistungen durch neue Organisationsstrukturen in der Arbeit und den Einsatz neuer Technologien zunehmend Arbeit durch Kapital ersetzt werden kann, bleiben die niedrigproduktiven Sektoren relativ arbeitsintensiv (vgl. Häußermann/Siebel 1995). Auf der einen Seite trägt dieser Umstand mit zu deren Beschäftigungswachstum bei, auf der anderen Seite hat er jedoch auch eine gewaltige Umverteilung der sozialen Kosten für die Daseinsvorsorge zur Folge. Denn das erwerbsarbeitszentrierte Modell der sozialen Sicherung belastet die Arbeit mit den sozialen Kosten und da-

Den Arbeitsformen in den lokal integrierten Kleinbetrieben haftet der Ruf des Rückständigen, Unsicheren und Prekären an

mit die arbeitsintensiven Wirtschaftszweige im Vergleich zu den hochproduktiven besonders stark.

Mit anderen Worten: Weltmarktorientierte Unternehmen können den hohen Lohnnebenkosten, insbesondere den steigenden sozialen Kosten der Massenarbeitslosigkeit, meist durch weitere Rationalisierungsstrategien entgegenwirken, wogegen den lokal orientierten meist handwerklichen sowie personen- und haushaltsbezogenen Dienstleistungen nur sehr begrenzte Kompensationsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Solange jedoch die lokal orientierten und arbeitsintensiven Wirtschaftsbetriebe den proportional größeren Teil der Kosten für die Daseinsvorsorge aufbringen müssen, bleibt ihr Potenzial zur lokalen Beschäftigungsentwicklung eingeschränkt.

Unter dem Druck zur Homogenisierung der Standards für Löhne, Gehälter und Arbeitszeiten versuchen daher arbeitsintensive oder geringproduktive Kleinbetriebe, die Standards der allgemeinen Lohnentwicklung und der Arbeitszeitregelungen *informell* an ihren eigenen betrieblichen Entwicklungsinteressen auszurichten. Weil die zentrale Stärke dieser Betriebe die kundenorientierte Flexibilität ist, gleich ob es sich um ein Fleischerfachgeschäft handelt, um Sanitärtechniker Werbeagenturen oder Unternehmensberatungen, sind sie daran interessiert, auch intern flexible Strukturen zu behalten, um Auftragsspitzen und -flauten mit einem Mindestniveau an Mitarbeitern ausgleichen zu können (vgl. Hohn/Windolf 1998: 182). In dem Maße, wie die Betriebe diese Strategie fahren (müssen), werden sie auch abhängig von der Loyalität ihrer Mitarbeiter. Sie sind darauf angewiesen, dass ihre Mitarbeiter „sie nicht im Regen stehen lassen“ wenn mal „Not am Mann“ ist. Unter diesen Bedingungen wird die Frage immer wichtiger, wie die Betriebe an die „richtigen“ Mitarbeiter gelangen und welche informellen Formen der sozialen Integration die kleinbetriebliche Arbeitswelt zusammenhalten.

4. Integrationsformen der kleinbetrieblichen Arbeitswelt

In einer empirischen Untersuchung an der Technischen Universität Hamburg-Harburg wurde versucht, die Vielfalt der wirtschaftlichen Aktivitäten Hamburgs nach ihren verschiedenen Formen der Integration in lokale, regionale und internationale Entwicklungszusammenhänge zu gruppieren und empirisch zu erfassen. In Anlehnung an das Konzept der Funktionscluster (vgl. Porter 1991) wurden die Branchenaggregate so umgruppiert, dass sich eine möglichst kohärente Gesamtübersicht über die Größenproportionen und die Entwicklungstendenzen der verschiedenen Funktionsbereiche der Wirtschaft darstellen lässt. Die Ergebnisse dieser Studien sind in Abb. 1 zu sehen.

Im Kontext dieses Beitrages sind v.a. die „Stadtteil- und „Quartiersbetriebe,“ interessant. Ihre Bezeichnung betont die wichtige Bedeutung ihrer lokalen Einbettung in das Stadtgefüge, legt sie jedoch in ihren Kunden-, Absatz- und Kooperationsbezügen nicht auf den lokalen Nahraum fest. Stadtteil- und Quartiersbetriebe werden über vielfältige Vermittlungsformen von überregionalen und sogar globalen Bezügen beeinflusst. In Hamburg umfasste diese Teilökonomie 1997 nahezu 128.000 Beschäftigte. Das entspricht 17 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Hamburgs. Mit einem Zuwachs von 7.200 Arbeitsplätzen gehört diese Teilökonomie zu den stabilen Segmenten des städtischen Arbeitsmarktes.

In einer anschließenden Untersuchung über die „Beschäftigungswirkungen wohnungsnaher Betriebe“ (Der Begriff umfaßt alle Betriebe, die in den kleinteilig integrierten Standorten von Einkaufszentren, Geschäftsstraßen und den Gemengelagen funktionsgemischter Stadtteile ansässig sind. Er bezieht damit neben den „Stadtteil- und Quartiersbetrieben“ auch Büros und Agenturen der unternehmensorientierten Dienstleistungen ein wie z.B. Werbeagenturen, Multimediabetriebe, Büros der IT-Branche, Unternehmensberatungen u.a., Läßle/Walter 2000) haben wir nach den internen „Sozialordnungen“ der Kleinbetriebe gefragt, d.h. den Regeln, mit denen die Gewerbetreibenden ihren betrieblichen Arbeitsalltag koordinieren und mit denen sie Arbeitskräfte integrieren. Dabei haben wir drei verschiedene Grundtypen identifiziert, die wir mit den heuristischen Begriffen „Gemeinschaften“, „Partnerschaften“ und „Gesellschaften“ bezeichnet haben. Alle drei Begriffe stehen nicht nur für jeweils unterschiedliche interne Sozialordnungen, sondern auch für alternative betriebliche Modernisierungspfade und für je unterschiedliche Formen der Einbettung in lokalen Entwicklungszusammenhänge.

Die Betriebe in der Gruppe der „Gesellschaften“ repräsentieren den modernen „Normalfall“ des betrieblichen Wachstums- und Modernisierungsprozesses. Mit der Vergrößerung des Auftrags- und Arbeitsvolumens in den Betrieben geht eine Verregelung der Arbeitsbeziehungen, die nach gesetzlichen, berufsfachlichen, tariflichen oder betriebsspezifischen Vereinbarungen zum Tätigkeitsprofil, zur Arbeitszeit, zum Gehalt und zur sozialen Absicherung strukturiert werden. Die Koordination der Einzelarbeiten im Betrieb erfolgt auf der Basis einer Arbeitsteilung, nach der sowohl Tätigkeiten und Aufgaben, als auch Weisungsbefugnisse und Abhängigkeiten festgelegt werden. Für diese Gruppe ist das auf Dauer und i.d.R. auf Vollzeit-

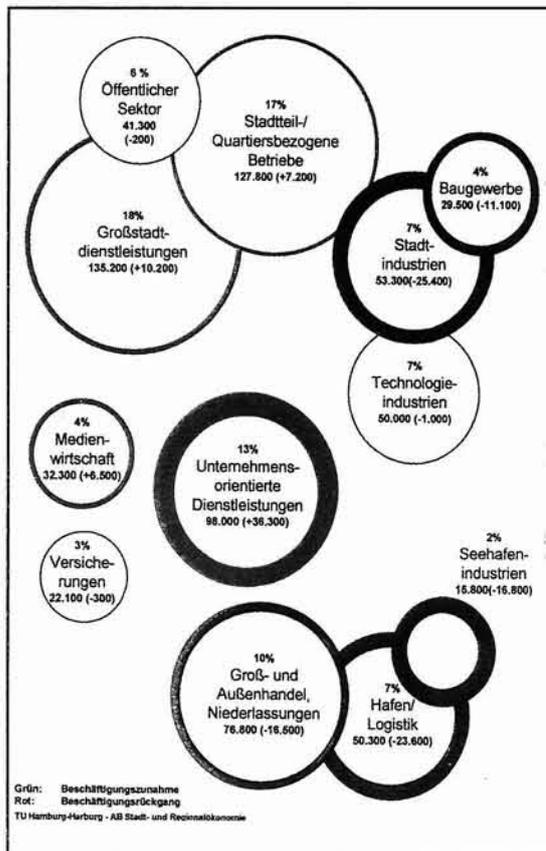


Abb.1: Teilökonomien der Stadt Hamburg

arbeit angelegte „Normalarbeitsverhältnis“ typisch, wenn gleich sich in einzelnen Bereichen, wie z.B. im filialisierten Einzelhandel, besonders deutliche Erosionserscheinungen dieser Arbeitsform zeigen. Je nach der Größe der Betriebe und ihrer Wachstumsdynamik bevorzugen sie Standorte in funktions-spezialisierten Stadtgebieten und eigens für sie entwickelten Standorten wie z.B. Einkaufs- und Stadtteilzentren oder Gewerbegebiete.

Im Unterschied zu den „Gesellschaften“ hatten „Gemeinschaften“ bislang keine Möglichkeit zu betrieblichem Wachstum oder sie haben sich der Modernisierung bewusst verweigert. Sie erschien ihnen entweder zu riskant, z.B. weil sie sich auf Märkten mit einer unsicheren, besonders wählerischen und diskontinuierlichen Nachfrage bewegen oder sie lehnen die Modernisierung z.B. wegen ihres handwerklichen Arbeitsethos bewusst ab. Wiederum andere Betriebe entscheiden sich ab einer bestimmten „kritischen Schwelle“ nicht mehr weiter zu wachsen und geben Aufträge an Subunternehmer weiter oder sie kooperieren mit anderen Firmen in Anbieter- und Arbeitsgemeinschaften. Besonders in letzterem Fall sind sie auf das vielfältige Kooperations- und Zuliefererangebot der Stadt angewiesen und suchen sich entsprechend urbane Standorte.

Typisch für gemeinschaftliche Betriebe sind „vormoderne“ Formen der Sozialintegration: Im Mittelpunkt steht dabei die familiäre Ordnung, die als Leitbild die Arbeitsbeziehungen strukturiert. Dazu gehört die zentrale Stellung des Familienoberhauptes als Betriebsleiter, eine traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern und die Arbeitskoordination durch die persönlichen Weisungen des Betriebsleiters an die Gesellen und die anderen angestellten Fachkräfte (vgl. Kotthoff/Reindl 1990)

Unter dem Druck zur Homogenisierung versuchen Kleinbetriebe, die Standards der allgemeinen Lohnentwicklung und der Arbeitszeitregelungen *informell* an ihren eigenen betrieblichen Entwicklungsinteressen auszurichten.

Die „Partnerschaften“ repräsentieren in mehrfacher Hinsicht die postmodernen Unternehmen unseres Untersuchungssamples. Zu ihnen haben wir zum einen „Alternativbetriebe“ gerechnet, die aus dem Milieu der sozialen Bewe-

gungen der 80er Jahre heraus entstanden sind und in ihren Betrieben versuchen (bzw. versucht haben), politische Werte wie Selbstbestimmung und Selbstverwaltung kollektiv umzusetzen. Der größte Teil der Betriebe unseres Samples aus der Gruppe der „Partnerschaften“ ist jedoch neu entstanden oder steht unter starkem Innovations- und Veränderungsdruck, so dass insgesamt kaum Anknüpfungspunkte an traditionelle Strukturen existieren. Dementsprechend handelt es sich um relativ junge Betriebe, oft auch um Existenzgründer. Die Betriebe kommen aus den unternehmensorientierten Dienstleistungen (z.B. Fotografie, Architektur, Werbung, u.a.), den sozialen Dienstleistungen (Jugend- und Altenhilfe, Drogenhilfe, Stadtteilarbeit, Beschäftigungsförderung u.a.) und aus dem grün-alternativen Spektrum (Druckereigewerbe, Buchbinderei).

Während es den Alternativbetrieben um mehr Freiheit und Verantwortung in der Arbeit ging, verschmelzen heute in den unternehmensorientierten Dienstleistungen – v.a. im Bereich der Medien – individuelle Werte wie Selbstverwirklichung mit Strategien der betrieblichen Effizienzsteigerung zu neuen und extremen Formen der Selbstausschöpfung und Unsicherheit. In den unterneh-

ensorientierten Dienstleistungen vollzieht sich die soziale Integration der Mitarbeiter über die starke Identifikation mit der Arbeit und dem „Kick“, in einem begehrten und modischen Trendberuf arbeiten zu können. Darüber erhalten auch die sozialen Beziehungen einen anderen Charakter. Einerseits können die Partner die sozialen Beziehungen untereinander und zu freiberuflich tätigen Mitarbeitern und Praktikanten stärker für den betrieblichen Erfolg instrumentalisieren. Andererseits wirkt die Identifikation der Mitarbeiter mit dem Job auch auf die eigenen Ansprüche an die Arbeit. Weil jeder von seiner Arbeit Selbstverwirklichung erwartet, wird „Spaß bei der Arbeit“ zu einem Maßstab für Erfolg und zu einer neuen Form des Humankapitals.

Sowohl in den „Gemeinschaften“, als auch in den „Partnerschaften“ erfolgt die Integration der Beschäftigten neben den formellen vertraglichen Regelungen über informelle Aushandlungsprozesse, in denen man sich über die im jeweiligen Metier üblichen Arbeitsroutinen verständigt. In beiden Milieus wird i.d.R. vorausgesetzt, dass sich die (potentiellen) Mitarbeiter demselben Arbeitsethos verbunden fühlen wie die Betriebsinhaber bzw. die Partner. In dessen Zentrum steht die *Selbstorganisation* und die aufgaben- und projektorientierte Koordination der Arbeit. Sie verlangt von den Mitarbeitern die Bereitschaft zu Überstunden und zeitflexiblen Arbeitseinsätzen, auch Wochenend- und Schichtarbeit. Während jedoch in den gewerblichen und handwerklichen Beschäftigungsfeldern tarifvertragliche Regelungen die formelle Grundlage für informelle Verabredungen zur Organisation der Arbeit bilden, stehen Tarifverträge in den unternehmensorientierten Dienstleistungen und in der „Neuen Ökonomie“ meist sowohl bei den Arbeitenden als auch bei den Partnern im Ruf, abhängige und unselbständige Arbeit zu schützen – ein Image, mit dem man sich nicht identifiziert und mit dem man nichts zu tun haben möchte. Projektorientierte Arbeiten sind i.d.R. auch vertraglich an die Projektlaufzeiten gekoppelt. D.h. sie sind befristet und insofern auch mit einer höheren Unsicherheit belastet.

Sofern solche partnerschaftlichen Formen des selbstorganisierten Arbeitens auch mit dem teilweisen oder kompletten Verlust der Sicherheiten eines „Normalarbeitsverhältnisses“ einhergehen, geraten sie in ein Spannungsfeld zwischen prekären Arbeitsbedingungen einerseits und autonomen Gestaltungsspielräumen in der Arbeit andererseits. So lange wie Unterbrechungen und Einschränkungen der Erwerbsarbeit nicht als bedrohlich und „von außen“ auferlegt erscheinen, sondern als Folge eigener Entscheidungen, so lange erscheint diese Form der Flexibilisierung von Arbeit auch nicht als Problem, sondern möglicherweise als Zugewinn an Freiheit und Selbstbestimmung. Erst wenn sich erzwungene Instabilitäten häufen und die „Kontrolle“ über die eigene Erwerbsbiographie aus der Hand zu geraten droht, wird der Status prekär. Arbeitslosigkeit und der Abbau von Sozialleistungen können sich dann schnell zu einer Abstiegs Spirale beschleunigen und in ausgeschlossene und stigmatisierte soziale Milieus münden.

5. Alte und neue Formen der Produktionsorganisation und ihre lokale Einbettung

In den Gemeinschaften sind die internen sozialen Ordnungen von den traditionellen handwerklichen Arbeitsweisen geprägt. Die Arbeitszuschnitte sind ganzheitlich und die Mitarbeiter verantworten zusammen mit dem

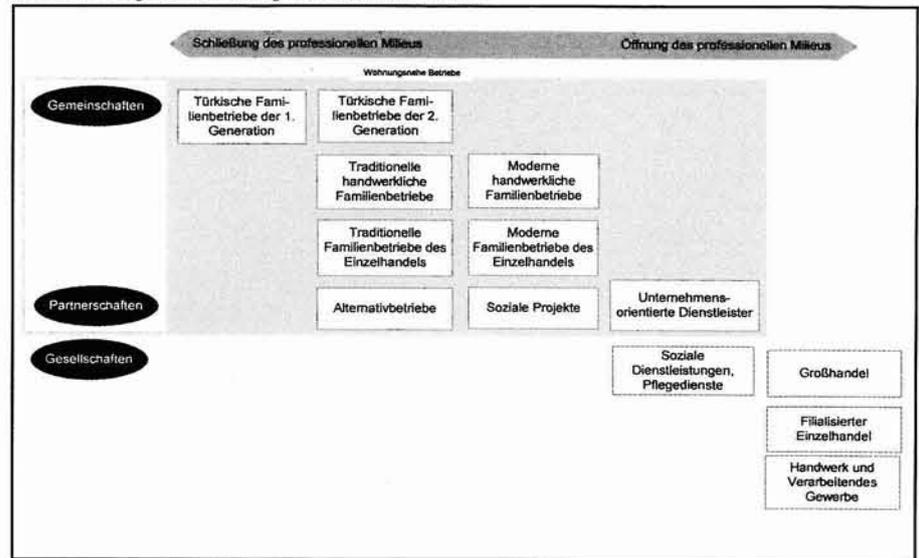
Meister ihre Arbeit selbst. Die betrieblichen Außenbeziehungen folgen im Prinzip demselben Muster: Um den handwerklichen Arbeitsschwerpunkt beibehalten zu können, lehnen die Betriebe „überschüssige“ Aufträge ab oder leiten sie als Subaufträge an andere Betriebe weiter. Um den wachsenden Kundenwünschen nach kompletten Angeboten und weiter reichenden Serviceleistungen Rechnung tragen zu können, kooperieren sie mit anderen Betrieben, anstatt selbst unterschiedliche Leistungsbestandteile im Betrieb zu integrieren. Die Logik ihrer Entwicklung orientiert sich im Prinzip an den überschaubaren Arbeitszusammenhängen des kleinen Betriebes. Vor der kritischen Schwelle einer industriellen Modernisierung scheuen sie i.d.R. zurück, weil sie große Investitionen in einer ganz spezifischen Weise binden würden und damit die Betriebe von der handwerklichen Logik der Einzelfertigung und der Kleinserien in die Verwertungslogik der Massenproduktion zwingen würden.

Die „Größe“ der kleinen „Partnerschaften“ ist eine Folge der tiefgreifenden Restrukturierungen des Dienstleistungssektors. Viele Existenzgründungen und betriebliche Ausgründungen können sich am Markt behaupten, weil die wachsende Nachfrage nach Dienstleistungen Spezialisierungen auf neue Produkte erlaubt und weil sie dynamisch genug ist, um neue Betriebe und eine wachsende Zahl von Beschäftigten aufzunehmen. Die aufgaben- und projektorientierte Arbeitsweise und die vertragliche Koppelung des Arbeitsverhältnisses an die vereinbarte Leistung (der „Werkvertrag“) bzw. der Trend zur Entkopplung des Arbeitsverhältnisses aus der unternehmerischen Sozialversicherungspflicht lassen die Grenzen zwischen Unternehmen und „Umwelt“ zunehmend verschwimmen. Nimmt man die Produktionsweisen der Medienbetriebe als Paradigma für die Zukunft der Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft, dann stellt sich tatsächlich die Frage, wo die projektorientierte Zusammenarbeit verschieden spezialisierter „Selbst-Unternehmer“ (Voß 1998) aufhört und ein Unternehmen als wirtschaftliche und sozial verfasste Einheit beginnt.

Die Komplexität der Arbeitsteilung und die Zersplitterung der Produzenten von Medien-Inhalten macht partnerschaftliche und kooperative Zusammenhänge zur Voraussetzung erfolgreichen Arbeitens. Die Häufung von Unternehmen, Institutionen und Akteuren derselben oder verwandter Branchen an bestimmten „hot spots“ – wie sie im Branchenjargon genannt werden (vgl. die Karte der sog. „hot spots“ der IT- und Medienbranche Hamburgs unter der URL www.hamburg-newmedia.net/ov-medien/) – in der Stadt schafft auch die Gelegenheit zu einer Vielfalt an Kooperationsmöglichkeiten. Zwar folgen die räumlichen Verhaltensmuster der Partnerschaften weniger den Vorteilen der Vernetzung im räumlichen Nahbereich, als vielmehr gemeinsamen Lebensstilmustern und damit verknüpften Vorlieben für urbane Szenarien (vgl. Schulze 1994: 40 ff.). Dennoch ergeben sich aus diesen Standortpräferenzen wiederum signifikante Häufungen von Betrieben in bestimmten Stadtteilen der inneren Stadt von Hamburg (Läpple/Walter 2000).

Nicht zufällig also suchen sich sowohl Betriebe der „Gemeinschaften“ als auch der „Partnerschaften“ urbane Standorte in funktionsgemischten Stadtteilen. Hier gibt es die größte Vielfalt an Kunden, Arbeitskräften und anderen Diensten, die für die eigene Existenzsicherung in Anspruch genommen werden müssen. Bestimmte berufliche Milieus finden hier die geeigneten Szenarien um ihresgleichen zu sehen und selbst gesehen zu werden: daraus ent-

Abb. 2 Öffnung und Schließung von beruflichen Milieus



stehen wiederum Kontaktbörsen für Informationen über potenzielle Beschäftigungs- und Kooperationsmöglichkeiten sowie für die Anbahnung von anderen geschäftlichen Beziehungen.

6. Berufliche Milieus zwischen Öffnung und Schließung

Wohnungsnahe Arbeitsplätze bieten zwar einen differenzierten lokalen Arbeitsmarkt, ihre Arbeitsbedingungen und ihre internen sozial- kulturellen Ordnungen weichen jedoch weit von dem Modell der „Normalarbeit“ ab, das den Maßstab für die Regulierung der Arbeitsbeziehungen moderner Industriegesellschaften vorgibt. In der Untersuchung über die „Beschäftigungswirkungen wohnungsnahe Betriebe“ konnte gezeigt werden, dass rd. ein Viertel bis zu einem Drittel der Beschäftigten der Betriebe aus deren lokalem Umfeld (derselbe Stadtteil oder benachbarte Stadtteile) stammten. Weil Arbeit ihre wichtigste und zugleich teuerste Ressource ist, versuchen sie so viel informelle Spielräume wie möglich zur Gestaltung der Arbeitsbeziehungen zu installieren und zu nutzen. In gemeinschaftlichen Betrieben gelingt dies durch patriarchale Führungsmuster, familiäre Ordnungsvorstellungen und einem handwerklichen Arbeitsethos. In Partnerschaften wächst den Firmen mit der Identifikationsbereitschaft ihrer Mitarbeiter ein enormes Potenzial an verfügbarer Arbeitszeit und Engagement zu, auch ohne dass dies immer entsprechend anerkannt und honoriert werden würde. Ist also das Ziel der sozialen Integration nur durch die Relativierung oder gar Preisgabe sozialer Schutzrechte zu erreichen?

Die Ergebnisse unserer empirischen Studie über die „Beschäftigungswirkungen wohnungsnahe Betriebe“ machen jedenfalls deutlich, dass die kleinteilig ins Stadtgefüge integrierten wohnungsnahe Betriebe sich nicht umstandslos für eine lokale Beschäftigungspolitik instrumentalisieren lassen. Die Betriebe erfüllen zwar eine wichtige beschäftigungspolitische Funktion für die Stadt und die Stadtteile insgesamt. So bilden die Gemeinschaften ein sehr stabiles und die Partnerschaften ein sehr dynamisches

Heute verschmelzen in den unternehmensorientierten Dienstleistungen individuelle Werte wie Selbstverwirklichung mit Strategien der betrieblichen Effizienzsteigerung zu neuen und extremen Formen der Selbstausbeutung und Unsicherheit.

sches Beschäftigungssegment. Die Ergebnisse zeigen aber auch, dass gerade jene Mechanismen, die Stadtteil- und Quartiersbetriebe lokal verankern – also v.a. ihre sozialen und informellen Netzwerke – dazu führen, dass ihr Arbeitsmarkt stark von sozialen Segmentierungs- und Ausschlussmechanismen geprägt ist (siehe Abb.2). Die Betriebe orientieren sich bei der Suche nach Arbeitskräften nicht unmittelbar an dem Angebot des lokalen Arbeits-

Die Komplexität der Arbeitsteilung und die Zersplitterung der Produzenten von Medien-Inhalten macht partnerschaftliche und kooperative Zusammenhänge zur Voraussetzung erfolgreichen Arbeitens.

marktes, sondern an der Zugehörigkeit der Bewerber zu verschiedenen beruflichen und sozialen Milieus, die sich über berufliche Gewohnheiten, Handlungsroutinen, Werthaltungen und Lebensstile unterscheiden. Bei der Integration von Mitarbeitern in den Betrieb spielt die Zugehörigkeit zu beruflichen Milieus eine

wichtige – für viele Betriebe sogar eine entscheidende Rolle. Ihr Arbeitsmarkt ist also nicht prinzipiell offen für alle – die geeignete Qualifikation vorausgesetzt. Neben der Qualifikation entscheiden die sozialen Filter über den Zugang zum lokalen Arbeitsmarkt der wohnungsnahen Betriebe.

Um den Arbeitssuchenden den Zugang zum wohnungsnahen Arbeitsmarkt zu erleichtern, müssen die Strategien der Beschäftigungsförderung und –vermittlung deutlicher auf Zielgruppen und beruflichen Milieus ausgerichtet sein. Bestandspflege und Entwicklung wohnungsnaher Betriebe und lokale Beschäftigungsstrategien bleiben daher wirkungslos, wenn sie sich nicht auf den sozialen und kulturellen Kontext der verschiedenen Arbeitswelten einlassen.

7. Herausforderungen der sozialen Stadtteilentwicklung

Die Arbeitsverhältnisse in den wohnungsnahen Betrieben sind zwar in mancherlei Hinsicht prekär und atypisch, sie bilden aber auch zugleich wohnungsnah Integrationsmöglichkeiten in den Arbeitsmarkt. Die räumliche Nähe zwischen Wohnort und Arbeitsplatz ist insbesondere für erwerbstätige Alleinstehende oder doppelverdienende Paare mit Kindern zur unverzichtbaren Voraussetzung geworden für eine möglichst reibungsarme Integration der Kindererziehung mit der Erwerbstätigkeit (dies betrifft v.a. berufstätige Mütter, vgl. Läßle/Walter 2000).

Angesichts der unterschiedlichen und z.T. widersprüchlichen Interessen zwischen sozialen Zielen der Stadtteilentwicklung und der wohnungsnahen Arbeitswelt lässt sich kein homogenes Modernisierungsvorbild ableiten, das den zukünftigen Weg weisen könnte. Für diese Konflikte gibt es keine nachhaltigen „Königswege“ zur Lösung, sondern immer nur Kompromisse auf Kosten des einen oder anderen Ziels. Im Zweifelsfall muss man abwägen, was wichtiger ist: eine verkehrsberuhigte Nachbarschaft und ein begrüntes Wohnumfeld oder die Erhaltung wohnungsnaher Arbeitsplätze. Die soziale Stadtteilentwicklung hat sich bislang vor allem als Anwalt der Bewohner und einer bewohnerorientierten Umfeldentwicklung eingesetzt. Beschäftigungspolitische Ziele konzentrieren sich i.d.R. auf Projekte des Zweiten Arbeitsmarktes. Anstatt die Lösung jedoch ausschließlich im staatlichen Engagement oder im zivilgesellschaftlichen Bereich des Ehrenamtes oder der „Bürgerarbeit“ (Beck 1999) zu suchen, sollte sehr viel stärker die Schaffung von lokalen

Strukturen, in denen sich wohnungsnah Arbeitsplätze im privaten Sektor entwickeln können, in das Aufgabenspektrum einer sozialen Stadtteilentwicklung integriert werden.

Die Gewerkschaften kämpfen für eine angemessene soziale Absicherung und Entlohnung der Arbeitenden. Die Sicherung der kleinbetrieblichen Handlungsfähigkeit und die Stabilisierung der Beschäftigungsbedingungen für die Arbeitnehmer sind aber Ziele, die sich im Einzelfall durchaus widersprechen können. In der Arbeitswelt der Kleinbetriebe ist es üblich, dass zwischen Gewerbetreibenden und Mitarbeitern ein informeller Ausgleich gefunden wird. Damit solche informellen Arrangements nicht allein dem freien Spiel der Kräfte überlassen bleiben und die Arbeitnehmer benachteiligt werden, sind Mindeststandards notwendig, die beiden Parteien die benötigten Spielräume zur flexiblen Gestaltung von Arbeit einräumen, ohne die Stabilität der Beschäftigungsverhältnisse zu untergraben.

Insgesamt wird deutlich, dass an die Stelle standardisierter, allgemeinverbindlicher Lösungsansätze und Handlungsroutinen stärker kontextabhängige und situative Verfahren zur Abwägung und Moderation unterschiedlicher Interessen treten müssen. Eine integrative Politik muss plural konzipiert sein und auf die Erhöhung der Selbstanpassungs- und Selbstregenerationsfähigkeit ausgerichtet sein. Gerade darin müsste auch die entscheidende Veränderung der Planungslogik liegen: es geht nicht darum, Strukturen zu schaffen, sondern Prozesse zu ermöglichen.

spw

Literatur

- Beck U. 1998: *Schöne neue Arbeitswelt – Vision Weltbürgerschaft*, Frankfurt/M. u.a.
- Berger J., Domeyer V., Funder M. (Hg.) 1990: *Kleinbetriebe im wirtschaftlichen Wandel*, Frankfurt/M.
- Dostal W. 1998: *Berufs- und Qualifikationsstrukturen in offenen Arbeitsformen*, in: Euler D. (Hg.): *Berufliches Lernen im Wandel – Konsequenzen für die Lernorte?* BeitrAB 214, Nürnberg.
- Häußermann H., Siebel W. 1995: *Dienstleistungsgesellschaften*, Frankfurt/M.
- Herlyn U., Lakemann U., Lettko B. 1991: *Armut und Milieu. Benachteiligte Bewohner in großstädtischen Quartieren*, Basel u.a.
- Hoffmann E., Walwei U. 1998: *Normalarbeitsverhältnis – ein Auslaufmodell? Überlegungen zu einem Erklärungsmodell für den Wandel der Beschäftigungsformen*, in: *Inst. für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB (Hg.): Wandel der Organisationsbedingungen von Arbeit*, Heft Nr. 3, Nürnberg.
- Hohn H.W., Windolf P. 1988: *Lebensstile als Selektionskriterien: Zur Funktionsbiographischer Signale in der Rekrutierungspolitik von Arbeitsorganisationen*, in: dieselben: *Vom Ende des Individuums zur Individualität ohne Ende*, Opladen.
- Keim K.D. 1997: *Vom Zerfall des Urbanen*, in: Heitmeyer W. (Hg.): *Was treibt die Gesellschaft auseinander?* Frankfurt/M.
- Kotthoff H., Reindl J. 1990: *Die soziale Welt kleiner Betriebe. Wirtschaften, Arbeiten und Leben im mittelständischen Industriebetrieb*, Göttingen.
- Läßle D., Deecke H., Krüger T. 1994: *Strukturentwicklung und Zukunftsperspektiven der Hamburger Wirtschaft unter räumlichen Gesichtspunkten. Gutachten für die Stadtentwicklungsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg*, Hamburg.
- Läßle D., Walter G. 2000: *Beschäftigungswirkungen von wohnungsnahen Betrieben*, Gutachten für die Stadtentwicklungsbehörde Hamburg, Hamburg.
- Staubach R. 1994: *Projekte zur Erneuerung benachteiligter Stadtquartiere in Deutschland*, in: Froessler R., Lang M., Selle K., Staubach R. (Hg.): *Lokale Partnerschaften*, Basel u.a.
- Streck W., Heinze R. 1999: *An Arbeit fehlt es nicht!* In: *Der Spiegel*, H. 19, Hamburg.
- Voß G.G. 1998: *Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit*, in: *Mitteilungen zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung H. 3*, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.

1. Marginalisierung und Wandel der Großstadt

Exklusion oder ‚Ausgrenzung‘ sind Begriffe, mit denen seit einigen Jahren neue Formen von Ungleichheit in den Großstädten bezeichnet werden. Gegenüber den traditionellen Formen von Armut, die einem ziemlich genau definierten Zustand entsprachen, stellt Ausgrenzung einen Prozeß dar, in dessen Verlauf Individuen oder Haushalte von den durchschnittlichen gesellschaftlichen Standards der Lebensführung sich entfernen bzw. entfernt werden: in *ökonomischer* Hinsicht, indem sie keinen Zutritt zum Arbeitsmarkt mehr finden; in *institutioneller* Hinsicht, indem sich zwischen ihnen und den politischen bzw. sozialstaatlichen Institutionen unüberwindliche Schranken aufbauen; in *kultureller* Hinsicht, wenn Stigmatisierung und Diskriminierung zum Verlust des Selbstwertgefühls und zum Verlust der moralischen Qualifikationen führen, die für ein integriertes Leben Voraussetzung sind; und schließlich in *sozialer* Hinsicht, wenn durch soziale Isolation und das Leben in einem geschlossenen Milieu die Brücken zur ‚normalen‘ Gesellschaft verloren gegangen sind. Der Ausgrenzungsprozeß erreicht seine stärkste Ausprägung, wenn Individuen oder Haushalte in allen vier Dimensionen weit von der Mitte der Gesellschaft entfernt sind – und wenn dies mit einer ‚inneren Kündigung‘ gegenüber der Gesellschaft zusammentrifft, die sich in Resignation, Apathie und Rückzug äußert. Von der Gesellschaft im Stich gelassen, erwarten die Betroffenen auch nichts mehr und verhalten sich entsprechend.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind von Ausgrenzungsprozessen auf verschiedene Weise betroffen. Als erstes sind Arbeitslose zu nennen, bei denen sich die Arbeitslosigkeit verfestigt, was sich in steigenden Zahlen von Dauerarbeitslosen zeigt; zum zweiten ergeben sich wachsende Abstiegsrisiken aus dem Wandel der Familien- und Haushaltsstrukturen, weil angesichts immer kleiner werdender Familien und der Zunahme von individualisierten Lebensformen die Auffangmöglichkeiten durch die informellen Netze von Familie und Verwandtschaft geringer werden; daher gehören die alleinerziehenden Mütter zu den Gruppen, die von dauerhafter Armut bedroht sind; zum dritten können Zuwanderer und ethnische Minderheiten Ausgrenzungsprozessen ausgesetzt sein, weil bei ihnen fehlende politische Rechte und soziale bzw. kulturelle Marginalisierung zusammentreffen (vgl. Bremer/Gestring, 1997).

Neben den sozialen Risiken ist in jüngerer Zeit in unseren Städten die Herausbildung von sozialräumlichen Konstellationen zu beobachten, die selbst zur Ursache für Benachteiligung und Ausgrenzung werden können: eine stärkere räumliche Segregation, die mit einer Konzentration von marginalisierten Bevölkerungsgruppen in bestimmten Quartieren verbunden ist. Ausgrenzungsprozesse durch eine stärkere soziale Segregation in den Großstädten ergeben sich aus dem Zusammenwirken von drei Trends, die aus dem ökonomischen und sozialen Wandel der Großstädte resultieren: a) auf dem Arbeitsmarkt gehen in den Städten die Erwerbsmöglichkeiten für unqualifizierte Arbeiter verloren, weil Industriearbeitsplätze in großer Zahl abgebaut wurden; der wachsende Dienstleistungsbereich nimmt nicht genug bzw. nicht die auf, die infolge der Deindustrialisierung arbeitslos geworden sind; b) aufgrund der Finanznot der Städte, die sich aus dem steigenden Finanzbedarf für Sozialtransfers bei sinkenden Steuereinnahmen ergibt, werden soziale Leistungen redu-

Marginalisierung als Folge sozialräumlichen Wandels in der Großstadt

Von Hartmut Häußermann

ziert bzw. zumindest nicht in dem Maße ausgebaut, wie es angesichts wachsender Notlagen nötig wäre; c) durch den Rückzug des Staates aus der Wohnungsversorgung und angesichts steigender Wahlmöglichkeiten beim Wohnstandort für Haushalte mit einem stabilen Einkommen lösen sich die sozial gemischten Quartiere auf, und eine stärkere Sortierung der Wohnbevölkerung nach Einkommen, Lebensstil und Nationalität in verschiedenen Quartieren findet statt. Quartiere, in die die Verlierer des sozio-ökonomischen Wandels abgedrängt werden, können – wenn erst einmal ein gewisses Niveau der Segregation erreicht wurde und sich dies verfestigt hat – zu Orten einer sozialer Exklusion werden.

2. Die Ursachen

Die Ursachen für die Herausbildung von problembeladenen Quartieren liegen in einer wachsenden sozialen Ungleichheit der Bevölkerung bei gleichzeitiger Deregulierung der Wohnungsversorgung. In einer Periode, in der sich die Ungleichheit der Bewohner nach Einkommen und ethnischer Zugehörigkeit stärker ausfächert, wird die Wohnungsversorgung stärker dem Markt überlassen, und damit spiegelt sich soziale Ungleichheit, die zunimmt, deutlicher in der sozialräumlichen Struktur der Städte.

Die soziale Entwicklung in den westlichen Großstädten – von Berlin bis New York – wird seit einigen Jahren mit Begriffen wie Dualisierung bzw. Spaltung gekennzeichnet (vgl. Fainstein/Gordon/Harloe 1992). Damit wird ein Wandel der Sozialstruktur der Großstädte benannt, der sich aus dem ökonomischen Strukturwandel, der Denationalisierung von ökonomischen Regulierungen und aus dem Abbau sozialstaatlicher Fürsorge ergibt.

Neben der großen Zahl von Arbeitslosen haben auch manche Beschäftigten Einkommensverluste hinzunehmen, so dass die Realeinkommen eines großen Teils der Bevölkerung sinken. Auf der anderen Seite gibt es aber (in den sog. unternehmensorientierten Dienstleistungen, zu denen z.B. EDV, Werbung, Marketing, Unternehmensberater und Kommunikationsdienste gehören) auch eine wachsende Zahl von Stadtbewohnern, die sehr hohe Einkommen beziehen. Wir haben es also mit einer Spreizung der Einkom-

Gegenüber den traditionellen Formen von Armut stellt Ausgrenzung einen Prozeß dar, in dessen Verlauf Individuen oder Haushalte von den durchschnittlichen gesellschaftlichen Standards der Lebensführung entfernt werden

mensverteilung und – weil die mittleren Segmente quantitativ an Bedeutung verlieren – mit einer Polarisierung der Einkommensstruktur zu tun (vgl. dazu das Beispiel Hamburg bei: Alich/Dangschat.) Der Wandel von der Industrie zur Dienstleistungsökonomie ist vermutlich generell mit einer stärkeren Einkommensdifferenzierung und verbunden (vgl. dazu Häußermann/Siebel, Frankfurt/Main 1995).

Hübinger (Hübinger 1999) hat gezeigt, dass etwas 40 % der Bevölkerung unterhalb der „Wohlstandsschwelle“ leben, also unterhalb jenes Einkommensniveaus, das nicht zu spürbaren Notlagen führt.

Noch ist die Tatsache nicht hinreichend ins breite Bewusstsein von Stadtbewohnern und Stadtpolitikern gedrungen, dass der Anteil von Bewohnern, die im kulturellen

Die kulturelle Heterogenität der Stadtbevölkerung wird zunehmen, die Anteile von Bewohnern mit einem nicht-deutschen kulturellen Hintergrund werden in einigen Quartieren in allen Großstädten sehr hoch sein.

und/oder rechtlichen Sinne Zuwanderer sind, laufend zunimmt, selbst dann, wenn kein einziger Zuwanderer mehr über die Grenzen nach Deutschland gelangen kann – und daß dieser Prozeß einer politischen Steuerung bedarf, wenn nicht erhebliche Konflikte und Nachteile für die Bewohner von Einwanderervierteln entstehen sollen. Die Zu-

wandererbevölkerung ist jünger, lebt häufiger in Familien und hat deshalb häufiger Kinder.

Die kulturelle Heterogenität der Stadtbevölkerung wird also zunehmen, die Anteile von Bewohnern mit einem nicht-deutschen kulturellen Hintergrund werden in einigen Quartieren in allen Großstädten sehr hoch sein. Gleichzeitig verringert der ökonomische Strukturwandel aber gerade jenes Beschäftigungssegment, das in der Vergangenheit die meisten Zuwanderer aufgenommen hat: die unqualifizierte Arbeit in den Fabriken. Die Großstadtbevölkerung wird also heterogener, und die Konkurrenz um Arbeitsplätze wird schärfer. Sie wird in Zukunft wohl vor allem über Qualifikationen ausgetragen.

Selektive Mobilität

In den Großstädten bilden sich Quartiere heraus, in denen sich die ‚Überflüssigen‘ konzentrieren: die marginalisierten Einheimischen und die diskriminierten Zuwanderer,



Foto: Christian Kiel (Berlin)

die in den ‚besseren‘ Vierteln keine Wohnung (mehr) finden (empirische Analysen finden sich in der Berliner Untersuchung ‚Sozialorientierte Stadtentwicklung‘, herausgegeben von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie, Berlin 1998, und für Hamburg vgl. Alich/Dangschat.; S. 111 ff.) Zur Konzentration trägt zusätzlich die Abwanderung von Haushalten, die am ja immer noch vorhandenen Wohlstand in unserem Lande teilhaben, aus diesen Quartieren bei. Sie streben an Wohnstandorte, die am Rande oder außerhalb der Großstädte („im Grünen“) liegen. Die Gründe dafür sind die mangelhaften Umweltqualitäten in den dichten Großstadtgebieten, der Wunsch nach privater Grünfläche um das Haus (insbesondere dann, wenn Kinder zum Haushalt gehören) – und schließlich immer häufiger der Wunsch, sich von Nachbarn distanzieren zu können, deren Kultur und Lebensgewohnheiten man nicht mag. Für jeden freiwillig abgewanderten Haushalt zieht einer nach, der wegen seines Einkommens oder wegen kultureller Diskriminierung keine andere Wahl hat.

Kulturelle Konflikte sind besonders heftig in den Schulen, wenn die Anteile von Kindern mit nicht-deutscher Muttersprache den Status einer Minderheit übersteigen. Ob berechtigt oder nicht, die Sorge der Eltern um die Bildungszukunft ihrer Kinder führt zur Abwanderung derer, die über die materiellen Voraussetzungen dafür verfügen, wenn die Schule sich nicht in der Lage zeigt, mit den wachsenden Anforderungen einer multikulturellen Schülerschaft produktiv umzugehen.

Das Ende des sozialen Mietwohnungsbaus

Ende der 80er Jahr hat die Bundesregierung verkündet, dass es nicht mehr notwendig sei, den sozialen Mietwohnungsbau weiter zu fördern, so dass inzwischen ein Prozess der rapiden Schrumpfung dieser Bestände eingesetzt hat. Da jährlich über 100.000 Wohnungen aus den Sozialbindungen herausfallen, neue jedoch kaum gebaut werden, ist der Bestand von 4 Mio. Sozialwohnungen (1980) auf inzwischen 1,9 Mio. gefallen, und er wird innerhalb weniger Jahre auf einen Restbestand absinken. Die Wohnungsbau-gesellschaften, die sich in öffentlichem Eigentum befinden, sind von der Politik aufgefordert, Wohnungen zu verkaufen, um die Eigentumsquote im Lande zu erhöhen. Dabei werden in der Regel die attraktivsten Bestände privatisiert und die Bestände, die für die Aufnahme der bedürftigsten Mieter bereitgestellt werden, quantitativ verringert und räumlich konzentriert – und damit stigmatisiert. Die Erfahrungen aus Großbritannien könnten eigentlich davor bewahren, die gleichen Fehler auch in Deutschland zu machen (vgl. Forrest/ Murie 1988)

Die Modernisierung von Altbauwohnungen verringert zudem das Angebot an billigen Wohnungen im privaten Sektor. Während also die Zahl derjenigen Haushalte wächst, die aufgrund ihrer Einkommenssituation sich am normalen Wohnungsmarkt nicht adäquat versorgen können, schrumpft das Angebot, das genau für diese Situation entwickelt worden war. Das kleiner gewordene Angebot an Sozialwohnungen konzentriert sich räumlich in den jüngeren Beständen, die am Rande der Großstädte errichtet worden sind. Diese können deshalb die Ghettos des 21. Jahrhunderts werden. Eine vom Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V. (GdW), in dem überwiegend die ehemals gemeinnützigen und/oder öffentlichen Wohnungsbau-gesellschaften repräsentiert sind, in Auftrag gegebene Studie trägt den Titel ‚Überforderte Nachbarschaften‘ und beschreibt die „soziale und ökonomi-

sche Erosion in den Großsiedlungen“ in Westdeutschland. Die Situation in den ostdeutschen Großsiedlungen wird dagegen noch als vergleichsweise harmlos dargestellt. Auf innerstädtische Probleme geht der GdW gar nicht ein, weil sich dort keine großen Bestände seiner Mitglieder befinden

Der Fahrstuhleffekt

Sozial selektive Weg- und Zuzüge sind nur eine Variante der Entstehung einer Konzentration von problembeladenen Haushalten, die andere ist eine Folge der Arbeitsmarktkrise. Dafür gibt es in den Großstädten heute viele Beispiele: Gebiete, in denen vorwiegend gering qualifizierte Industriearbeiter gewohnt haben („Arbeiterviertel“), erleben einen kollektiven Abstieg dadurch, daß die Fabrikarbeitsplätze verschwunden und die Arbeiter arbeitslos geworden sind. Plakativ formuliert: aus einem Arbeiterquartier wird dann ein Arbeitslosenquartier. Die Kaufkraft nimmt ab, die sichtbare Armut nimmt zu, Läden werden geschlossen bzw. verändern ihr Angebot in Richtung Billigstwaren, und insgesamt verschlechtert sich das ‚Klima‘.

Soziale Ungleichheit setzt sich – wenn es keine sozialstaatliche Intervention gibt – in sozialräumliche Segregation um; diese führt zu sich selbst verstärkenden Prozessen sozialer Selektion, an deren Ende Quartiere stehen, die von einer kumulativen Abwärtsentwicklung betroffen sind: Mit jeder Stufe der Verschärfung der sozialen Probleme verlassen diejenigen Haushalte, die noch über Wahlmöglichkeiten verfügen, die Quartiere, womit dann die Konzentration und Dichte sozialer Problemlagen weiter zunimmt. Das ist ein Prozeß der ‚Abwärtsentwicklung‘, der sich selbst laufend verstärkt, wenn er nicht durch koordinierte Anstrengungen von Bewohnern, Eigentümern, Gewerbetreibenden und Stadtpolitikern unterbrochen wird.

3. Das Beispiel Berlin

In Berlin haben sich seit November 1989 die Bedingungen für jene Prozesse, aus denen sich die sozialräumliche Struktur einer Stadt ergibt, so grundlegend verändert, daß ein Wandel der Bevölkerungsverteilung auf die verschiedenen Stadtgebiete unvermeidlich ist.

Die Mauer ist weg, und damit sind nicht nur Umzüge zwischen den beiden Stadthälften sondern auch ins Umland möglich geworden. Im Osten waren die Wohnungen vor 1990 den Haushalten von der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) zugeteilt worden, nach der Wende konnten sie plötzlich selbst darüber entscheiden, wo sie wohnen wollen. Auch traten wieder private Vermieter auf den Plan, die sich die Mieter nach anderen Kalkülen aussuchen als eine kommunale Wohnungsbau-gesellschaft. Innerhalb der Jahre 1990 bis 2000 sind außerdem in Berlin insgesamt über 100.000 Wohnungen neu gebaut worden.

Die Wohngebiete konnten von dem die ganze Stadt ergreifenden Wandel nicht unberührt bleiben. Insbesondere Kreuzberg, da waren sich die Experten einig, würde von den Angestellten der neuen Dienstleistungsunternehmen überfallen und gentrifiziert werden, weil dieser Stadtteil so günstig zum neuen Zentrum liegt. Auch für die Altbaugebiete, die im Osten an die Mitte grenzen, wurde eine rasche Gentrification vorhergesagt bzw. befürchtet. ‚Befürchtet‘ deshalb, weil man die soziale Mischung der Wohnbevölkerung in den ostberliner Altbaugebieten durch spekulative Sanierungs- und Modernisierungsaktivitäten in Gefahr sah. Daher wurde fast der gesamte Bezirk Prenzlauer Berg mit besonderem Städtebau-

recht (Sanierungs- oder Milieuschutzsätzen) überzogen. Die ansässige Bevölkerung sollte gegen Verdrängung geschützt werden, den Investoren wurden daher straffe Zügel angelegt.

Die Mieten im Westteil stiegen bei Neuvermietungen nach 1990 in bis dahin ungekannte Höhen, und auch dort wurde jetzt in Erwartung einer gestiegenen und zahlungsbereiten Nachfrage wieder mehr in die Altbauten investiert. Kurzum: die ganze Stadt richtete sich auf Bevölkerungszuwachs und ein kaufkräftiges Publikum ein.

Doch es kam anders. Bis 1994 nahm die Bevölkerungszahl tatsächlich zu, seitdem geht sie zurück, seit 1996 ist sogar der Wanderungssaldo negativ, d.h. es verlassen mehr Menschen die Stadt als zuziehen. Und die Steigerung der Kaufkraft blieb bisher ebenfalls aus. Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und die Beendigung der Subventionen für die westberliner Industrie haben zwischen 1990 und 1995 zum Verlust von etwa 50% der industriellen Arbeitsplätze in der Stadt geführt. Die Lohn- und Gehaltseinkommen im Ostteil liegen bis heute ungefähr bei 80% der westdeutschen, und die Westberliner haben durch den Wegfall der Berlin-Zulage, die bis Anfang der 90er Jahre an jeden Erwerbstätigen bezahlt worden war, reale Einkommensverluste hinnehmen müssen. Zwar gibt es auch Wachstumssektoren in Berlin, insbesondere im Bereich von Dienstleistungen, aber der Umbau der Berliner Wirtschaft führt zu einer erheblich veränderten Beschäftigungsstruktur: gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie sind verschwunden, hinzu kommen sehr hoch dotierte sowie sehr schlecht bezahlte Dienstleistungsarbeitsplätze – und weil dies nicht so viele sind, steigt die Arbeitslosigkeit.

3.1. Selektive Mobilität

Die Häufigkeit von Umzügen innerhalb der Stadt hat sich seit der Vereinigung jährlich deutlich erhöht. Diese Dynamik ist in den Innenstadtbereichen am größten. Im Ergebnis führen diese Umzüge zu einer Abnahme der Einwohnerzahl in den innerstädtischen Bereichen und zu einer Zunahme in den Außenbezirken. Von den Randwanderern bleiben zwar die meisten noch innerhalb der Stadtgrenzen, aber die Wanderungsverluste gegenüber dem Umland nehmen Jahr für Jahr zu. Zuwanderer in die innerstädtischen Bereiche sind vor allem jüngere Menschen, überproportional viele aus dem Ausland.

Im Westteil hat sich durch die Umzüge und die Investitionen seit der Vereinigung in keinem Bezirk das soziale Profil verändert. Die historisch angelegten Sozialprofile haben sich seit der Wende noch stärker ausgeprägt. Das heißt beispielhaft: Kreuzberg wurde nicht gentrifiziert, vielmehr nehmen die Anteile von Sozialhilfeempfängern zu; die Armutsbevölkerung erhält ein größeres Gewicht. Im Wedding haben die Anteile der Niedrigverdiener zugenommen und die der höheren Einkommensgruppen abgenommen. Dagegen wohnen in Zehlendorf heute noch weniger Leute mit geringen Einkommen als noch vor zehn Jahren – insgesamt deutliche Tendenzen einer sozialen Entmischung.

Die östlichen Innenstadtbereiche weisen eine strukturell gleiche Entwicklung wie die westlichen Innenstadtbereiche auf: durch Wanderungen verändert sich die soziale Zusammensetzung in eine ähnliche Richtung wie im We-

Soziale Ungleichheit setzt sich in sozialräumliche Segregation um; diese führt sozialer Selektion, an deren Ende Quartiere stehen, die von einer kumulativen Abwärtsentwicklung betroffen sind.

sten, die selektive Wirkung der Mobilität ist sogar noch schärfer ausgeprägt. Allerdings führte dies bisher nicht zu den gleichen Ergebnissen, weil die Ausgangssituation im Jahre 1990 sehr verschieden war. Angesichts gestiegener Wahlmöglichkeiten streben aber nun auch in den Ostbezirken die Familien mit Kindern, wenn sie über das entsprechende Einkommen verfügen, in die weniger dicht besiedelten Randbezirke oder ins Umland.

Für die Großsiedlungen und auch für die kleineren Wohnkomplexe des sozialen Wohnungsbaus im Westteil wird seitens der Wohnungsbaugesellschaften und der Bezirksverwaltungen ebenfalls eine sozial selektive Entwicklung durch Umzugsbewegungen berichtet, die auf die Belastungen durch die Fehlbelegungsabgabe und die niedrigen Einkommensgrenzen bei der Bezugsberechtigung zurückzuführen sei. Für einkommensschwache Haushalte, die knapp über der Einkommensgrenze liegen, scheint die Miete zu hoch zu sein. Die relativ hohen Mieten können dagegen von so armen Haushalten übernommen werden, bei denen das Sozialamt die Miete bezahlt. Dadurch findet gegenwärtig ein sozialer Erosionsprozeß statt, der sich vor allem in den innerstädtischen Sozialwohnungsbeständen in einer räumlichen Konzentration von Haushalten bemerkbar macht, die von staatlichen Transfers abhängig sind.

Die Großsiedlungen im Ostteil (Plattenbausiedlungen) werden von den Haushalten mit höheren Einkommen verlassen – sie ziehen entweder in kleinere Neubauten in der Nähe oder ins Umland. In die freiwerdenden Plattenbauwohnungen rücken einkommensschwache Haushalte nach, darunter viele Einwandererfamilien, die über Wohnberechtigungen für große Wohnungen verfügen, die dort ansonsten schwer vermietbar sind. Die Situation

Es findet gegenwärtig ein sozialer Erosionsprozeß statt, der sich in einer räumlichen Konzentration von Haushalten bemerkbar macht, die von staatlichen Transfers abhängig sind.

in den großen Plattenbausiedlungen am Stadtrand ist also einerseits geprägt von einem Entmischungsprozeß, in dessen Verlauf sich die DDR-typische soziale Mischung entdifferenziert; dies kann als Anpassung an einen Verteilungsprozeß angesehen werden, in welchem die Haushalte ihren

Wohnstandort – im Rahmen ihrer Kaufkraft – selber wählen können. Denn unter diesen Umständen stellen die standardisierten Neubauwohnungen in Großsiedlungen nie das Ende der Wohnkarrieren von Haushalten dar, die sich aufgrund ihres Einkommens andere Wohnformen bzw. andere Standorte leisten können.

Dieser Abwanderungsstrom, typisch für die Gründerzeitquartiere, zeigt sich bereits jetzt auch in den Altbauquartieren im Osten. Von dort ziehen überproportional viele Familien weg, wenn sie das Einkommen haben, um sich eine besser ausgestattete Wohnung in einer Gegend mit angenehmerem Wohnumfeld zu mieten oder zu kaufen. Zwar gibt es in den Bezirken Prenzlauer Berg und Friedrichshain einige Inseln der Aufwertung, die mit sozialer Altbauquartiere der gleiche Erosionsprozeß wie für die Westberliner: bei einer hohen Umzugsdynamik ergibt sich ein sozialer Wandel hin zur Dominanz von Haushalten, die von staatlichen Transfers abhängig sind – und dazu gehören auch große Teile der Zuwanderer. Erwächst daraus ein besonderes Problem?

3.2. Übergangszonen oder Sackgassen?

Traditionell sind die Innenstadtbereiche ‚Orte des Übergangs‘, d.h. dort haben sich immer die Zuwanderer – aus

dem In- und Ausland – zuerst niedergelassen. Der Prozeß der Integration in die Stadtgesellschaft war dann in der Regel verbunden mit einer Randwanderung des Haushalts, heraus aus den dichten und alten Quartieren in die ‚besseren‘ Viertel. Dieser Vorgang – gedacht als permanente Bewegung – ist in den Stadtentwicklungsmodellen der Chicagoer Schule der sozialökologischen Stadtsoziologie zur Grundlage einer Stadtentwicklungstheorie geworden (vgl. Friedrichs 1995), in der innerstädtischen Altbaugebiete als ‚Zone of Transition‘ bezeichnet wurden. Diese Theorie passt auf die Entwicklung der wachsenden Stadt, in der sich aus Zuwanderung, Arbeitsplatzwachstum und sozialem Aufstieg der Individuen ein räumliches Entwicklungsmuster mit einem aufsteigenden sozialen Gefälle von der Stadtmitte zur Peripherie ergibt.

Die zuvor skizzierten und in Berlin heute zu beobachtenden Trends entsprechend diesem Muster nur noch zeitweise: passend ist der negative Wanderungssaldo von Erwerbstätigen in den innerstädtischen Quartieren, der anzeigt, daß dort mehr Erwerbstätige weg- als zuziehen. Aber in dieses Bild passt nicht, daß aus den Randbezirken nicht-erwerbstätige Personen wegziehen – nach der sozialökologischen Theorie, die ganz auf Marktprozessen basiert, hätten die dort gar nicht wohnen dürfen. Europäische Städte lassen sich generell schlechter als amerikanische Städte mit diesem Modell beschreiben, weil es in den meisten Ländern einen staatlich subventionierten Sektor (‚sozialer Wohnungsbau‘) gibt, bei dem sich Qualität und Standort nicht aus der Kaufkraft der Bewohner ergeben. In Berlin speziell war durch den hohen Anteil staatlicher Finanzierung im Wohnungsbau, durch die Mietenregulierung und auch durch die besondere Baustruktur der Mietskasernengebiete die sozialräumliche Segregation nicht so ausgesprägt wie in einer Stadt, wo vor allem der Markt die Höhe der Mieten und die Verteilung der Wohnungen bestimmt. In West-Berlin betrug 1990 der Anteil des sozialen Wohnungsbaus an der gesamten Wohnungsverorgung ca. 40%, in Ost-Berlin unterlag der gesamte Wohnungsbestand staatlicher Kontrolle. In beiden Teilen der Stadt sind nun die Weichen seit der Vereinigung eindeutig in Richtung ‚mehr Markt‘ gestellt. Die Restitution von Privateigentum und der Verkauf von Plattenbauwohnungen im Osten, der Verkauf von Sozialwohnungen im Westen wurden nach 1990 zur Entstaatlichung der Wohnungsverorgung eingeleitet; das Ende der Förderung von Mietwohnungsbau sowie eine verstärkte Förderung der Eigentumsbildung markieren einen ‚Paradigmenwechsel‘ in der Wohnungspolitik, der Implikationen für die sozialräumliche Struktur hat.

Zuvor haben wir bereits gesagt, daß sich trotz der Veränderungen in der Lagegunst bei keinem Gebiet das soziale Profil geändert hat, sondern daß sich das bereits zuvor angelegte schärfer herausbildet: Gentrification dort, wo bereits die Gentry wohnt; starker Ausländerzuzug dort, wo bereits die Konzentration von Ausländern hoch ist; Zuzug von Erwerbslosen dort, wo bereits viele Bewohner arbeitslos sind; Wegzug der Familien dort, wo schon jetzt nur noch wenige wohnen. In diesen Entwicklungen zeigt sich eine Tendenz zur sozialräumlichen Polarisierung: die Aufsteiger verlassen die heterogenen, von sozialen Problemen gekennzeichneten Innenstädte, und umgekehrt werden die Nischen für unterprivilegierte Sozialgruppen in den Wohngebieten der Mittelschicht knapper. Damit verändert sich auch das Muster der Stadtentwicklung: die Umzugsbewegungen vom Zentrum zur Peripherie sind nicht mehr Ausdruck eines allgemeinen sozialen

Aufstiegs, weil nicht mehr alle daran teilhaben können, und weil es immer häufiger auch die Bewegung in die umgekehrte Richtung gibt. Aus den innerstädtischen Übergangszonen werden Sackgassen.

In amerikanischen Städten sind solche ‚dead ends‘ eindringlich beschrieben und als ‚Hypergettos‘ bezeichnet worden (z.B. Wacquant/Wilson 1989), und in den Verstärkereffekten der residentellen Segregation werden die Grundlagen für eine neue ‚urban underclass‘ gesehen (vgl. Mingione 1996, Häußermann 1997, Kronauer 1997).

3.3. Gebiete mit problematischen Entwicklungstendenzen

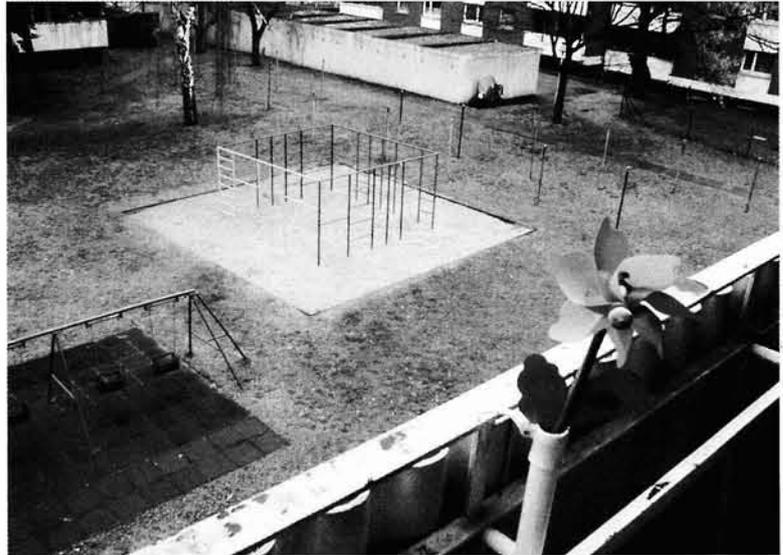
Insgesamt zeichnet sich im Stadtgebiet von Berlin ein stärkerer Sortierungsprozeß nach Einkommen, Nationalität und Familienstand ab als vor 1990 in den getrennten Teilen West- und Ost-Berlin. Die soziale Segregation in der Stadt nimmt durch selektive Mobilität von Jahr zu Jahr zu. Die beobachteten Veränderungen führen im Westteil zu einer klareren Profilierung bereits zuvor angelegter sozialräumlicher Ungleichheiten, d.h. daß dort, wo bereits in der Vergangenheit hohe Anteile von Armen wohnten, nun noch mehr Arme wohnen, und daß dort, wo bereits in der Vergangenheit die höchsten Anteile von hoher Bildung und hohem Einkommen zu beobachten waren, diese Anteile noch zunehmen. Im Ostteil lösen sich die durch die staatliche Wohnungszuweisung entstandenen vergleichsweise heterogenen sozialräumlichen Strukturen durch selektive Migration langsam auf.

Anhand der Analyse von Bevölkerungsdaten lassen sich neben den Großsiedlungen in Ostberlin (Plattenbausiedlungen) drei andere Gebietstypen erkennen, die durch einen sozialen Entmischungsprozeß gekennzeichnet sind: 1. innerstädtische Altbaugelände in Westberlin; 2. innerstädtische Altbaugelände in Ostberlin; 3. Wohnkomplexe des sozialen Wohnungsbaus in Westberlin;

Für die *Wohnkomplexe des sozialen Wohnungsbaus in den innerstädtischen Bezirken von Westberlin* wird angesichts der laufenden Entmischungsprozesse – in Übereinstimmung mit den Vorschlägen des Bausenators – die Aufhebung von Fehlbelegungsabgabe und Einkommensgrenzen empfohlen, um den kumulativen Prozeß einer durch hohe Mieten und Zuzugsbeschränkungen beschleunigten sozialen Segregation zu bremsen – allerdings sollten Bindungen und Belegungsrechte unternehmensbezogen und räumlich differenziert umverteilt und nicht einfach ohne Gegenleistung aufgegeben werden. Im Frühjahr 1998 hat der Senat die im Jahr 1997 eingeführte Aufhebung der Fehlbelegungsabgabe für einige Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus, in denen die Entmischungsprozesse auffällig waren, tatsächlich beschlossen – allerdings ohne eine Gegenleistung zu fordern.

Die *innerstädtischen Altbaugelände in Ostberlin* verdienen besondere Aufmerksamkeit in der Beobachtung der laufenden Entwicklungen, da die derzeitigen Tendenzen prinzipiell in eine ähnliche Richtung weisen wie in den Westberliner Altbaugeländen. Einige Gebiete, in denen die negativen Trends besonders ausgeprägt sind, werden als ‚Verdachtsgebiete‘ eingestuft. Noch kann der Entmischungsprozeß dort aufgehalten werden, weil er noch nicht so weit fortgeschritten ist. Die bisherige Politik, die sich allein auf die Vermeidung von Bewohnerverdrängung durch Gentrification orientiert, muß ergänzt und erweitert werden um Strategien, die einen sozialen Abstieg von Teilgebieten vermeiden.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Alarmierend erscheinen die Entwicklungen in einigen Gebieten der westberliner Innenstadt. Besonders bemerkenswert ist, daß die Wanderungsprozesse, die zum sozialen Abstieg eines Quartiers beitragen, dort, wo bereits zuvor die Konzentration von Haushalten mit materiellen und/oder sozialen Problemen hoch war, besonders stark ausgeprägt sind – dort findet also eine kumulative Verschärfung sozialräumlicher Marginalisierung statt. Dadurch bilden sich Gebiete heraus, in denen sich vielfältige Problemlagen konzentrieren und sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärken. Damit wird der Ort, an dem man lebt, selbst zu einer Quelle von sozialer Benachteiligung. Diese Quartiere werden als ‚problembehaftete Gebiete‘ bezeichnet, und für sie ist ein akuter Handlungsbedarf gegeben. Sie zeichnen sich aus durch

- hohe Bevölkerungsfluktuation
- hohe und zunehmende Ausländeranteile, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen
- hohe Arbeitslosigkeit und hohe Sozialhilfedichte
- hoher Zuzug von Zuwanderern aus dem Ausland
- Überwiegen des Wegzugs von Familien mit Kindern (negativer Wanderungssaldo)
- Überwiegen des Wegzugs von Erwerbstätigen (negativer Wanderungssaldo)

Trotz der Veränderungen in der Lagegunst hat sich bei keinem Gebiet das soziale Profil geändert, sondern sich das bereits zuvor angelegte schärfer herausgebildet.

Politischer Handlungsbedarf?

Was bedeutet die These, daß aus benachteiligten Quartieren benachteiligende werden oder daß ‚arme Nachbarschaften ihre Bewohner ärmer machen‘. (vgl. Friedrichs 1998) Die Tatsache, daß man in einer bestimmten Gegend wohnt, ist selbst ein Faktor der Benachteiligung: soziale Ungleichheit wird damit nicht nur befestigt, sondern verschärft.

Effekte eines Quartiers kann man sich auf verschiedene Weise vorstellen:

- einerseits so, daß durch die vorherrschenden Überzeugungen und das dominante Verhalten der Bewohner eine ‚abweichende Kultur‘ entsteht, die auch diejenigen prägt, die ihr bisher nicht angehört. Soziales Lernen führt zu Verhaltens- und Denkweisen, die die Mitglieder einer solchen Kultur immer weiter von den Normen und Verhaltensweisen

der Mainstream-Gesellschaft entfernen. Dadurch erleiden sie Nachteile, weil sie z.B. Chancen auf dem Arbeitsmarkt auch dann nicht mehr ergreifen können, wenn diese objektiv wieder gegeben sind. In der konservativen amerikanischen Version ist dies die zentrale Bestimmung der ‚underclass‘, die durch negative Verhaltensweisen und diese rechtfertigende Einstellungen charakterisiert sei.

- andererseits zeichnen sich benachteiligte Quartiere durch Eigenschaften aus, die entweder die Lebensführung beschwerlich machen und/oder die Handlungsmöglichkeiten ihrer Bewohner objektiv einschränken. Dabei geht es um physisch-materielle Merkmale eines Quartiers (z.B. Qualität als Wohnort, die Erreichbarkeit von sozialen Einrichtungen) und um seine institutionelle Ausstattung mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen.

- eine dritte Dimension der Wirkungen stellt das negative Image eines Quartiers dar, das aufgrund eigener Erfahrungen oder aufgrund von Vorurteilen dem Quartier aufgestempelt wird, und das dann nach innen (gegenüber seinen Bewohnern) und nach außen (als Stigmatisierung der Bewohner) Effekte entfaltet, die die Handlungsmöglichkeiten der Bewohner erheblich einschränken. Bekannt sind die Beispiele, daß Arbeitssuchende sofort abgewiesen werden, wenn sie eine bestimmte Adresse als Wohnort nennen.

Die Integrationsprozesse sind prekär geworden, statt quasi-automatischer Integration ist die Perspektive für die Marginalisierten heute eher die Ausgrenzung.

Wenn die soziale Segregation durch die Überlagerung von räumlicher Separierung und sozialer Marginalisierung einen bestimmten Grad erreicht hat, werden diejenigen, die in den randständigen Quartieren wohnen, von den Lebenschancen, die unsere Gesellschaft nach bisherigen Standards jedem bieten kann, weitgehend ausgeschlossen. Es geht dann also nicht nur um einen Mangel an Verteilungsgerechtigkeit, sondern um einen Mangel an Chancengleichheit.

Die Integrationsprozesse sind prekär geworden, statt quasi-automatischer Integration ist die Perspektive für die Marginalisierten heute eher die Ausgrenzung. Der Fahrstuhl ist nicht mehr groß genug, alle mitzunehmen. Durch die demographische Entwicklung, d.h. durch die abnehmende Zahl von Einwohner in Deutschland, wird der Prozeß der Ausgrenzung wahrscheinlich in Zukunft für weniger Menschen Realität als heute, aber er wird strukturell nicht verschwinden. spw

8. Zusammenfassung

Durch selektive Migration und durch die Verarmung der Bewohner können in einem Quartier Prozesse in Gang kommen, die zu einer kumulativ sich selbst verstärkenden Spirale der Abwärtsentwicklung führen. Dadurch entsteht ein soziales Milieu, das eine Umwelt für soziales Lernen darstellt, in der nur noch eine begrenzte Realitätswahrnehmung möglich und der Verlust von ‚moralischen Qualifikationen‘ wahrscheinlich ist, die Voraussetzung für eine Reintegration in die Erwerbstätigkeit wären. Durch selektive Migrationsprozesse bildet sich ein Milieu der Benachteiligung immer stärker heraus, und diejenigen, die keine Möglichkeit zur Wahl eines anderen Wohnstandorts haben, passen sich diesem Milieu langsam an. Insbesondere die Kinder und Jugendlichen werden kaum noch mit positiven Rollenmodellen konfrontiert und geraten – auch durch Anpassungsdruck – in einen Sozialisationsprozeß, dessen Ergebnis Verhaltensweisen sind, die ein Entkommen aus dem Milieu der Benachteiligung unwahrscheinlicher machen.

Diese ‚inneren‘ Prozesse, die sich in den Subjekten abspielen, werden bestätigt und verstärkt durch Veränderungen des ‚äußeren‘ Milieus bzw. des objektiven Raums: die Verwahrlosung von Gebäuden, Straßen und Plätzen und die Degradierung der Versorgungsinfrastruktur hat eine weitere Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls zur Folge und verstärkt die Neigung zu Rückzug und Resignation. Die Mobi-

len verlassen solche Quartiere und schwächen damit die sozialen Kompetenzen und die politische Repräsentation des Quartiers – denn um eine wirksame Nachbarschaftsinitiative zu gründen, bedarf es einiger sozialer Kompetenzen.

So entstehen „Ghettos ohne Mauern“ (Hess/ Mechler, 1972) Orte der sozialen Ausgrenzung. Aus dem Strudel multipler und kumulativer Benachteiligung, der mit dem unfreiwilligen Wohnen in solchen Quartieren verbunden ist, gibt es nach einer gewissen Zeit kein Entkommen mehr. Die Bewohner sind mit ihren Quartieren ausgegrenzt, wenn nicht die solidarische Stadtgesellschaft Prozesse der sozialen Stabilisierung einleitet und die Reintegration der Quartiere und ihrer Bewohner dauerhaft unterstützt. Die Einschätzung, sozialräumlich segregierte Quartiere seien Orte einer emanzipatorischen Kultur, ist heute wohl kaum mehr zu begründen. Denn sowohl die Institutionen einer gesellschaftskritischen Gegenkultur als auch die utopischen Perspektiven einer ganz anderen Gesellschaft, die die marxistische Theorie als Orientierung der Arbeiterbewegung entworfen hatte, sind im gesellschaftlichen Wandel untergegangen. Die starken nachbarschaftlichen Beziehungen, die in segregierten Quartieren vorgefunden werden können, sind unter diesen Bedingungen eher von benachteiligender als von emanzipatorischer Qualität, und sie bedürfen zur Entwicklung anderer Qualitäten der Unterstützung von außen.

Die Modernisierungsperspektive erlaubte eine Klassifikation der Wohn- und Lebensbedingungen in den Sanierungsgebieten als ‚rückständig‘, weil der Einbezug auch der Armen und Marginalisierten in den sich aufwärts bewegenden Fahrstuhl ökonomischen Wachstums und kultureller Modernisierung fraglos möglich erschien. Bei dem Problem, wie mit segregierten Quartieren umzugehen sei, stellte sich nur die Frage, ob der Integrationsprozeß durch staatliche Intervention beschleunigt werden solle oder nicht. Anders ist die Situation heute: die Integrationsprozesse sind prekär geworden, statt quasi-automatischer Integration ist die Perspektive für die Marginalisierten heute eher die Ausgrenzung. Der Fahrstuhl ist nicht mehr groß genug, alle mitzunehmen. Durch die demographische Entwicklung, d.h. durch die abnehmende Zahl von Einwohner in Deutschland, wird der Prozeß der Ausgrenzung wahrscheinlich in Zukunft für weniger Menschen Realität als heute, aber er wird strukturell nicht verschwinden. spw

Literatur:

- Monika Alisch/Jens Dangschat, *Armut und soziale Integration*, Opladen 1998, S. 125 – 134.
- Peter Bremer/ Norbert Gestring, *Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung auch in deutschen Städten?*, in: PROKLA, Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 106, 27. Jg., 1997
- Susan S. Fainstein/Ian Gordon/Michael Harloe (Hrsg.): *Divided Cities*. New York & London in Contemporary World. Oxford 1992
- Ray Forrest/Alan Murie, *Selling the Welfare State. The Privatization of Public Housing*, London 1988
- Jürgen Friedrichs, *Do Poor Neighbourhoods Make Their Residents Poorer? Context Effects of Poverty Neighbourhoods on Residents*, in Hans-Joachim Andreß (Hrsg.), *Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective*. Ashgate 1998
- Henner Hess/Achim Mechler, *Ghetto ohne Mauern*, Frankfurt/Main 1972
- Hartmut Häußermann/Walter Siebel, *Dienstleistungsgesellschaften*. Frankfurt/Main 1995
- Hartmut Häußermann/ Andreas Kapphann, *Berlin: Von der geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*. Opladen 2000
- Werner Hübinger, *Prekärer Wohlstand. Spaltet eine Wohlstandsschwelle die Gesellschaft?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/99* vom 30. April 1999
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, *Umweltschutz und Technologie Berlin* (Hrsg.), *Sozialorientierte Stadtentwicklung*, 1998

ICH BEKENNE:

Ich habe mich gewehrt, habe protestiert und demonstriert...

Nach der Erschießung von Benno Ohnesorg bin ich gegen Polizeigewalt auf die Straße gegangen. Als in Vietnam Menschen verbrannten, als die Notstandsgesetze durchgepeitscht wurden, als Nazis wieder in Landtage und Gemeindeparlamente einzogen, als die Pogromhetze der Springerpresse gegen die aufbegehrenden Studenten im Mordanschlag auf Rudi Dutschke gipfelte, habe ich mich auch von Polizei-knüppeln, Hunden und Wasserwerfern nicht davon abhalten lassen, mein Demonstrationsrecht wahrzunehmen. Ich habe die Enteignung Springers gefordert und die Auslieferung der Bild-Zeitung behindert. Über Beate Klarsfelds Ohrfeige für Bundeskanzler Kiesinger habe ich klammheimliche Freude empfunden und mich über den vormaligen Marinerichter und furchtbaren Juristen, den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger empört. Ich habe mich öffentlich gegen die Berufsverbote ausgesprochen, bin eingetreten für die Freiheit von Angela Davis und Nelson Mandela, habe mich gegen die Franco-Diktatur in Spanien, gegen die Militärjunta in Griechenland und den Faschistenputsch in Chile gewandt und mich mit ihren Opfern solidarisiert. Als im "deutschen Herbst" elementare Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden, habe ich die Drohung mit dem Polizeistaat nicht schweigend hingenommen.

Heute versuche ich, mich den Neonazis in den Weg zu stellen, während ihre Aufmärsche von Polizei durchgesetzt werden. Ich lasse mir nicht den Mund verbieten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, auch wenn sie von Staats wegen gefördert werden. Ich habe mich gegen den Angriffskrieg auf Jugoslawien engagiert, auch wenn Ex-Spontis ihn mitzuverantworten haben. Ich habe mich entschieden dagegen gewandt, daß sich führende Politiker der Bundesrepublik Deutschland an diesem Bruch von Völkerrecht und Grundgesetz beteiligten. Hiermit fordere ich alle Mitglieder der gegenwärtigen Bundesregierung sowie alle im Bundestag vertretenen Parteien auf, sich klar und eindeutig von derartiger Gewaltanwendung zu distanzieren und für die Zukunft allen nach nationalem und internationalem Recht illegalen Gewaltaktionen zu entsagen.

Udo Achten, Gewerkschaftssekretär i.R.; Dr. Wolfgang Adamczak, Forschungsreferent; Vera Affeln-Altert, Sonderschullehrerin; Prof. Dr. Ulrich Albrecht, Hochschullehrer; Ursula Andreas; Antonio Almeida, Linguist; Bernhard Altert, Diplompädagoge; Dr. Friedrich-Martin Balzer, Studienleiter a.D.; Matin Baraki; Ute Baumann-Stadler, Rechtsanwältin; Prof. Dr. Jörg Becker, Hochschullehrer; PD Dr. Johannes M. Becker, Politikwissenschaftler; Rolf Becker, Schauspieler; Dr. Taghi Behzadi, Arzt/Sportmediziner; Erika Beltz; Michael Beltz; Dieter Bender, DV-Berater; Klaus Berking, Soziologe; Peter Betz, Geschäftsführer; Brigitte Bilz, Lehrerin; Fritz Bilz, Historiker; Lothar Böhles, Lehrer i.R.; Jochen Böhme-Gingold, Lehrer; Manfred Böttcher, Gewerkschaftssekretär; Herbert Borghoff, Gewerkschaftssekretär i.R.; Hugo Braun, Journalist; Dr. Werner Brill, Erziehungswissenschaftler; Axel Brück; Gerd Büntzly; Dr. Kurt Bunke, Angestellter; Klaus Busch, Gewerkschaftssekretär; Evelyn Butter-Berking, Rechtsanwältin; Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Hochschullehrer; Dr. Rolf Czeskleba-Dupont, Hochschullehrer; Dr. Eberhard Dähne, Sozialwissenschaftler; Lothar Degen, Grafiker; Manfred Degen, Gewerkschaftssekretär; Franz-Josef Degenhardt, Autor/Musiker; Prof. Dr. Frank Deppe, Hochschullehrer; Ellen Diederich; Werner Dinkelbach, Psychotherapeut; Abel Doering, Antiquar; Ursula M. Dörner; Hans Dudda, Arzt; Paul Dudenhöffer, Gewerkschaftssekretär; Hans Dunkhase, Studienrat; Ulrike Düwel, Gewerkschaftssekretärin; Ingrid Emmenecker, Lehrerin; Karl-Rainer Fabig, Arzt; Dr. Ilina Fach, Politologin/Kunsthistorikerin; Christa Fenge-Huber, Familientherapeutin; Karin Fischer, Übersetzerin; Dr. Jutta von Freyberg, Journalistin; Peter Francielczyk, Gewerkschaftssekretär; Bernd Frenzel-Beyme, Arzt; Michael Frickel, Arzt; Hardy Fröhlingdorf, Europa-Beamter; Prof. Dr. Georg Fülberth, Hochschullehrer; Dr. Rudolf Führer, Althilologe; Norbert Fürneisen, kaufm. Angestellter; Petra Funke, Lehrerin; Richard Funke, Dipl.-Ing.; Brigitte Gärtner-Coulibaly, Diplompädagogin; Reinhard Gebhardt; Wolfgang Gehrcke, MdB; Prof. Dr. Klaus F. Geiger, Hochschullehrer; Hermann Gendrich, Lehrer; Doris Gercke, Autorin; Peter Gingold; Silvia Gingold, Lehrerin; Rainer Girndt, M.A., Journalist; Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt/Publizist; Wolfgang Grenz; Brigitte Grenz-Farenholtz; Gerlinde Griepenburg-Buraw, Lehrerin; Barbara Groendahl, Lehrerin; Manfred Groetke, Journalist; Edith Grosspietsch, Gewerkschaftssekretärin; Gabriele Günther, Lehrerin; Dietmar Günther, Lehrer; Thomas Händel, Gewerkschaftssekretär; Werner Haertel, Lehrer; Andreas Hallbauer; Karl-Heinz Hansen, Ex-MdB; Dr. Jürgen Harrer, Verleger/Lektor; Gerhard Hartmann, BR-Vorsitzender; Prof. Dr. Frigga Haug, Hochschullehrerin; Werner Haug, Gewerkschaftssekretär; Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug, Hochschullehrer; Dr. Gert Hautsch, Verlagsangestellter; Dr. Wolfgang Hecker, Anny Heike, Gewerkschaftssekretärin; wiss. Mitarbeiter; Jürgen Heiser, Verleger/Übersetzer; Roswitha Heiser, Malerin; Horst Helfen; Reinhard Helmers, Universitätslektor a.D.; Gabi Herl, Angestellte; Dipl. Psych. Dr. Hans Hermsen, wiss. Angestellter; Prof. Dr. Hans Peter Herrmann, Universitätsprofessor pens.; Martina Herrmann, Oberstudienrätin; Dr. Florence Hervé, Autorin; Annemarie Hildebrandt, Oberstudienrätin i.R.; Klaus Hildebrandt, Oberstudienrat i.R.; Wilfried Hitzemann, Schulleiter; Dr. Elvira Högemann, Journalistin; Michael Höhn, Pfarrer/Autor; Monika Höhn, Autorin; Willi Hölzel, Grafiker; Dr. Heinz-Gerd Hofschien, wiss. Mitarbeiter; Sylvia de Hollanda, Verlegerin; Dieter Huber, Dipl.Pastoralpsychologe; Prof. Dr. Jörg Huffscheid, Hochschullehrer; Gerd Humbach, Fotograf; Heinz Humbach; Helga Humbach, Journalistin; Malle Humbach, Lehrerin; Harald Humburg, Rechtsanwalt; Inge Humburg; Frank Iwer, wiss. Mitarbeiter; Matthias Jochheim, Arzt; Prof. Dr. Martin Jürgens, Hochschullehrer; Gert Julius, Bezirksverordneter; Ursula Junk, Journalistin; Günter Kämpf, Verleger; Kurt Kaiser, Gewerkschaftssekretär; Karl-Heinz Kaschel-Arnold, Gewerkschaftssekretär; Jutta Kausch, Schauspielerin; Dr. Paula Keller, Oberstudienrätin; Bernhard Kellner, Journalist; Gerald Kemski, Angestellter; Uschi Kersten; Prof. Dr. Klaus-Peter Kisker, Hochschullehrer; Dietrich Kittner, Kabarettist; Heide Klages; Johanna Klages, Soziologin; Maria Kleyboldt-Tembrink, Arzthelferin; Manfred Klingele, Lehrer; Almut Klinger, kaufm. Angestellte; Wolfgang Klinger, Altenpfleger; Prof. Dr. Arno Klönne, Hochschullehrer i.R.; Dieter Kloszowski, Dipl. Ing.; Dr. Heidi Knake-Werner, MdB; Dr. Helge Knüppel; Dr. Ursula Köhler, Kulturwissenschaftlerin/Künstlerin; Michael Körner; Werner Kraus, Gewerkschaftssekretär; Rainer Kretschmer, BR-Vorsitzender; Wolfgang Krüger; Heinz-Jürgen Krug, DV-Berater; Stephan Krull, Arbeiter; Siegfried Krupke; Luise Küffner, Sekretärin; Brigitte Kustosch, Lehrerin; Prof. Dr. Martin Kutscha, Hochschullehrer; Prof. Dr. Ingrid Kurz-Scherf, Hochschullehrerin; Christa Lang, wiss. Mitarbeiterin; Dr. Eric Leis, Rechtsanwalt; Dr. André Leisewitz, Dipl.-Biol.; Johann Lenkait; Thomas Lindner, Gewerkschaftssekretär; Gernot Linhart, Dipl.-Ing.; Godela Linde, Rechtssekretärin; Axel Lochner, Angestellter; Anning Lohse, Software-Testerin; Dietrich Lohse, Drucker; Lilo Lottermoser, Lehrerin i.R.; Ralph-M. Luedtke, Gewerkschaftssekretär a.D./Künstler; Angelika Luedtke-Iwanetzki, Physiotherapeutin; Prof. Dr. Hartmut Lutz, Hochschullehrer; Ruth Lutz-Preisborn, Hausfrau; Walter Majer, BR-Vorsitzender; Wolfgang Manske, Rechtsanwalt; Dietrich Marquardt; Renate Marquardt; Horst Mathes, Gewerkschaftssekretär; Horst Mayland, Gewerkschaftssekretär; Volker Metzroth, Fernmeldehandwerker; Gabi Meyer; Jutta Meyer-Siebert, Diplomspsychologin; Mechthild Middeke, Gewerkschaftssekretärin; Prof. Dr. Maria Mies, Hochschullehrerin; Hans-Peter Möller, Arbeiter; Dr. Gebhard Moritz, Physiker; Hans Jürgen Mosbach; Hans-Joachim Müller, Konrektor; Heinrich Müller, Elektroniker; Klaus Müller, Unternehmer; Hildegard Müller-Maring, Lehrerin; Heinz Joachim Nagel, Gesamtschuldirektor i.R.; Wolfgang Niclas, Gewerkschaftssekretär; Ludger Nohr, Arzt; Klaus NoBeleit, Lehrer und Dipl. Ing.; Dieter Offermann; Willi van Ooyen; Elke Opolka, Sales Managerin; Barbara Orthbandt; Dr. med.vet. Christof Ostheimer, wiss. Angestellter; Elke Otto-Sanio; Prof. Dr. Norman Paech, Hochschullehrer; Peter Palinkas; Ulrich Pampuch, Verlagsvertreter; Christian Pätzold, Schauspieler/Regisseur; Irmgard Pehle; Klaus Pickshaus, Gewerkschaftssekretär; Brigitte Plattee, Buchhändlerin; Dr. Elka Pralle, Erziehungswissenschaftlerin; Rolf Priemer, Journalist; Doris Pumphrey, Sachbearbeiterin; Prof. Dr. Sibylle Raasch, Hochschullehrerin; Lilo Rademacher, Gewerkschaftssekretärin; Nora Rätzhel, Sozialwissenschaftlerin; Jürgen Ravens, Grafiker; Monika Ravens, Erzieherin, behindert; Matthias Regenbrecht, Verw.-Beamter; Dr. Norbert Rehrmann, Hispanist; Rudi Reichenbach; Dr. Dorothea Reinermann, Ärztin; Prof. Dr. Fanny-Michaela Reisin, Hochschullehrerin; Dr. Jürgen Reusch, Journalist; Christiane Reymann, Journalistin; Gisela Richter, Sozialwissenschaftlerin; Hans-Peter Richter; Helmut Richter, Verlagsleiter; Prof. Wolfgang Richter; Michael Ruhland (Lehrer); Doris Sander, Künstlerin; Ruth Sauerwein, Journalistin; Dr. Dagmar Scherf, Schriftstellerin; Günther Scherf, Journalist; Heiner Schilling, Gewerkschaftssekretär; Richard Schmid, Gewerkschaftssekretär; Klaus Schmidt, Theologe/Publizist; Thomas Schmidt, Gewerkschaftssekretär/Rechtsanwalt; Dr. Ulrich Schneider, Historiker; Heide Schneider-Sonnemann, Rechtsanwältin; Erasmus Schöfer, Schriftsteller; Walter Schönfeld, Jurist; Eberhard Schorse, EDV-Leiter; Bernd Schüngel, Dozent; Dr. Dietrich Schulze, wiss. Angestellter; Margot Schur-Dunkhase; Winfried Schwarz, wiss. Mitarbeiter; Helga Schwitzer, Gewerkschaftssekretärin; Reinhard Schwitzer, Gewerkschaftssekretär; Prof. Dr. Hans See, Hochschullehrer a.D.; Kurt Seebom, Steuerberater; Michael Seelig, Lehrer; Dr. Werner Seppmann, Sozialwissenschaftler; Heinz A. Siefert, Gewerkschaftssekretär; Harry Siegert, Gewerkschaftssekretär; Friedrich Siekmeier, Journalist; Frank Skischus, Lehrer; Rolf Somann, Schriftsetzer; Hans Sommer; Josi Sommer; Dr. Urte Sperling, Krankenschwester; Eckart Spoo, Journalist; Lydia Spoo, Verlagsgeschäftsführerin; Sybille Stamm, Gewerkschaftssekretärin; Klaus Stein, Lehrer; Thomas Immanuel Steinberg, Dipl.-Volkswirt; Dr. Claudia Stellmach, wiss. Mitarbeiterin; Till Strucksberg; Martin Strubelt, Verlagsberater; Dr. Peter Strutynski, Politologe; Prof. Dr. Gerhard Stuby, Universitätsprofessor em.; Dagmar Stuckmann; Helmut Tembrink, Sozialarbeiter; Peter Thiesler, Lehrer i.R.; Andreas Tiedemann, Gewerkschaftssekretär; Hans-Jörg Timmann, ehem. Europa-Beamter; Holger Timmer, Gewerkschaftssekretär; Horst Trapp; Jörg Trinogga, Pressesprecher; Michael Trzybinski, VK-Leiter; Horst Vergin, Lehrer; Harald Vieth, Lehrer/Autor; Dr. Wolf Herman von Arnim, Arzt; Marga von der Lippe; Dr. Klaus Wagenhals, selbständiger Organisationsberater; Wilhelm Warner, päd. Mitarbeiter; Justine Wazansky-Kruck, Buchhändlerin; Norbert Weber, Gewerkschaftssekretär; Joachim Wehmeyer, Psychotherapeut; Dr. Harald Werner, wiss. Mitarbeiter; Franz Rainer Wiese, IT-Spezialist; Laura von Wimmersperg, Lehrerin; Dr. Bernhard Winter, Arzt; Dr. Winfried Wolf, MdB; Egon Wolfertz, Ministerialrat; Kurt Wolff; Peter Wolter, Journalist; Gerhard Zwerenz, Schriftsteller; Elke Zwingemakamizile, Lehrerin.

V.i.S.d.P. und Kontakt: Jürgen Harrer, c/o PapyRossa Verlag, Luxemburger Str. 202, 50937 Köln, Tel.: 0221/446240, Fax: 0221/444305, e-mail: mail@papyrossa.de

Die Zukunft der Städte.

Die Soziale Stadt Hattersheim.

Von Klaus Störch

Die Rolle der Städte und Kommunen als Ort sozialer und kultureller Integration, Quelle wirtschaftlichen Wohlstandes und Basis der Demokratie gerät zunehmend in Gefahr. Die Zeiten immerwährender Prosperität sind lange vorbei. Die anhaltende Wirtschafts- und Beschäftigungskrise, die verfehlte staatliche Verteilungspolitik, der Abbau und die Aushöhlung des sozialen Sicherungssystems führte unweigerlich zu einer Krise der Städte.

Bereits Mitte der 80er Jahre beklagte der Frankfurter Sozialwissenschaftler und Philosoph Jürgen Habermas die Segmentierung der Gesellschaft in einen produktiven Kern und einen notdürftig alimentierten Rand. Der Sozialdemokrat Peter Glotz prägte den Begriff von der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“. Auf der einen Seite wächst der Reichtum in privater Hand und die Wirtschaft steigert recht kontinuierlich ihre Leistungsfähigkeit bei gleichzeitigen Abbau von Arbeitsplätzen. Auf der anderen Seite nimmt das Armutspotenzial in der Bevölkerung zu. Inzwischen verfügt jeder fünfte Bundesbürger – darunter sind Millionen Arbeitnehmer – nicht mal oder gerade über 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Nach wie vor besitzt die „untere Hälfte“ der Bundesbürger etwa 6,2 Prozent des Vermögens, die „obersten zehn Prozent“ aber halten über 44 Prozent. Gleichzeitig werden die finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte, insbesondere die der Städte und Gemeinden enger. Armut wird für immer mehr Menschen zur bitteren Realität und führt sie ins gesellschaftliche Abseits. Diese Tendenz wird durch das räumliche Abdrängen von Armut in städtische Randbereiche noch verstärkt. Damit ist die Entstehung von marginalisierten Stadtteilen vorprogrammiert.

Menschen mit schlechten Einkommens- und Beschäftigungsaussichten leben in Stadtteilen mit mangelhafter Bausubstanz und zum Teil schlechten infrastrukturellen und ökologischen Bedingungen. Hier kumulieren und verdichten sich die sozialen Probleme.

Der „Unwirtlichkeit“ vieler Städte kann nur dann entgegengesteuert werden, wenn es den Verantwortlichen gelingt, gezielte Präventionspolitik zu verwirklichen.

Nur sehr unzureichend waren bisher die politischen Maßnahmen, die beabsichtigten der sozialen Polarisierung und Segregation entgegenzuwirken. Städtebauliche und soziale Maßnahmen blieben weitgehend aus, waren nur kurzatmig angelegt oder nicht ausreichend aufeinander abgestimmt. Eine nachhaltige Verbesserung konnte auf diesem Hintergrund nicht erzielt werden. Im Gegenteil: Die sozialen Risiken in vielen Sprengeln nehmen zu und gefährden ganze Stadtteile in ihrer Stabilität. Ein Skandal für eine Gesellschaft die im Reichtum zu ersticken droht.

Wie aber fühlen sich die Menschen, die in diesen Quartieren leben müssen? Resignation und Politikverdrossenheit macht sich breit, die Tendenz zur Radikalisierung und zum sozialen Unfrieden ist nicht (mehr) zu leugnen. Es muss nicht besonders betont werden, dass soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit den Zugang zu einem menschenwürdigen Leben verstellt. Soziale Ausgrenzung wird damit zur latenten Bedrohung für den wirtschaftlichen Wohlstand und die soziale Stabilität in den Städten. Werden diese Entwicklungstendenzen ignoriert oder verharmlost, dann können die sozialen Spannungen in den stigmatisierten Quartieren noch zunehmen und das nachbarschaftliche Zusammenleben im Stadtteil und in der Stadt weiter gefährden. Soziale Konflikte, eskalierende Gewalt und hohe Kriminalität sind als drohende Konsequenzen nicht auszuschließen. Was heute an Konflikt- und Aggressionspotenzial bereits erkennbar ist, dürfte nur die Spitze des Eisberges sein. Ein Blick auf die Zustände in den Städten der Vereinigten Staaten und in die Vorstädte unseres französischen Nachbarn geben uns warnende Beispiele.

Die Politiker und die Städteplaner vertraten sehr lange die Auffassung, dass man den sozialen Erosionsprozessen in den sozialen Brennpunkten vor allem durch Bereitstellung städtebaulicher Mittel begegnet werden könne, und stellten die Beseitigung baulich funktionaler Mängel in den Vordergrund. Die strukturellen Ursachen für die soziale Schieflage in den Quartieren wurde nur selten untersucht. Auf der Prioritätenliste spielten Sozialplanung, Arbeitsförderung, Ausbau der sozialen Infrastruktur und die Einbeziehung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner nur eine untergeordnete Rolle.

Das hat sich erfreulicherweise geändert. Die Länder, die Kommunen und die freien Träger der Wohlfahrtsverbände erkennen zunehmend die Bedeutung nachhaltiger Entwicklungsmaßnahmen. Der „Unwirtlichkeit“ vieler Städte kann nur dann entgegengesteuert werden, wenn es den Verantwortlichen gelingt, gezielte Präventionspolitik zu verwirklichen. Ansätze zur Entwicklung ganzheitlicher Maßnahmen und integrierte Handlungsansätze, die den Betroffenen Menschen in ihrer Lebenslage Perspektiven und Teilhabechancen erschließen, werden an den unterschiedlichsten Orten bereits umgesetzt. Konsequenterweise hat die Regierungskoalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Bundesebene die Sicherung der „Sozialen Stadt“ in ihr Programm aufgenommen (vgl. auch Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998).

Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt

Im Jahr 1999 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) gemeinsam mit den Ländern – ergänzend zur Städtebauförderung – das neue Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ aufgelegt. Ziel

Klaus Störch ist Sozialwissenschaftler, Mitglied im Forum Demokratische Linke 21 und der GEW. Er lebt in Flörsheim am Main (D) und Damüls (A).

des neuen Programms ist es, eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation der betroffenen Menschen durch eine aktiv und integrativ wirkende Stadtentwicklungspolitik, durch rechtzeitige Bündelung und Abstimmung öffentlicher und privater Finanzmittel auf Stadtteilebene einzuleiten.

Mittel- und langfristig beabsichtigt das Programm *Impulse für mehr Beschäftigung* zu geben. D.h. die lokale Wirtschaft soll gestärkt, die Schaffung und Sicherung örtlicher Arbeitsplätze sowie Qualifizierung und Fortbildung von Arbeitssuchenden realisiert werden. Durch die Verbesserung von Wohnverhältnissen, Förderung des Miteinanders, der Wiederherstellung gemischter Bewohnerstrukturen (z.B. durch Verbesserung der Attraktivität für Zuziehende) und Verbesserung des Infrastrukturangebotes sollen *soziale Impulse* ausgehen. Darüber hinaus sollen *ökologische Impulse* durch ökologisches Planen, Bauen und Wohnen im Bestand gesetzt werden. Last not least, soll das Programm *neue Impulse* in die verschiedenen Politikfelder ausstrahlen.

Die Bundesregierung stellt für dieses Programm jährlich 100 Millionen DM bereit. Mit den Komplementärmitteln aus den Bundesländern und den Kommunen stehen so bis zum Jahr 2003 jährlich 300 Millionen DM zur Verfügung. Dies sind insgesamt bis 2003 rund 1,5 Milliarden DM. Die Umsetzung des Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ erfolgt durch Länderprogramme. In Hessen heißt dieses Programm HEGISS – Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt. Träger der HEGISS sind neben dem Land Hessen und den Kommunen, die örtliche Wirtschaft, die Wohnungswirtschaft, die sozialen Träger, die Träger von Beschäftigungsmaßnahmen sowie die Bürgerinnen und Bürger des betreffenden Stadtteils. Die zentrale Aufgabe von HEGISS ist es, die Ressourcen und Mittel der verschiedenen Handlungsfelder sowohl auf der Landesebene als auch auf der örtlichen Ebene zu bündeln und gezielt in den benachteiligten Quartieren einzusetzen.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist ein zentrales Element der HEGISS. Es übernimmt die Funktion eines Leitprogramms für die gesamte Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt sowie die Funktion des Investitionsprogramms für den Bereich der Stadtentwicklung. Als Leitprogramm dient es der Gesamtkoordination aller Maßnahmen und Akteure; als Investitionsprogramm erfüllt es städtebauliche Aufgaben. Dabei lassen sich die von HEGISS formulierten Ziele zur nachhaltigen Stadtteilentwicklung aus fünf unterschiedlichen miteinander verbundenen Bausteinen zusammensetzen.

- Baustein 1: Aktivierung der Bewohner zur Verbesserung der Chancengleichheit
- Baustein 2: Stärkung der lokalen Wirtschaft
- Baustein 3: Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens
- Baustein 4: Städttebauliche Stabilisierung
- Baustein 5: Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen

Die Umsetzung erfolgt in den Kommunen.

Die Soziale Stadt Hattersheim

Die knapp 24.000 Einwohner zählende Stadt Hattersheim liegt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ca. 15 Autominuten in westlicher Richtung von der Mainmetropole Frankfurt entfernt. Im allgemeinen spricht man

von den Gemeinden rings um die Banken- und Dienstleistungsstadt vom Speckgürtel Frankfurts. Die Arbeitslosigkeit liegt hier mit knapp 6 Prozent weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Trotzdem gibt es auch hier gefährdete Städte. Bereits 1999 wurde die Stadt Hattersheim in das Bundesprogramm „Soziale Stadt“ aufgenommen. Sie ist damit eine von insgesamt 16 Förderstandorten in Hessen.

Mit dem Begriff „Wohnumfeldverbesserungen Südring“ werden Maßnahmen der Stadt Hattersheim, der Hattersheimer Wohnungsbaugesellschaft mbH und des Caritasverbandes für den Main-Taunus-Kreis e.V. zusammengefasst, die dazu dienen, eine nachhaltige Stabilisierung des Wohnquartiers zwischen Südring und der angrenzenden Bahnlinie zu bewirken. Dabei handelt es sich um Maßnahmen der städtebaulichen Qualitätsverbesserung, der Modernisierung des Wohnbestandes, der Realisierung eines Grün- und Freiflächenkonzeptes (inklusive Mietergärten, Spielplätze), der Schaffung von Bürgertreffs und Jugendeinrichtungen, aber auch um nachbarschaftsfördernde und identitätsstiftende Selbsthilfeprojekte. Besonderen Wert legt man auf die Beschäftigungswirksamkeit dieser Maßnahmen. Beim überwiegenden Teil des Gebietes, das von seinen Bewohnern liebevoll „die Siedlung“ genannt wird, handelt es sich um sozialen Wohnungsbau aus den 20er, 50er und 60er Jahren im Besitz der Hattersheimer Wohnungsbaugesellschaft (HAWOBAU). Charakteristisch für das Wohnumfeld ist der hohe Anteil wohnungsnaher Freiflächen, die dem Gebiet einen gewissen Charme

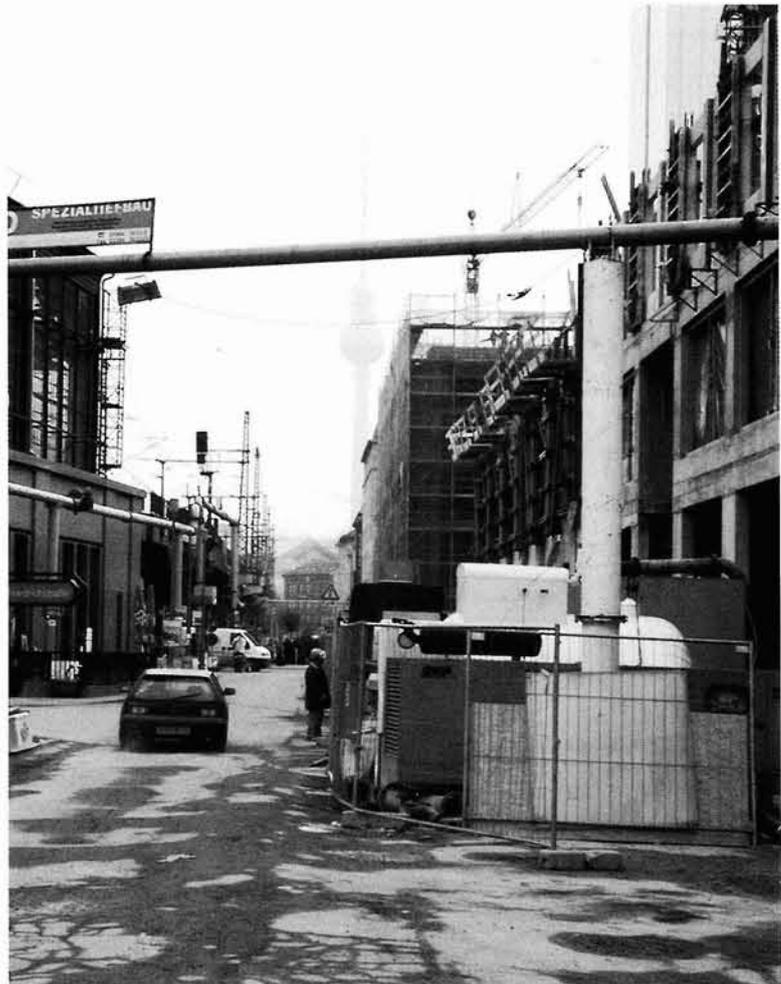


Foto: Christian Kiel (Berlin)

verleihen. Die städtebauliche Struktur zeigt jedoch keine vielfältigen Stadtelemente wie Plätze, Alleen, Straßen, Wege oder private Gärten. Orte, die eine Identifikation oder Orientierung möglich machen, gibt es nicht. Die Nutzungsansprüche der Bewohner, z.B. nach wohnungsnahen Gärten, Spielmöglichkeiten für Kinder auf Straßen und Plätzen (in Sicht- und Hörkontakt zu den Wohnungen), Gestaltung der Wohnungen entsprechend den eigenen Bedürfnissen sind – vor allem im Bereich der Geschosswohnungen – nicht bzw. nur unzureichend erfüllt.

Auch die Infrastruktur ist unzureichend entwickelt. Es gibt lediglich eine Gaststätte, zwei Discount-Märkte am Rand bzw. außerhalb des Planungsgebietes in erreichbarer Nähe, sowie zwei Einzelhandelsgeschäfte (eine Bäckerei und ein Schreibwarengeschäft), zwei Kioske, drei Spielplätze und eine Kindertagesstätte. Ärztliche und zahnärztliche Versorgung gibt es im Viertel nicht. Rund 4.200 Menschen leben in der Siedlung um den Südring, darunter etwa 1.200 ausländische Bürgerinnen und Bürger (28,3 Prozent) und rund 800 Personen über 60 Jahre (19 Prozent). Die Zahl der ausländischen Bewohner ist allein von 1991 bis 1995 von 22 Prozent auf knapp 28,5 Prozent gestiegen, während er in der Gesamtstadt im gleichen Zeitraum nur um 1,85 Prozent gestiegen ist. Die Zahl der (Langzeit-)Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger liegt weit über dem Durchschnitt der Gesamtstadt. Das gilt auch für den Anteil der Alleinerziehenden mit Kindern. Darüber hinaus lebt eine relativ hohe Anzahl ehemaliger Mitarbeiter der Hoechst AG (heute: Aventis) im Siedlungsgebiet, die über Vorruhestandsregelungen o.ä. aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden sind. Dieser Personenkreis trägt zwar einerseits zum Konfliktpotenzial bei, stellt andererseits aber auch eine gute Grundlage für gemeinbedarfsorientierte Tätigkeiten im Sprengel dar. Nachbarschaftsstreitigkeiten – besonders zwischen Deutschen und Ausländern, Vandalismus, Verschuldung, Zunahme von Mietrückständen und Räumungsklagen, Langzeitarbeitslosigkeit, Bildungs- Ausbildungs- und Betreuungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen, zurückhaltende Nachfrage bei frei werdenden Wohnungen im Bestand, geringe Beteiligung bei den Wahlen bei gleichzeitig hohen Stimmenanteilen für Parteien aus dem rechten politischen Spektrum, sind nur einige der auffälligsten Problembereiche mit steigender Tendenz.

Dabei handelt es sich bei der Siedlung am Hattersheimer Südring nicht um einen sozialen Brennpunkt im klassischen Sinn. Wie der Bürgermeister der SPD-regierten Kommune, Hans Franssen, auf der Startveranstaltung zum Stadtteilentwicklungsprozess betonte, sollen gerade die gezielten Maßnahmen des Stadtteilmanagements im Rahmen des Förderprogrammes „Soziale Stadt“ dieser Entwicklungstendenz entgegenwirken.

Dabei handelt es sich bei der Siedlung am Hattersheimer Südring nicht um einen sozialen Brennpunkt im klassischen Sinn. Wie der Bürgermeister der SPD-regierten Kommune, Hans Franssen, auf der Startveranstaltung zum Stadtteilentwicklungsprozess betonte, sollen gerade die gezielten Maßnahmen des Stadtteilmanagements im Rahmen des Förderprogrammes „Soziale Stadt“ dieser Entwicklungstendenz entgegenwirken.

Dabei handelt es sich bei der Siedlung am Hattersheimer Südring nicht um einen sozialen Brennpunkt im klassischen Sinn. Wie der Bürgermeister der SPD-regierten Kommune, Hans Franssen, auf der Startveranstaltung zum Stadtteilentwicklungsprozess betonte, sollen gerade die gezielten Maßnahmen des Stadtteilmanagements im Rahmen des Förderprogrammes „Soziale Stadt“ dieser Entwicklungstendenz entgegenwirken.

Stadtteilmanagement im Stadtteilbüro

Um das Ziel der nachhaltigen Verbesserung der Lebensumstände der betroffenen Menschen im Südring zu erreichen und die Stadtentwicklung voranzubringen,

kommt dem im September 2000 eingerichteten Stadtteilbüro eine Schlüsselfunktion zu. Dieses Stadtteilbüro ist derzeit im Gebäude der Hattersheimer Wohnungsbau-Gesellschaft untergebracht. Die endgültigen Räumlichkeiten befinden sich derzeit im Bau und können voraussichtlich im Herbst 2001 – gemeinsam mit dem Stadtteiltreff/Mietertreff – in der Pregelstraße bezogen werden. Das Büro wurde mit einer Raumplanerin und einer Diplompädagogin ausgestattet. Der Caritasverband Main-Taunus hat die Trägerschaft für das Stadtteilbüro übernommen; die Wohnbau-Gesellschaft HAWOBAU und die Stadt Hattersheim sind Kooperationspartner. Das Stadtteilbüro erfüllt die Funktion einer intermediären Instanz, die die zum Teil unterschiedlichen Interessen der Akteure im Stadtteil zu moderieren versucht und den Gesamtprozess (gemeinsam mit der Steuerungsgruppe) koordinieren soll. Das Stadtteilbüro betreibt Stadtteilmanagement. Neben der Raumplanung kommt der Gemeinwesenarbeit (GWA) im Konzept des sozialen Stadtentwicklungsprozesses eine bedeutende Rolle zu.

Ausgehend von den Erfahrungen im Städtebau, dass sich in bestimmten Stadtteilen selbsttragende Beziehungs- und Hilfestrukturen nicht mehr von selbst entwickeln, Nachbarschaft und soziale Netze im Wohnumfeld jedoch immer wichtiger werden, sollte zum Aufbau eines lebendigen Gemeinwesens und einer funktionierenden Nachbarschaft professionell Unterstützung geleistet werden.

Bedeutsam dabei sind:

- der Aufbau einer sozialen Alltagskultur im näheren Umfeld der „Siedlung“ im Sinne eines System von Strukturen und Regeln der Kommunikation, des Ausdrucks von Konflikten und der gegenseitigen Hilfe im Alltag,
- der Aufbau nachbarschaftlicher Alltagskultur in einem überschaubaren Lebensbereich, in dem Begegnungen angeregt, initiiert und gefördert werden sollen,
- der Aufbau stabiler Strukturen, so dass auch finanziell Schwächere, also Menschen in schwierigen Situationen mitgetragen werden können, um möglichst wenig Intervention durch Sozialarbeit zu benötigen,
- sowie der Aufbau einer soziokulturellen Infrastruktur im Stadtteil, was das Aufgreifen quartierübergreifender Probleme und das Entwickeln gemeinsamer Angebote als Antwort darauf umfasst.

Dabei steht nicht primär die Fürsorge im Vordergrund der Arbeit, sondern die Förderung der Selbsthilfekräfte und Eigeninitiative der Bewohner. Die Wirkungen von Maßnahmen ist dort am größten, wo Betroffene selbst „ihre Sache in die Hand nehmen“ und sich als Gemeinschaft formiert haben (vgl. auch die Diskussion um den aktivierenden Staat). Wesentlicher Bestandteil des Stadtteilmanagements ist die Organisation der Zusammenarbeit unter den Trägern sozialer Dienste und anderer Organisationen (Vereine, Kirchengemeinden etc.) sowie die Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsinstanzen und kommunalen Dienststellen, die Projekte zur Gestaltung des Gemeinwesens entwickeln.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit Einrichtungen im Stadtteil, mit Beschäftigungsträgern, Wohnungswirtschaft, mit Verwaltung und Politik und weiteren Partnerinnen und Partnern arbeitet das Stadtteilbüro an der Gestaltung der Lebensbedingun-

Durch die Verbesserung von Wohnverhältnissen, Förderung des Miteinanders, der Wiederherstellung gemischter Bewohnerstrukturen und Verbesserung des Infrastrukturangebotes sollen soziale Impulse ausgehen.

gen im Stadtteil. Im Verbund entwickelt sie Projekte zur Verbesserung der Nachbarschaft wie Stadtteilstefte und Kulturprojekte, Projekte zur Verbesserung des Wohnumfeldes wie Grünflächengestaltung oder Parkraumgestaltung, Projekte zur Beschäftigungsförderung wie Stadtteilcafés und Fahrradwerkstätten. Handlungsleitend für das Engagement sind dabei die Interessen des Stadtteils und der dort lebenden Menschen.

Vor der unmittelbaren Realisierung noch in diesem Jahr steht der Nachbarschaftstreff, der den Bewohnerinnen und Bewohnern der Siedlung als Anlaufstelle für ihre Anliegen dienen wird und den unterschiedlichen Gruppen z.B. den Älteren, Müttern und Kindern einen Raum anbieten kann. Mit dem Ziel die Generationenkonflikte zu verringern werden neue Spielmöglichkeiten und Treffpunkte für Kinder und Jugendliche bereitgestellt. In einem weiteren Projekt wird die alte Fußgängerbrücke „Am Nex“ über die Eisenbahnlinie durch eine neue Brücke ersetzt. Diese neue Brücke, weniger steil und breiter angelegt, ermöglicht es dann auch Eltern mit Kinderwagen, Radfahren und älteren Menschen auf direktem Weg in den Stadtteil nördlich der Bahnlinie zu gelangen, wo auch die Grundschule ihren geografischen Ort hat.

Bis zum Ablauf der Projektförderung im Dezember 2003 soll noch einiges bewegt werden. Bis dahin wird ein integriertes Stadtentwicklungsprogramm, d.h. ein Zukunftsbild und ein entsprechender Handlungsplan gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern entwickelt worden sein. Die bisherige aktive Teilhabe der Anwohnerschaft im Südring z.B. bei den bisher stattgefundenen Stadtteilver-sammlungen, dem sogenannten „Runden Tisch“, geben Anlass zum Optimismus, dass die im Förderprogramm „Soziale Stadt“ formulierten Ziele auch umgesetzt werden können. Nicht nur in der kleinen Stadt Hattersheim am Main haben wir es mit Stadtteilen zu tun, in denen viele verschiedene Bevölkerungsgruppen wohnen und miteinander auskommen müssen. Hier und anderswo gibt es in den Stadtteilen selbst soziale Einrichtungen, Vereine, Geschäfte und Gewerbe. Die Moderation zwischen den verschiedenen Interessen, die Kooperation mit Partnern und die Vernetzung der Akteure und Aktivitäten gewinnen deshalb immer größere Bedeutung.

Die besondere Qualität des Stadtteilmanagements ist ihre Verankerung im Quartier. Sie ist mit ihrem Beratungs- und Unterstützungsangebot in der Arbeit sowohl mit Einzelnen, Zielgruppen, dem gesamten Wohngebiet am unmittelbaren Ort des Geschehens. Die hieraus entstehende Vertrautheit mit wohngebietspezifischen Kommunikations- und Sozialstrukturen und die geschärfte Sensibilität für Problemhintergründe, aber auch vorhandene Potenziale im Stadtteil, sind die wesentliche Voraussetzung für eine stabile Vertrauensbasis zur Bewohnerschaft.

Fazit

Bürgerbeteiligung ist eine grundlegende Voraussetzung für die erfolgreiche Stadterneuerung. Gerade in Stadtteilen die vom sozialen Abstieg bedroht sind, ist es ein zentrales Anliegen das eigenständige Stadtteilleben wieder aufzubauen, den sozialen Verband wieder herzustellen und die Bewohner zu motivieren, an dieser Entwicklung mitzuwirken und sich dauerhaft selbst zu organisieren.

Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ wird von fast allen politischen und gesellschaftlichen Kräften begrüßt. Trotzdem gibt es vielfach auch Kritik. Da wird zum einen kritisiert, dass das Programm auf Investitionen beschränkt

und mit zu geringen Finanzmitteln ausgestattet ist; dass es lediglich dazu dient, den Abbau von Sozialleistungen zu kaschieren, nur einen punktuellen Ansatz bietet und den Blick auf die gesellschaftlichen Ursachen sozialer Ungleichheit, und damit auf die prekäre Situation in den Brennpunkten, versperrt.

Diese Kritikpunkte sind einerseits berechtigt, da die Situation in den Stadtteilen immer auch das Ergebnis einer deregulierten Wirtschafts-, Sozial-, und Wohnungspolitik in der Bundesrepublik unter den vermeintlichen „Notwendigkeiten“ oder „Sachzwängen“ eines globalisierten Kapitalismus darstellt. Auf diesem Hintergrund muss das Programm als Reflex auf die sich zuspitzende Krise der Städte interpretiert werden. Auf der anderen Seite wird die Rolle der Städte als Garant für die Stabilität des Gemeinwesens anerkannt. Bei aller berechtigten Kritik muss man den besonderen Charakter, die Intention und die Förderphilosophie des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ hervorheben, die keineswegs im Widerspruch zu Willy Brandts Diktum „mehr Demokratie wagen“ stehen muss, das es die Partizipation des Bürgers in entscheidenden Fragen der Stadtentwicklung in den Vordergrund stellt.

Dem neuen Ansatz vom fürsorgenden zum aktivierenden Staat, wie er auch von Gerhard Schröder in seinem Aufsatz zur Zivilgesellschaft formuliert wurde, sind durchaus positive Seiten abzugewinnen, eben dann – wie auch im Programm „Soziale Stadt“ vorgesehen – wenn er sich tatsächlich darauf konzentriert, soziale Potenziale zu erschließen und neue Chancen für sozial Benachteiligte zu eröffnen, statt sie in erster Linie durch Leistungskürzungen oder Zwangsmaßnahmen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu treiben. Die gebetsmühlenartig vorgetragene Beschwörung der Zivilgesellschaft, des Kommunitarismus und des ehrenamtlichen Engagements für das Gemeinwesen aber kann keine Antwort auf die neoliberale Demontage und die verfehlte Wirtschafts- und Sozialpolitik unseres Staates sein.

spw

Die Wirkungen von Maßnahmen ist dort am größten, wo Betroffene selbst „ihre Sache in die Hand nehmen“ und sich als Gemeinschaft formiert haben

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

**analysen
fakten & argumente**



Flugzeug- und Raketenindustrie im Fusionsfieber
isw-spezial 13 zeigt auf, dass die Herausbildung von Superkonzernen der Luftfahrt und Rüstungsindustrie nicht ohne Rückwirkungen auf die Politik bleibt. Durch die Monopolisierung der Rüstungsindustrie, die enge neue Verzahnung der Rüstungskonzerne mit Militär und Verteidigungsministerium entsteht ein militärisch-industrieller Komplex neuer Dimension.
isw-spezial 13, Dezember 2000
DM 5,- + Versand



Von der Vielfalt menschlicher Entwicklung – oder vom Reichtum, der Armut braucht
isw-report 45, Dezember 2000 – 5,- DM + Versand

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
fon: 089-130041, fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

Die Zukunft des ÖPNV

EU-Liberalisierung setzt kommunale Nahverkehrsunternehmen unter Druck

Von Arno Brandt/ Wilhelm Lindenberg

Mit der Vorlage eines Entwurfs zur Neuordnung des ÖPNV-Marktes hat die EU-Kommission Bewegung in den ÖPNV in Deutschland gebracht. Insbesondere in den Großstadregionen, in denen starke kommunale ÖPNV-Unternehmen vorherrschen, werden Strategien diskutiert und Vorkehrungen getroffen, wie die Unternehmen angesichts des zu erwartenden verschärften Wettbewerbs neu aufzustellen sind und in ihrer Existenz gesichert werden können. Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission „über Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit gemeinwirtschaftlichen Anforderungen und der Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verträge für den Personenverkehr (...)“ soll nach einer Übergangsfrist von drei Jahren der Nahverkehrsmarkt geöffnet und der Betrieb von ÖPNV-Dienstleistungen im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens vergeben werden. Nach der Einführung eines „kontrollierten Wettbewerbs“ ist damit zu rechnen, dass vermehrt große ausländische ÖPNV-Anbieter, insbesondere aus Frankreich, Großbritannien und im skandinavischen Raum, auf den Plan treten und bisherige kommunale Anbieter vom Markt verdrängen. Ohne gravierende Anpassungsmaßnahmen, die auch auf den sozialen Besitzstand der Beschäftigten in den kommunalen Verkehrsbetrieben Einfluss nehmen, steht die Existenz vieler kommunaler ÖPNV-Unternehmen

zumindest auf dem Spiel. Noch ist nicht entschieden, welche verfahrenstechnischen Regelungen im Detail getroffen werden, ob Ausnahmeregelungen greifen und welche Fristen gelten sollen, aber der Schnellschritt der Liberalisierung ist auf

Gleis gesetzt und es darf gerätselt werden, wie viele kommunale Unternehmen, Beschäftigte und wie viel Dienstleistungsqualität im ÖPNV am Ende auf der Strecke bleiben.

Liberalisierungserfolge im ÖPNV?

Gegen einen Wettbewerb im Öffentlichen Personennahverkehr ist zunächst grundsätzlich kaum etwas einzuwenden. Wo bislang die Deutsche Bahn AG im Bereich des schienengebundenen Regionalverkehrs mit veralteten Nahverkehrszügen, kundenunfreundlichen Taktzeiten und unzulänglichem Service den Regionalverkehr mehr schlecht als recht aufrecht erhalten hat, ist eine gewisse Genugtuung kaum zu verbergen, wenn neuerdings diese Strecken von privaten Eisenbahngesellschaften befahren werden, die mit nagelneuem rollenden Material und bes-

serer Vertaktung zeigen, dass Regionalverkehre auch attraktiv gestaltet werden können. Dennoch ist die Frage genauer zu beantworten, was und unter welchen Bedingungen der Wettbewerb im ÖPNV zu leisten im Stande ist, wenn es um Qualitätssicherung und Effektivität geht. Grundsätzlich sind dabei zunächst unterschiedliche Regulierungsformen zu unterscheiden, die auch die EU-Kommission bei ihrem Verordnungsentwurf vor Augen hatte, als sie sich für den „kontrollierten Wettbewerb“ entschied.

Dass Wettbewerb keineswegs zu Effizienzsteigerungen, Leistungsverbesserungen und Preissenkungen führen muss, zeigen vor allem die Erfahrungen mit der vollständigen Deregulierung, wie sie in Großbritannien unter Maggi Thatcher („Eisenbahn, das ist doch Marxismus.“) in 1985 eingeführt wurde. Durch die Abschaffung der bis dahin geltenden Preis- und Tarifbestimmungen sowie des Konzessionssystems für Busse wurde ein vollständig freier Marktzutritt bei gleichzeitiger Privatisierung der ehemals staatlichen Busunternehmen durchgesetzt.

Das Ergebnis der Thatcher-Reform war ein Debakel. Auch Befürworter einer Liberalisierung, wie die Deutschen Bank Research kommen angesichts der britischen Erfahrung zu einem vernichtenden Urteil: „Die Ergebnisse dieses unregulierten Wettbewerbs sind grundsätzlich negativ. Zwar stiegen zunächst die gefahrenen Buskilometer. Hauptgrund dafür war jedoch, dass auf einer Linie mehrere Unternehmen mit Kleinbussen Verkehrsleistungen anboten. Die insbesondere zu Beginn der Liberalisierung stark ausgeprägte Konkurrenz führte dazu, dass die Unternehmen erst gar nicht versuchten, Fahrpläne und Taktzeiten aufeinander abzustimmen, Umsteigemöglichkeiten wurden dadurch erheblich verschlechtert. Teilweise kam es dazu, dass sich Busse verschiedener Verkehrsunternehmen auf gleichen Strecken überholten. Insgesamt ist seit der Liberalisierung ein Rückgang der Fahrgastzahlen um etwa 20 bis 30 % zu verzeichnen. Gründe dafür sind das verschlechterte Angebot (häufige Fahrplanänderungen, weniger Umsteigemöglichkeiten, Einsatz veralteter Busse) sowie die zum Teil drastischen Preiserhöhungen (bis zu 45 %). Im Wettbewerb zum MIV mussten daher Marktanteilsverluste hingenommen werden. (...) Schließlich hat die Deregulierung zu einem erheblichen Konzentrationsprozess geführt, so dass der Markt heute nur noch von wenigen großen, international tätigen Unternehmen dominiert wird.“ (Deutsche Bank Research (Sonderbericht): Öffentlicher Personennahverkehr auf dem Weg in den Wettbewerb, 1/2001, S. 35). Die Erfahrungen mit der ÖPNV-Liberalisierung in Großbritannien dürften ein Grund mit dafür sein, dass der Kampf des Londoner Bürgermeister Ken Livingstone gegen die dort von der Blair-Regierung beabsichtigte Teilprivatisierung der Londoner U-Bahn von über 80 % der Londoner Bürger unterstützt wird (Guardian, 28.02.2001)

Eine andere Wettbewerbsvariante stellt der Ansatz dar, den Wettbewerb nicht auf sondern um den Marktzutritt herzustellen („kontrollierter Wettbewerb“). Diesen Weg sind in den letzten Jahren vor allem die skandinavischen Länder gegangen. So werden in Schweden seit der 1989 in Kraft getretenen Transportreform die Verkehrsleistungen durch ein Ausschreibungsverfahren vergeben. Vom Konzept her wird die Kontrolle des Aufgabenträgers dadurch sicher gestellt, dass er die Qualitätsanforderungen festlegt und ihre Einhaltung überwacht. Eine Privatisierung der Verkehrsunternehmen wurde in Schweden nicht gesetzlich vorgeschrieben. Die schwedischen Erfahrungen sind widersprüchlich. So wird einerseits von Verbesserungen des verkehrlichen Angebo-

Dr. Arno Brandt, Jahrgang 1955, Hannover, Ökonom,
Vorsitzender des Aufsichtsrates üstra AG
Wilhelm Lindenberg, Jahrgang 1952.. Hannover, Arbeitsdirektor der üstra AG

tes und des Services der Verkehrsunternehmen im ländlichen Raum berichtet (Deutsche Bahn Research, s. o., S. 36). Für den Großstadt-ÖPNV Stockholms, der nahezu die Hälfte der Fahrgastzahlen des gesamten ÖPNV Schwedens umfasst, werden aber selbst von prinzipiellen Befürwortern der dortigen Marktöffnung erhebliche Probleme eingeräumt. Berichtet wird, dass die durch das Ausschreibungsverfahren begünstigte starke Fokussierung auf Aufwandsminimierung und optimalen Ressourceneinsatz zu einer sinkenden Rentabilität im ÖPNV geführt habe. „Qualität und Kundenbedürfnisse blieben hier oft auf der Strecke“ (L. Nordstrand, J. A. Kraft: Entwicklung neuer Verkehrsverträge in Stockholm, in *Nahverkehrspraxis*, 12/2000). Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass nur die großen etablierten Verkehrsunternehmen vom neuen System profitierten und kleine Unternehmen als Anbieter keine Chancen sahen, am Ausschreibungsverfahren teilzunehmen. „Der Einzug auch internationaler Verkehrsunternehmen in den Stockholmer Nahverkehrsmarkt hat zum einen zu einer größeren Vielfalt und Kreativität, zum anderen aber auch zu kulturellen Umbrüchen geführt. Fehlendes Verständnis für schwedische Unternehmenskultur, Gesetzgebung und Politik war die Ursache für Auseinandersetzungen und Protestaktionen in der ÖPNV-Branche“ (Eben da, S. 34). Von einer deutlichen Verbesserung des ÖPNV auf dem Wege der Einführung des „kontrollierten Wettbewerbs“ kann auf Grund der Stockholmer Erfahrungen jedenfalls keine Rede sein. Diese ernüchternde Feststellung gilt weitgehend auch für den ÖPNV in Kopenhagen, der nach erfolgter Liberalisierung gründlich in Unordnung gebracht wurde.

Der Entwurf der EU-Kommission und seine Folgen

Auf Grund der miserablen Erfahrungen mit dem britischen Modell denkt in Europa offenkundig niemand mehr an seine Wiederholung. Insofern plädiert auch die EU-Kommission in ihrem Verordnungsentwurf für die Einführung eines „kontrollierten Wettbewerbs“, der für den jeweiligen Geltungsbereich die Ausschreibung von ÖPNV-Dienstleistung vorsieht. Nach Zuschlag werden dem Betreiber zeitlich befristete und räumlich begrenzte Ausschließlichkeitsrechte einräumt. Ausdrückliches Ziel der Initiative der EU-Kommission ist die Sicherstellung eines besseren Preis/Leistungs-Verhältnisses und eine bessere Qualität der Dienste im Öffentlichen Verkehr (EU-Kommission: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen der Mitgliedsstaaten im Zusammenhang mit gemeinwirtschaftlichen Anforderungen und der Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verträge für den Personenverkehr auf der Schiene, der Straße und auf Binnenschiffahrtswegen, Brüssel, 26.07.2000). Als weitere Ziele werden der diskriminierungsfreie Zugang zum Markt, die Harmonisierung wettbewerbsorientierter Verfahren und die Herstellung von Rechtssicherheit hinsichtlich der Rechte und Pflichten von zuständigen Behörden und Verkehrsbetreibern genannt.

Der Entwurf verpflichtet zur Vergabe gemeinwirtschaftlicher Verträge auf der Grundlage eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens. Die Laufzeit der Verträge wird auf maximal fünf Jahre begrenzt, kann jedoch in Ausnahmefällen (z. B. bei längerer Amortisationsdauer der Investitionen) verlängert werden. Darüber hinaus sieht der EU-Verordnungsentwurf Ausnahmeregelungen vor, die die Bedingungen definieren, unter denen eine Direktvergabe ohne Ausschreibung erfolgen kann (z. B. nationale Sicher-

heitsstandards, prohibitive Koordinierungskosten und so genannte „integrierte Verkehrsdienstleistungen“).

Auch wenn der Verordnungsentwurf der EU-Kommission noch nicht beraten ist, sind bereits jetzt einige Konsequenzen absehbar, die für den bundesdeutschen ÖPNV zumindest in den Großstadtregionen, in denen kommunale Verkehrsunternehmen vorherrschen, keineswegs nur positiv zu sehen sind:

Zu befürchten ist, dass große ausländische Verkehrsunternehmen über einen harten Preiswettbewerb auf den deutschen ÖPNV-Markt drängen und dort die überwiegend mittelständisch organisierten privaten und kommunalen Verkehrsbetriebe auszuschalten versuchen. Soweit dies gelingt, ist perspektivisch eher mit oligopolistischen Strukturen auf dem deutschen ÖPNV-Markt zu rechnen, die eher auf eine Preissetzungsmacht der großen privaten Anbieter hinauslaufen (Der Städtetag, 9/2000, S. 11).

Zu Qualitätsverbesserungen wird es zumindest im ÖPNV vieler Großstadtregionen kaum mehr kommen. Ganz im Gegensatz zu den gelegentlichen „Schlechtleistungen“ der Deutschen Bahn AG im Bereich ihrer Regionalverkehre hat der ÖPNV in den meisten Großstadtregionen relativ hohe Qualitätsstandards erreicht. Ein Anstieg der Dienstleistungsqualität, wie er z.T. bei der Privatisierung ehemaliger DB-Strecken beobachtbar war, ist hier kaum zu erwarten.

Ob weitere Verbesserungen durch das Wettbewerbsverfahren möglich sind, wird vor allem von den kommunalen Aufgabenträgern im ÖPNV abhängen, denen es in Zukunft zusteht, die von ihnen erweiterten Qualitäten im Ausschreibungsverfahren zu spezifizieren. Zum anderen wird es darauf ankommen, wie gut es den kommunalen Aufgabenträgern gelingt, die Einhaltung von Qualitätsstandards künftig zu überprüfen. Die Komplexität des Großstadt-ÖPNV, die aufgrund der vielschichtigen Dienstleistungsqualitäten und starker Netzwerkeffekte nicht mit dem Nahverkehr im ländlichen Raum zu vergleichen ist, erweist sich in dieser Hinsicht als sperrig. Zumindest dürfte nicht von der Hand zu weisen sein, dass

Zu befürchten ist, dass große ausländische Verkehrsunternehmen auf den deutschen ÖPNV-Markt drängen und dort die überwiegend mittelständisch organisierten privaten und kommunalen Verkehrsbetriebe auszuschalten versuchen.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Vertragslücken und Interpretationsspielräume für erheblichen Konfliktstoff im Auftraggeber-Betreiber-Verhältnis sorgen werden. Die Erfahrungen in Stockholm und Kopenhagen sprechen hier Bände. Darüber hinaus lassen Erfahrungen aus dem Bereich des von der Deutschen Bahn AG betriebenen regionalisierten Nahverkehrs Zweifel aufkommen, ob eine effektive Kontrolle gewährleistet werden kann. Bei beanstandeten Sollabweichungen werden z. B. oftmals monetäre Sanktionen verhängt, die keineswegs zwingend zu Qualitätsverbesserungen führen.

Die Verlierer der EU-Neuregelung werden vor allem die Beschäftigten in den kommunalen Unternehmen sein. Schon jetzt ist absehbar, dass erhebliche Abstriche an den sozialen Besitzständen vorgenommen werden. Dies betrifft in Zukunft nicht nur neu einzustellende Mitarbeiter, die deutlich reduzierte Einstiegsgehälter hinnehmen müssen, sondern auch die bislang beschäftigten ÖPNV-Mitarbeiter. So zeigt der vor dem Hintergrund der erwarteten Liberalisierung von der nordrhein-westfälischen Gewerkschaft ötv ausgehandelte Spartentarifvertrag „Nahverkehr“, dass durch den neuen Tarifvertrag zwar zu keine Eingriffen in

Es werden Zweifel laut, dass die von der EU-Kommission erwartete Effizienzsteigerung bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung durch die Einführung des „kontrollierten Wettbewerbs“ tatsächlich in den Großstadtregionen gelingen wird.

die Besitzstände bei den Löhnen und Einkommen der Beschäftigten in den Nahverkehrsbetrieben zu erwarten sind, gleichwohl aber auch auf diese auf Grund des so genannten „Konsolidierungsbeitrages der Altbeschäftigten“ unbestreitbaren Belastungen zukommen (Dass es bei zunehmendem Wettbewerb im ÖPNV zu einer Nivellierung der

Einstiegsgehälter kommen muss, ergibt sich aus der Tatsache, dass die ötv in der Vergangenheit in den privaten und öffentlichen Segmenten für die gleiche Arbeitsleistung im Niveau sehr verschiedene Flächentarife abgeschlossen hat. Auf Grund der sehr verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationsgrade in den kommunalen und privaten Nahverkehrsbetrieben wird es ihr nicht gelingen, den für die Arbeitnehmer günstigsten Tarifvertrag überall zur Anwendung zu bringen).

Vor diesem Hintergrund werden Zweifel laut, dass die von der EU-Kommission erwartete Effizienzsteigerung bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung durch die Einführung des „kontrollierten Wettbewerbs“ tatsächlich in den Großstadtregionen gelingen wird. Statt einer grundsätzlichen Ausschreibungspflicht halten manche Kommunalpolitiker

es für angemessener, wenn den Aufgabenträgern im ÖPNV die Wahl zwischen Eigenfertigung und Fremdbezug selbst überlassen bliebe. So besteht auch Städtetagspräsident Hajo Hoffmann darauf, dass die Städte auch künftig eigenverantwortlich darüber entscheiden können, ob sie die Verkehrsdienstleistungen selber erbringen oder vergeben wollen (Eben da, S. 11).

Was nun?

Beobachter aus der ÖPNV-Szene gehen davon aus, dass die Einführung des „kontrollierten Wettbewerbs“ kaum noch zu verhindern sein dürfte. In den laufenden Verhandlungen geht es daher primär um Verbesserungen des Entwurfs in Hinblick auf einzelne verfahrenstechnische Modalitäten und insbesondere um Fristen. Der Verband der kommunalen Verkehrsunternehmen VDV fordert in diesem Zusammenhang u.a. eine Übergangsfrist von mindestens acht Jahren und eine Festschreibung marktinitiiert und behördeninterner Verkehrsdienstleistungen. Von der Gewerkschaft ötv wurde in einer „Berliner Erklärung“ verlangt die Ausschreibungspflicht nur auf Fremdleistungen zu beschränken, den steuerlichen Querverbund aufrecht zu erhalten und ebenfalls eine achtjährige Übergangsfrist zu gewährleisten. Dass diese Stimmen im europäischen Raum weitgehend Gehör finden, muss allerdings mit Skepsis betrachtet werden. Am ehesten dürfte noch Fristverlängerungen durchsetzbar sein. Bei der Umsetzung der absehbaren EU-Verordnung ist zudem die Einhaltung einer weiteren Minimalbedingung unerlässlich: Zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping ist bei Ausschreibung die Vorgabe von tarif- und arbeitsrechtlichen Standards zwingend vorzusehen. Der Verzicht auf entsprechende Regelungen würde lediglich den Preiswettbewerb weiter anheizen und bei den Beschäftigten der Nahverkehrsbetriebe einen sozialen Flurschaden anrichten, der zu unübersehbaren politischen Folgen führen könnte.

Welche Konsequenzen sich am Ende für die kommunalen ÖPNV-Unternehmen ergeben, wird nicht zuletzt auch davon abhängen, ob es ihnen gelingt, sich neu aufzustellen und im Wettbewerb mitzuhalten. Gerade darum setzen fast alle Beteiligten aus dem kommunalen Sektor auf die Verlängerung der Übergangsfristen bei der Einführung von Ausschreibungsverfahren. Die Anstrengungen der kommunalen ÖPNV-Unternehmen gehen derzeit dahin, sich einerseits durch Umstrukturierungsmaßnahmen und qualitativen Verbesserungen auf der Angebotsseite neu zu positionieren. Andererseits werden verstärkt in Form von kommunalen Verbänden oder Public Private Partnerships Kooperationspartner gesucht, um die Größennachteile gegenüber den starken ausländischen Anbietern auszugleichen. Einen relativ spektakulären Ansatz verfolgt in diesem Zusammenhang das hannoversche Verkehrsunternehmen üstra AG, das im Rahmen seiner jüngst gegründeten Tochter Intalliance AG eine Kooperation mit der Deutsche Bahn Tochter DB Regio einzugehen beabsichtigt. Über die Intalliance sollen in Zukunft sowohl die Bus-, Stadtbahn- und S-Bahnverkehr in Hannover als auch territoriale ÖPNV-Dienstleistungen erbracht werden. Die üstra AG verspricht sich dadurch insbesondere den Aufbau einer Marktposition, mit der sie in der Lage ist, den Druck oligopolistischer Anbieter aus dem EU-Raum stand zu halten. Bis die Intalliance in der beabsichtigten Form steht, sind noch eine Vielzahl ungeklärter Fragen zu beantworten. In Zukunft wird es jedenfalls auch für die üstra AG ein steiniger Weg sein, um sich unter den neuen Rahmenbedingungen als kommunales Unternehmen zu behaupten. spw



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Europäische Städte und Regionen sind in den letzten beiden Jahrzehnten in verschiedene, sehr tiefgreifende Umstrukturierungsprozesse eingebunden gewesen, die grundsätzlich Neuansätze für die städtische Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie für die städtische Entwicklungsplanung nach sich gezogen haben. Hintergrund hierfür sind ökonomische Veränderungen als auch veränderte Argumentationsmuster, wonach Städte als Unternehmen aufzufassen sind, die miteinander im Wettbewerb stehen. Der Beginn dieser Veränderungen in den 70er Jahren weist darauf hin, dass sie mit der nachlassenden Fähigkeit der Nationalstaaten in Verbindung zu bringen sind, Arbeitsmarktkrise, Wohlstandssteigerung und Verteilungsgerechtigkeit durch ein keynesianisches Nachfragemanagement zu bewältigen.

In den Nachkriegsjahren führte die expansive Wirtschaftsentwicklung gekoppelt mit staatlichen Steuerungsmaßnahmen zu überdurchschnittlichen Wachstumsraten in den Verdichtungsräumen. Im Kontext der Raumordnungspolitik wurde Städten die Funktion von Oberzentren zugewiesen, die wichtige öffentliche und private Einrichtungen für die Stadtregion und ein erweitertes Umland zu garantieren hatten. In diesem hierarchisch gestuften System entstand ein Wettbewerb zwischen Städten höchstens um die äußere Grenze zu benachbarten Oberzentren, aber nicht um die Qualität und Quantität der Ausstattung, die in der jeweiligen Zentralitätsebene mehr oder weniger gleich gut befasst sein sollte. Städtische Akteure konnten sich in diesem Zusammenhang auf die Abarbeitung staatlicher Vorgaben, die Garantie infrastruktureller Vorleistungen und die Umverteilung sozialer Transferleistungen beschränken.

Diese Situation änderte sich mit der Globalisierung wirtschaftlicher Aktivitäten und einem Legitimitätsverlust des keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Staatstypus. Städte sind inzwischen seit mehr als zwei Jahrzehnten mit einem latenten Abwanderungsdruck scheinbar oder tatsächlich standortunabhängiger Unternehmen konfrontiert bei gleichzeitig ansteigender Arbeitslosigkeit und Notwendigkeit zu sozialen Transferzahlungen. Diese neuen Anforderungen werden ergänzt durch die Transformation von Städten – je nach ihrer Position in der Städtehierarchie – zu Knotenpunkten in der Organisation, dem Management und der Kontrolle überregionaler bzw. transnationaler Produktions-, Verkehrs- und Handelsbeziehungen (Sassen 1991, 1996, Castells 1989, Knox 1995). Einerseits sind sie damit wichtige Zentren, möglicherweise sogar die Motoren und Vorreiter der sich herausbildenden globalen Welt(un)ordnung. Städte übernehmen Knotenfunktionen, die gleichermaßen die Bündelung internationaler Finanz-, Handels- und Informationsströme und die transnationale Steuerung und Kontrolle in Konzernzentralen durch unternehmensorientierte Dienstleistungen betreffen. Andererseits nehmen die sozioökonomischen Disparitäten in den Großstädten gemessen in Kategorien des verfügbaren Einkommens, der beruflichen Situation und sozialen Stellung der Bewohner zu. Städte zumal Großstädte sind gegenwärtig von verstärkten Tendenzen der Segregation, sozialen Ausdifferenzierungen und lokalen Problemverdichtungen geprägt.

Diese Herausforderungen zusammen mit den zunehmenden finanziellen Restriktionen in den Städten bewirken gegenwärtig einen Zwang zur permanenten Attraktivitätssteigerung der Stadt als Standort. Städte werden inzwischen sowohl von städtischen Akteuren als auch in der Wissenschaft nicht mehr länger als Orte der „kollekti-

Unternehmen Stadt zwischen neuen Governanceformen und Sicherheitspolitik

Vom Ende der Stadt als staatlicher Veranstaltung

Von Susanne Heeg

ven Konsumtion“ (Castells 1977) gesehen, sondern als „Unternehmen Stadt“ (Harvey 1989, Mayer 1990).

Unternehmerische Stadt

Der Übergang zu einer unternehmerischen Stadtpolitik hängt mit Interpretationen zusammen, wonach eher wettbewerbsfördernde als sozial umverteilende Maßnahmen eine Antwort auf die gegenwärtigen städtischen Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit, industrielle Abwanderungen und Haushaltsrestriktionen darstellen. Demnach müssen Städte und Regionen, wenn sie den Konsequenzen einer Arbeitsmarkt- und Haushaltskrise entkommen wollen, ihre ökonomischen Strategien, Institutionen, Formen der Governance und des Staates ändern. Gefordert werden stärker „proaktive Strategien“ zur Förderung der städtischen bzw. stadtreionalen Wettbewerbsfähigkeit angesichts eines verschärften internationalen Standortwettbewerbs um mobile Investitionen. Dabei lässt sich feststellen, dass der Ansatz der unternehmerischen Stadt plausibel im gesellschaftlichen Diskurs verankert wurde: In den dominanten politischen Strömungen – neoliberal, staatsorientiert bis hin zu neokorporatistisch – besteht inzwischen eine Einigkeit über die Notwendigkeit von Initiativen endogener regionaler Wirtschaftsentwicklung. Was diese sehr unterschiedlichen Initiativen eint, ist der Versuch, ökonomische und extra-ökonomische Faktoren, die die regionale bzw. urbane Wettbewerbsfähigkeit verbessern soll, neu zu kombinieren. Nach Bob Jessop werden diese Bemühungen reflektiert „in diverse policies to promote permanent innovation, an enterprise culture, and labour market flexibility as well as to subordinate social policy more generally to the perceived imperatives of international competition.“ (Jessop 1997a: 37)

Die Plausibilität des Diskurses über die unternehmerische Stadt hängt eng mit einem parallelen Diskurs über ein neues Raumverhalten der Ökonomie zusammen.

Städte werden inzwischen sowohl von städtischen Akteuren als auch in der Wissenschaft nicht mehr länger als Organisationen der „kollektiven Konsumtion“ gesehen, sondern als „Unternehmen Stadt“.

Susanne Heeg ist wissenschaftliche Assistentin am Institut für Geografie an der Universität Hamburg.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Während wirtschaftliche Aktivitäten in den Nachkriegsjahren im Kontext von Nationalstaat und seinem wirtschaftlichen Management, Regulation und Governance verortet wurde, so wird gegenwärtig der Globus und die Region zu einem „natürlichen“ Terrain der Ökonomie. Die Stadt/Region als räumliche Basis einer unternehmerischen Lernfähigkeit setzt dabei eine Vernetzung zwischen innovativen Unternehmen, Forschungskapazitäten und weiteren

regionalen Multiplikatoren voraus. Damit ist die Gestaltung der urbanen institutionellen und infra-strukturellen Ausgangsvoraussetzungen ein zentraler Bestandteil einer neuen modernen Stadtpolitik.

Insofern umfasst der Übergang zu einer unternehmerischen Stadt weitreichende

Veränderungen in der städtischen Politik mit entsprechenden Diskursen, Formen der Problemverarbeitung, neuer Aufgabenwahrnehmung und strategischen Orientierungen der beteiligten Akteure.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, zentrale Reorientierungen, die mit der unternehmerischen Stadt im Zusammenhang stehen, anhand von drei Punkten zu umreißen. Diese Punkte sind nur drei unter einer ganzen Bandbreite, die eine Veränderung städtischer Politik aufzeigen. Notwendig ist jedoch anhand der Breite des Themas und der Knappheit an Platz eine Begrenzung auf charakteristische Beispiele.

Neue Governanceformen

Während in der Nachkriegszeit korporatistische Verhandlungsformen der politischen Interessenvermittlung überwogen, die stark auf der Trennung zwischen Markt und Staat aufbauten, so dominieren inzwischen Aushandlung zwischen privaten, semi-öffentlichen und öffentlichen Akteuren und Institutionen. Diese Aushandlungen werden vermittelt durch Netzwerke, Allianzen, Kooperationen und dem Aufbau von Partnerschaften zwischen wichtigen privaten und öffentlichen regionalen Akteuren. Während formale Organisationsweisen ein strukturierendes Prinzip vorheriger Verhandlungssysteme waren, so sind Entscheidungen inzwischen nicht mehr majoritär oder hierarchisch durchsetzbar, sondern setzen horizontale, häufig informelle Aushandlungen voraus, in der durch

gemeinsame Analyse- und Entscheidungsprozesse die Grundlage für Handlungen geschaffen werden.

Staatliche Aktivitäten zielen in diesem Zusammenhang auf die Freisetzung von unternehmerischer und privater Flexibilität und beinhalten eine Mediation zwischen verschiedenen Akteuren. Nach Peter Strieder, dem Berliner Senator für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie ist das „traditionelle Interventions-Instrumentarium des Staates [...] nicht mehr in der Lage, die ökonomischen, sozialen und technologischen Probleme der Gesellschaft zu lösen... Moderne Politik muß sich von etatistischen Denkmustern lösen und zum kooperativen Akteur in den Netzwerken aus Politik, Wirtschaft und Interessensgruppen werden. Politische Führung erwächst über die kompetente Wahrnehmung der ordnungspolitischen Gewährleistungsverantwortung.“ (Strieder 1997: 4) Stadtpolitik und -politik soll durch ein flexibles Stadtmanagement ersetzt werden, dessen Aufgabenbereich eher Dienstleistungen für private Akteure und Unternehmen, Organisation von konsensualen Abstimmungsprozessen und Servicemaßnahmen umfasst. Insofern zielen die Veränderungen auf eine Stärkung der Privatinitiative und des Marktes bei einer gleichzeitigen Reduzierung staatlicher Tätigkeit auf vermittelnde Staatsfunktionen (Jessop 1997b).

Von der Mieter- zur Eigentümerstadt

Ein wichtiger Bestandteil einer „unternehmerischen Stadtpolitik“ ist der Versuch, die besitzende Mittelschicht und hochqualifizierte Bevölkerungsgruppen in den Städten zu halten. Wohnungspolitik beinhaltet in diesem Zusammenhang immer weniger Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus und seiner Bewirtschaftung, sondern einer Förderung des Erwerbs von Eigentum durch die Zurverfügungstellung von Baugrundstücken – häufig unter Marktwert – an Selbstnutzer, Gewährung steuerlicher Nachlässe (durch den Nationalstaat) und finanzieller Förderung etc. Ein Beispiel unter vielen ist dafür die Berliner Stadtentwicklungspolitik: „Die Planungspolitik der Stadt und auch die Planungspolitik des Landes Brandenburg haben es nicht mehr in der Hand, den Nachfragern und Bauträgern ihre Freiheiten zu beschneiden. Räumliche Steuerung in der Region muß über Preise und Kosten hergestellt werden. Wer Berliner in Berlin halten will, muss ihnen billiges Bauland und preiswerte Objekte in der Nähe ihrer bisherigen Wohnstandorte bieten. Alles andere ist Selbstbetrug und Illusion.“ (Pfeiffer 1997: 22) Das mit der Eigentumsförderung verbundene Ziel ist es, die steuerkräftige Mittelschichten an die Städte zu binden und damit gleichzeitig zur Lösung städtischer Tendenzen der Verwahrlosung als auch zur Attraktivitätssteigerung des Standortes beizutragen. Durch den privaten Besitz soll eine erhöhte Verantwortung für die Umgebung sicher gestellt werden und die Eigentümer eine Ordnungsfunktion im unmittelbaren öffentlichen Raum wahrnehmen. Zugleich sollen durch einen qualitativ hochwertigen Wohnungsbestand internationale Fachkräfte, und damit Unternehmen an die Städte gebunden werden.

Dieser Versuch der Herstellung einer „qualifizierten städtischen Öffentlichkeit“ ist jedoch nicht nur ein Ziel der Wohnungspolitik, sondern lässt sich auch bei der Sicherheitspolitik als auch der Festivalisierung der Stadtpolitik verfolgen.

Sicherheitspolitik

Mit dem Übergang zum „Unternehmen Stadt“ wird auch eine Solidarität administrativen Typs (Lipietz 1991), die von

Insofern zielen die Veränderungen auf eine Stärkung der Privatinitiative und des Marktes bei einer gleichzeitigen Reduzierung staatlicher Tätigkeit auf vermittelnde Staatsfunktionen.

der Stadt als paternalistischer Verteilungsagentur ausgeführt wird, abgelöst. Stattdessen herrscht inzwischen ein Bild der Stadt als internationaler Wirtschaftsstandort vor, in dem es notwendig ist, öffentliche Leistungen zu kommerzialisieren und kommunale Verwaltung in Richtung einer „lean administration“ mit dem Bürger als Kunden umzustrukturieren. Der Versuch zum Umbau des städtischen Raums in Richtung einer urbanen Dienstleistungsmetropole mit kontrollierten Erlebnis- und Konsumräumen konstituiert Stadt dabei verstärkt als ein umkämpftes Terrain (spacelab 1997). Es geht um die Herstellung und Kontrolle hochwertiger Stadtviertel und Konsumtionsräume, in denen diejenigen ausgeschlossen werden, die nicht in das Normalitätskonzept des Marktbürgers und Konsumenten hineinpassen.

Territoriale Kontrollstrategien beziehen sich dabei vor allem auf die innenstadtnahen Räume, die die Visitenkarten der Stadt darstellen sollen. Verschiedene Submilieus, für die Innenstädte wichtige Aufenthalts-, Anlauf- und Reproduktionsräume darstellen, passen nicht mit Vorstellungen einer aufgewerteten Einkaufs-, Erholungs- und Bürozone zusammen und sind zunehmend Maßnahmen zur Vertreibung ausgesetzt. In vielen deutschen Großstädten haben sich Allianzen aus Geschäftsleuten und städtischer Verwaltung etabliert, die die Überwachung innenstadtnaher Räume und die Selektion ihrer Nutzer übernehmen. Volker Eick konstatiert bei dieser Entwicklung eine zunehmende Abgabe staatlicher Ordnungs- und Kontrollbefugnissen an einen Mix von staatlich-privaten Akteuren mit unklaren rechtlichen Normierungen und Zuständigkeiten (Eick 1998). Diese Form der Kontrolle sichert Räume und reguliert Situationen, indem sichtbare Erscheinungsformen städtischer Armut und damit Irritationen für Konsumenten ausgeschlossen werden.

Festivalisierung der Stadtpolitik

Eine andere Maßnahme im Zusammenhang mit einer unternehmerischen Stadtpolitik ist der Versuch, über Großereignisse auf den Standort Stadt aufmerksam zu machen (z.B. Expo, Olympiade, Loveparade etc.). Ziel ist in der Regel durch die Konzentration der Ressourcen, die Mobilisierung regionaler/städtischer Kräfte und die Umsetzung neuer administrativer Arbeitsweisen und Strukturen an regionaler Bekanntheit zu gewinnen, potenzielle Investoren zu bündeln und öffentliche Gelder einzuwerben (Selle 1992). Charakteristisch ist die Organisation der Veranstaltung durch öffentlich-private Entwicklungsgesellschaften, die die gebündelte Umsetzung durch eine Handgarantieren sollen. Diese Public-Private-Partnerships sind ein Ausdruck für den Übergang zu neuen Governanceformen, bei denen durch die Beteiligung wichtiger privater Akteure mehr Privatinitiative und eine breitere Beteiligung möglich gemacht werden soll. Im Unterschied zu früheren Großprojekten z.B. im sozialen Wohnungsbau weisen die heutigen Großprojekte kaum noch eine Orientierung an einer Verbesserung der Lebensverhältnisse als vielmehr eine Orientierung an internationalem Standortmarketing auf. Hinzu kommt, dass diese quasi-privaten Organisationen öffentlicher Kritik nur schwer zugänglich sind.

Ausblick: neokeynesianische oder neoliberale Stadtstrategien

Insgesamt steht unternehmerische Stadtpolitik damit für eine internationale Orientierung und Entformalisierung bzw. Entstaatlichung politischer Verhandlungsformen. Die entsprechenden Akteure verstehen ihre Stadt nicht mehr

als ein Bestandteil eines nationalen Raumsystems als vielmehr als ein Knotenpunkt globaler Kapital- und Informationsflüsse. Der Anspruch staatlicher bzw. politischer Akteure ist häufig nicht mehr die Regulierung gesellschaftlicher Umstände, sondern allenfalls die Mediation zwischen verschiedenen Interessen. Ziel ist es, Eigeninitiative bzw. marktliche Selbstheilungskräfte freizusetzen und den Standort Stadt aufzuwerten, um eine international wirksame Standortattraktivität zu erlangen; gleichzeitig werden damit verstärkt Auseinandersetzungen um die Nutzungs- und Aneignungsweisen städtischer Räume hervorgerufen.

Jamie Peck und Adam Tickell (1992) argumentieren, dass obwohl unternehmerische Städte versuchen, mit ihren lokalen/regionalen Eigenheiten als Standortfaktor zu werben, sie sich in ihrer Politik immer weiter angleichen. Trotz aller Versuche, regionale Wettbewerbsbedingungen zu gestalten, bleibe die Wettbewerbsfähigkeit, die dadurch erreicht werden kann, relativ. Das Abstraktum der von den Konkurrenten gesetzten Standards heizt demzufolge immer wieder zu neuen Rennen an. Soweit institutionelle Rahmenbedingungen auf überregionaler Ebene fehlen, können städtische Institutionen jedoch nur im begrenzten Rahmen autonom handeln, da sie externen Wettbewerbszwängen unterworfen sind. Insofern stellt die auf regionaler Ebene erreichte Modernisierung und Innovationsfähigkeit nur ein positionelles, instabiles und transitorisches Gut dar (Altvater 1994).

Einen positiveren Ausblick unternehmen Adam Eisen-schitz und Jamie Gough (1998). Ihrer Meinung nach führt die zunehmende Bedeutung lokaler Wirtschaftspolitik zu einer Ausdifferenzierung der Regionen und Städte aufgrund ihrer unterschiedlichen sozialen Kräfteverhältnisse und Traditionen der Auseinandersetzung. Insofern ist damit die Gefahr eines generellen regulativen Niedergangs nicht gegeben. Vielmehr argumentieren sie, dass lokale Partnerschaften mehr Spielraum lassen für die Einbindung vielfältiger politischer, ökonomischer und sozialer Gruppierungen als noch die korporatistischen Verhandlungen auf der nationalen Ebene zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die lokalen Initiativen eröffnen vielmehr die Chance auf eine sozial inklusivere und offenere Politik als auf der nationalstaatlichen Ebene möglich. Tatsächlich sei der lokale Staat durch politische Auseinandersetzungen häufig gezwungen, keynesianische Politik des Nationalstaates in veränderter Form fortzuführen statt durch eine neoliberale, angebotsorientierte Politik zu ersetzen.

Um die Gefahren und Möglichkeiten von Handlungsmöglichkeiten auf städtischer Ebene grundsätzlich einschätzen zu können, ist es jedoch notwendig, über die lokale Ebene hinauszugehen und lokale Veränderungen in den Kontext staatlicher Veränderungen zu stellen. Nationale Dynamiken sind für die institutionellen Restrukturierungen auf lokaler Ebene von großer Relevanz. Denn in Ländern, in denen national-staatliche Politikformen den selektiven Erhalt des sozialen Nachkriegskompromisses unterstützten (wie z.B. in Skandinavien oder Deutschland) sind auf lokaler Ebene sozial inklusivere Projekte möglich als in Ländern, in denen die sozialen Kompromisse der fordistisch-keynesianischen Ära für das nationale Territorium abgeschafft wurden (z.B. USA oder Großbritannien).

Insgesamt steht unternehmerische Stadtpolitik damit für eine internationale Orientierung und Entformalisierung bzw. Entstaatlichung politischer Verhandlungsformen.

Zur genaueren Bestimmung einer unternehmerischen Stadtpolitik ist es nötig, die lokale Pfadabhängigkeit lokaler Wirtschaftspolitik aufzuzeigen – dies impliziert nachzuvollziehen, wie lokale Politik in ein dynamisches, veränderliches und sozial umkämpftes Ensemble staatlicher Institutionen auf verschiedenen Ebenen (global, supranational, national, subnational und lokal) eingebunden ist (Brenner/Heeg 1999).

spw

Literatur

- Altwater, E. (1994): Operationsfeld Weltmarkt oder: Vom souveränen Nationalstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. In: Prokla 97, Jg. 20, Nr. 4, S. 517-547
- Brenner, N./Heeg, S. (1999): Lokale Politik und Stadtentwicklung nach dem Fordismus: Möglichkeiten und Beschränkungen. In: Kurswechsel Heft 2, S. 103-120
- Castells, M. (1977): The Urban Question. Cambridge
- Castells, M. (1989): The informational city: Information and the urban-regional process. Oxford
- Eick, V. (1998): Neue Sicherheitsstrukturen im neuen Berlin. „Warehousing“ öffentlicher Räume und staatlicher Gewalt. In: Prokla 110, 28. Jg., Nr. 1, S. 95 – 119
- Eisenschitz, A./Gough, J. (1998): Theorizing the State in Local Economic Governance. In: Regional Studies, Vol. 32, No. 8, pp. 759-768
- Harvey, D. (1989): From managerialism to entrepreneurialism: the transformation in urban governance in late capitalism. In: Geografiska Annaler, B, Vol. 71, No. 1, pp. 3-18
- Jessop, B. (1997a): The Entrepreneurial City. Reimagining localities, redesigning economic governance, or restructuring capital? In: Jewson, N./ MacGregor, S. (eds.): Realising cities. London

- Jessop, B. (1997b): Die Zukunft des Nationalstaates – Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Becker, S.; Sablowski, T. (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Hamburg
- Knox, P. (1995): World Cities and the Organization of Global Space. In: Johnston, R.J. et al. (eds.): Geographies of Global Change. Remapping the World in the Late Twentieth Century. Cambridge/Oxford
- Mayer, M. (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: Borst, R. et al. (Hg.): Das neue Gesicht der Städte. Theoretische Ansätze und empirische Befunde aus der internationalen Debatte. Basel/Boston/Berlin
- Mayer, M. (1994): Post-Fordist City Politics. In: Amin, S. (ed.): Post-Fordism: A Reader. Cambridge
- Peck, J.; Tickell, A. (1994): Searching for a New Institutional Fix: the After-Fordist Crisis and the Global-Local Disorder. In: Amin, A. (ed.): Post-Fordism. A Reader. Oxford
- Pfeiffer, U. (1997): Miete? Eigentum! In: Foyer Nr. 3, Jg. 7, Magazin der Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr. Berlin
- Sassen, S. (1991): The Global City: New York, London, Tokyo. Princeton
- Sassen, S. (1996): Metropolen des Weltmarktes. Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt am Main/New York
- Selle, K. (1992): Expo 2000. Ein Großprojekt als Mittel der Stadtentwicklung. In: Häußermann, H./Siebel, W. (Hg.): Festivalisierung der Stadtpolitik: Opladen
- Spacelab (1997): Macht und Raum. Zu postfordistischen Territorial- und Kontrollstrategien. In: Widersprüche (Sonderband mit Links) Nr. 66, S. 129-150
- Strieder, P. (1997a): Bühne der Stadt. Zum Wesen des öffentlichen Raumes. In: Stadtforum, No. 26, Berlin.

Regionalwirtschaftliche Ansätze in Dortmund – das dortmund-project

Von Steffi Gerszewski

Alle Städte betreiben Wirtschaftsförderung. Niemand würde dies bestreiten. Manche Wirtschaftsförderungen schneiden dabei besser ab, manche schlechter. Fokus und andere Magazine lassen sich gerne in Rankings darüber aus, wie gut und schnell Investoren in den Städten bedient werden. Schneidet die eigene Wirtschaftsförderung einmal nicht so gut ab, kann sie sicher sein, sich gegenüber der Politik verantworten zu müssen. Wirtschaftsförderung ist vor diesem Hintergrund eine Dienstleistung, die Betrieben geboten wird, um sie am Standort zu halten, sie an den Standort zu holen, oder auch um Betrieben in bestimmten Problemlagen Hilfestellung anzubieten.

Wirtschaftsförderung in Dortmund

Diese Form von Wirtschaftsförderung gibt es in Dortmund selbstverständlich auch. Sie stellt aber nur einen Teil

der wirtschaftsbezogenen Aktivitäten der Stadt dar. Der andere Teil der städtischen Aktivitäten ist besser beschrieben mit dem Begriff Wirtschaftspolitik.

Der Strukturwandel stellt für Dortmund eine enorme Herausforderung dar. Die Stadt Dortmund hat in den letzten 30 Jahre über 50.000 Arbeitsplätze verloren, vorwiegend in den „Führungsbranchen“ Kohle, Stahl und Bier. Andere Branchen, die für Dortmund eine gewisse Relevanz haben, ohne jemals standortprägend gewesen zu sein, wie beispielsweise die Versicherungen und Banken, bauen massiv Stellen ab.

Trotzdem hat das dortmund-project, das im folgenden vorgestellt wird, das Motto „Stärken stärken“.

Ein frühes regionalwirtschaftliches Engagement

In Dortmund waren es zu Beginn vor allem gewerkschaftliche Akteure und ihre Berater, die mit regionalwirtschaftlichen Konzepten versuchten den Strukturwandel zu meistern. Dies war häufig verbunden mit der Hoffnung, dass Arbeitsplätze und bestehendes Know-how erhalten bleiben, Qualifikationen nicht entwertet würden, wenn es gelänge, neue Wertschöpfungsbeziehungen für die ehemals im montanindustriellen Verbund arbeitenden Betriebe zu finden.

Es war häufig eine harte und wenig lohnenswerte Arbeit, da die betroffenen Betriebe oftmals zu große interne Schwierigkeiten hatten, um überhaupt für Beratung offen zu sein. Bei konzernabhängigen Betrieben kam hinzu, dass diese eine Willkür ausgesetzt waren, auf die die Betriebsleiter selber – ganz zu schweigen von den regionalen Akteuren – keinen Einfluss hatten.

Inzwischen wird in Dortmund – fußend auf derselben Theorie – auf ganz andere Branchen gesetzt, nämlich Informationstechnologie, Mikrostrukturtechnik und E-Logistik. Dass diese Branchen plötzlich in das Zentrum des öf-

Steffi Gerszewski, Mitglied der spw-Redaktion, lebt in Dortmund

ZUKUNFT DER STADT

fentlichen wirtschaftlichen Interesses rückten, mag verwundern. Eine Erklärung bieten die folgenden Ausführungen.

Clustertheorie...

Zunächst einmal zur Theorie: Regionalwirtschaftliche Ansätze im Schnittpunkt von Geographie und Wirtschaftswissenschaften sind nicht neu. Bereits 1919 hatte A. Marshall in seinem Werk „Industry and Trade“ den Begriff „industrial districts“ eingeführt für Regionen, in denen Betriebe der gleichen und/oder miteinander verflochtenen Branchen räumlich konzentriert auftreten. Das Ruhrgebiet war lange Zeit ein solches „industrial district“. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass man in Dortmund zuerst vor allem die Branchen betrachtet hat, die das Distrikt geprägt haben.

Marshall hat hier allerdings zunächst einmal nur beobachtet, keine Strategie entwickelt, wie ein solches Distrikt gefördert werden kann. An dieser Stelle setzte in den 90er Jahren der Ökonom Michael Porter an. Im Rahmen seiner Untersuchungen über das Zustandekommen nationaler Wettbewerbsvorteile stieß auch er auf regionale Konzentrationen von Branchenzusammenhängen, die er Cluster nennt. Für regionalwirtschaftliche Ansätze hat Porters Theorie zwei Schlüsselfunktionen: Zum einen bietet sie Anhaltspunkte zur Ermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge innerhalb einer Region und zur Überprüfung des Potentials bzw. der Zukunftsfähigkeit dieser Ansätze. Zum anderen leitet sich aus seinem systemischen Ansatz ein neues, erweitertes Verständnis von Industriepolitik ab, das neben den traditionellen Instrumenten einen erweiterten Instrumentenkasten zum Einsatz kommen lässt.

Porter stellte fest, dass räumliche Nähe eine wechselseitige Verstärkung der einzelnen Bestimmungsfaktoren des nationalen Wettbewerbsvorteils (dem er in erster Linie seine Aufmerksamkeit widmet) fördert, zu denen die Faktorbedingungen (beispielsweise Preis, Ausbildung und Verfügbarkeit von Arbeitskräften), die verfolgten Unternehmensstrategien, die Nachfragebedingungen und die Stärke verwandter Branchen und Zulieferindustrien gehören. Dieser Verstärkungsmechanismus kann dazu führen, dass es innerhalb eines Clusters zu einem Wirtschaftswachstum kommt, das deutlich über dem Branchendurchschnitt liegt. Clusterdynamik ist der dafür verwendete Begriff.

... und Clusterpraxis

Mit diesen Überlegungen in der Hand ist in Dortmund McKinsey angetreten mit dem Auftrag, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt durch den Aufbau von Wachstumsclustern zu stärken.

Zahlreiche Dortmunder Akteure wie die Wirtschaftsförderung, die Kammern, das Arbeitsamt, die Gewerkschaften, die Hochschulen und Vertreter von Branchenverbänden entwickelten gemeinsam mit McKinsey und dem Auftraggeber ThyssenKrupp in der Folge einen Zehnjahresplan, der genau festlegte, welche Branchen mit welchen Maßnahmen zu fördern seien, um bis zum Jahre 2010 in Dortmund 70.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt in einem solchen Maße zu steigern, dass in diesem Zeitraum die Bruttowertschöpfung je Einwohner von derzeit 45.000 auf 65.000 DM pro Jahr zunimmt.

Dabei soll der Anstieg der beiden Werte in den ersten fünf Jahren relativ gering sein. In ihrem 10 Jahres-Plan

gingen Berater und lokale Akteure davon aus, dass die Zeit bis 2005 dazu gebraucht wird, das Cluster so zu stärken, dass es zu einer selbsttragenden Clusterdynamik kommt.

Doch bereits heute meint man erkennen zu können, welche Branchen die Fähigkeit haben, ein solches Wachstum zu generieren.

Porters Analyseraster zielt darauf, Branchen zu identifizieren, die am Standort im Unterschied zu anderen Standorten eine Position besitzen, die man heute in der Börsensprache Unique Selling Position (USP) nennt. Diese besitzen sie dann, wenn möglichst viele der Bestimmungsfaktoren des nationalen Vorteils möglichst günstig für die Branche in der Region ausfallen.

In Dortmund konnte McKinsey für drei Branchen Vorteile ausmachen, die den Standort Dortmund von anderen Standorten unterscheiden.

Zum einen machte man in der IT-Branche Vorteile aus. Hier ist die Branche am Ort schon so stark, dass am Standort beispielsweise ein Klima aus Kooperation und Konkurrenz entstehen konnte, das die Branchendynamik fördert. Das Dortmunder Technologiezentrum, vor 15 Jahren in einer breiten gesellschaftlichen Initiative aufgebaut, hat sicherlich entscheidend zu diesem Klima beigetragen. Ausserdem ist Dortmund bundesweit der größte Ausbildungsstandort in der Informatik. Hinzu kommt, dass die Löhne für IT-Fachkräfte in Dortmund deutlich unter denen beispielsweise in München liegen. Die Faktorbedingungen sind an diesen beiden Stellen also für Dortmund günstig.

Vorteile sieht man auch für die Branche Mikrosystemtechnik (MST). Die Erzeugung kleinster Bauteile wie Motoren, Kameras etc. habe in Dortmund eine USP, weil kein anderer MST-Standort in Europa sowohl über Ausbildungsstätten und Forschungseinrichtungen als auch über eine größere Zahl von Unternehmen verfüge.

Inzwischen wird in Dortmund auf ganz andere Branchen gesetzt, nämlich Informationstechnologie, Mikrostrukturtechnik und E-Logistik.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Für die Branche E-Logistik sieht die Analyse ähnlich aus: Ein Logistik Lehrstuhl an der Uni sorgt für ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte, das Institut für Materialfluss und Logistik für den Wissenstransfer, die IT-Branche ist als verwandte Branche stark am Standort vertreten und zu guter letzt sind auch noch genügend Gewerbeflächen mit günstigen Verkehrsanbindungen vorhanden, von denen aus der Ballungsraum Ruhrgebiet mit Leistungen der E-Logistik versorgt werden kann.

Diese drei Branchen beschäftigten im Jahr 2000 zusammen bereits 28.000 Menschen.

Maßnahmenplan für Dortmund

In einem Maßnahmenplan legte man dar, was getan werden muss, um diese Branchen dauerhaft zu stärken. Damit war das dortmund-project geboren, dessen Aufgabe es ist, den vom Rat der Stadt beschlossenen Maßnahmenplan über die Jahre 2000 bis 2010 umzusetzen. Die Stadt greift dafür tief ins Geldsäckel. Jährlich stehen dem dortmund-project 10 Mio. DM zuzüglich Personalkosten zur Verfügung.

Der abzuarbeitende Maßnahmenplan steht auf fünf Säulen. Zum einen sollen Ansiedlung, Gründung und Wachstum von Unternehmen dieser Branchen gezielt gefördert werden. Hierzu werden beispielsweise Gründungswettbewerbe initiiert, die Gründern aus den genannten Branchen den notwendigen Support (vor allem bei der Erstellung eines Businessplans) bieten sollen. Ebenso wichtig ist der Aufbau sogenannter Inkubatoren, die den jungen

Unternehmen in der Anschlusphase Unterstützung bieten. Hier ist einerseits ein Dienstleistungsnetzwerk wichtig, das es dem Unternehmen ermöglicht, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, zum anderen muss Venture-Kapital zur Verfügung stehen, soll der Markt erfolgreich erschlossen und das eigene Unternehmen aufgebaut werden.

Außerdem bemüht man sich um die Ansiedlung von US-dotcoms, die kurz vor dem Börsengang stehen und vorher auf dem europäischen Markt vertreten sein sollten und von IT-Ausgründungen deutscher Konzerne, denen Dortmund das optimale Branchenumfeld bieten will.

Ein zweites Standbein ist die Flächenentwicklung. Führungsstandorte sollen so entwickelt werden, dass sie optimal auf die Bedürfnisse der neuen Führungsbranchen am Standort zugeschnitten sind. Auch im Rahmen des dritten Standbeins bemüht man sich um eine Verbesserung der Infrastrukturen. Hier sollen Projekte umgesetzt werden, die dafür Sorge tragen, dass gut qualifiziertes Personal in ausreichender Anzahl vorhanden ist. Eine Ausbildungseinrichtung im IT-Bereich ist schon aufgebaut worden, eine Personal-Service-Agentur, die sich um Personalakquise und –entwicklung für die Betriebe kümmern soll, befindet sich in Gründung. Bemühungen im Bereich der dualen Ausbildung werden ebenso angegangen wie eine Stärkung der Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen. Jede Maßnahme ist unterlegt mit einem Planziel, das sich ableitet aus den Planzielen der anderen Maßnahmen. Eine vierte Säule stellt die Öffentlichkeitsarbeit dar, auch vor dem Hintergrund, dass das Bild von Dortmund bisher nicht zu den Zielen der Stadt passt. Controlling stellt eine fünfte Säule dar. Hier gilt es zum einen, die Erfolge und Effekte des dortmund-project zu quantifizieren, zum anderen soll im Rah-

men des Controlling überprüft werden, ob die Richtung, die das Projekt eingeschlagen hat, noch die richtige ist.

Risiken regionalwirtschaftlicher Intervention

Alles in allem erscheint das dortmund-project als ein sauber strukturierter, erfolgversprechender Ansatz planvollen kommunalen Wirtschaftshandelns.

Trotzdem ist der Erfolg nicht vorprogrammiert. Im Rahmen des dortmund-project wird versucht, durch Investitionslenkung in bestimmte, erfolgversprechenden Branchen einen günstigen Einfluss auf das Wachstum dieser Branchen auszuüben, die Bestimmungsfaktoren des jeweiligen Wettbewerbsvorteils zu stärken. Als Kommune oder Region hat man allerdings nur Einfluss auf zwei der vier von Porter benannten Bestimmungsfaktoren: die Faktorbedingungen und die verwandten und unterstützenden Branchen. Sowohl die Nachfragebedingungen als auch die Unternehmensstrategien sind von der lokalen oder auch regionalen Ebene nur schwer zu beeinflussen. Für den Dortmunder Ansatz birgt diese Tatsache zahlreiche Gefahren. Was passiert beispielsweise, wenn die größtenteils klein- und mittelbetrieblich strukturierten Dortmunder Softwarefirmen von Konzernen aufgekauft werden, die das Unternehmen an ihren Stammsitz holen wollen? Wie werden die Projektlenker reagieren, wenn sich nicht bewahrheitet, dass Konzerne ihre IT-Töchter gerne räumlich ausgliedern wollen, die diesbezüglichen Ansiedlungsbemühungen also fehlschlagen? Was geschieht, wenn der Markt für Mikrosystemtechnik sich als viel kleiner als angenommen erweist, beispielsweise weil Krankenkassen nicht bereit sind, Behandlungen auf der Basis von Mikrosystemtechnik zu finanzieren (MST-Anwendungen finden sich häufig im medizinischen Bereich), aber schon Millionenbeträge in den Aufbau des Inkubators mit Reinstäumen und anderen kostenträchtigen Infrastrukturen geflossen sind?

Alternativen?

Obige Ausführungen haben gezeigt, dass eine Strategie wie die der Dortmunder nicht gefeit vor Fehlschlägen ist. Auch die Akteure in Dortmund wissen dies. Trotzdem investieren sie Geld und Arbeit in das Projekt, das nicht nur der Oberbürgermeister als das wichtigste seiner Amtszeit ansieht. Trotz eines Haushaltslochs von aktuell 160 Mio. DM werden die Ressourcen des dortmund-project nicht angetastet. Ihnen ist bewußt, dass ein Projekt wie das ihre eine Trumpfkarte ist, die viele Kommunen nie besitzen werden, auch wenn sie dies wollten.

Die Position Dortmunds ist – verglichen mit der beispielsweise von Städten des nördlichen Ruhrgebietes – absolut privilegiert. Jenseits der desolaten Lage der Kommunalfinanzen sind es hier ganz andere Gründe, die ein solch planvolles und kreatives Vorgehen niemals zulassen würden. Ein deutlich kleineres lokales Akteurspektrum dürfte nur schwerlich in der Lage sein, ein so umfassendes Projekt auf die Beine zu stellen. Ohne kreative und aktive Köpfe aus Hochschulen, Gewerkschaften, Kammern, Verbänden, Instituten etc. der Region fehlt es an Ideen, Personal und Lobby, um ein solches Projekt anzuschieben. Ohne eine Branchenstruktur, die gewisse Potentiale in sich birgt, wird es keine gezielten Brancheninvestitionen geben. In diesem Sinne strukturschwache Gebiete werden die Verlierer in dieser neuen Form des Standortwettbewerbs sein, die in sogenannten „newParks“, freien Produktionszonen, in denen weitgehend alles erlaubt ist „alles, was wir kriegen können“ (Vestische IHK) ansiedeln müssen, um in der Abwärtsspirale des interkommunalen Standortwettkampfs nicht ganz unten zu landen. spw

In ihrem 10 Jahres-Plan gingen Berater und lokale Akteure davon aus, dass die Zeit bis 2005 dazu gebraucht wird, dass Cluster so zu stärken, dass es zu einer selbsttragenden Clusterdynamik kommt.



Der Amtsantritt von Vojislav Kostunica als neuer jugoslawischer Präsident fand lediglich wenige Tage vor den Parlamentswahlen in Belarus statt. Dementsprechend interpretierten alle politischen Kräfte den jugoslawischen Machtwechsel durch das Prisma der einheimischen Ereignisse. So versuchte die belarussische Opposition Hoffnung für ihre eigenen politischen Chancen zu schöpfen und erweiterte ihre Demonstrationsslogans um die Losung „Heute Milosevic, morgen Lukaschenko“. Gleichzeitig versuchte sie den belarussischen Präsidenten, der im vergangenen Jahre Jugoslawien als Mitglied der belarussisch-russischen Union umworben und Milosevic während der NATO-Angriffe demonstrativ einen Besuch abgestattet hatte, durch das Gerücht, Milosevic werde in Belarus um Asyl nachsuchen, zu diffamieren. Präsident Lukaschenko erklärte seinerseits öffentlich, er werde niemals im Ausland Asyl erbeten, da er in seiner Heimat, wo er geboren sei, auch sterben wolle. Eine Wiederholung der jugoslawischen Ereignisse schloss er für Belarus aus.

Tatsächlich lassen sich auf den ersten Blick nur wenige Parallelen entdecken. Die dreizehnjährige Herrschaft Milosevics war durch eine gewaltsame Politik der ethnischen Homogenisierung und mehrere ethnopolitische Territorialkriege mit den Nachbarstaaten geprägt. Infolgedessen wurde der jugoslawische Machthaber als Kriegsverbrecher gebrandmarkt, Jugoslawien sogar aus der UNO und der OSZE ausgeschlossen. Ungeachtet dieses prinzipiellen Unterschieds lassen sich dennoch aus einer systematischen Analyse der Machtbasis von Milosevic, der Strategie der serbischen Opposition und des Einstellungswandels der Bevölkerung einige instruktive Anhaltspunkte für Szenarien des politischen Wandels in Belarus ermitteln.

Die Machtbasis von Milosevic

Slobodan Milosevics Aufstieg Ende der 80er Jahre verdankte sich einem Elitenwechsel innerhalb des kommunistischen Lagers, den der von ihm geleitete Bund der Kommunisten Serbiens vollzog. In der Folgezeit gelang es ihm, mit Hilfe von staatlicher Medienkontrolle, politischen Repressionen, Instrumentalisierung der Judikative und Bildung von Wirtschaftsklans de facto eine Einparteiensherrschaft aufzubauen. Die nationale Ideologisierung der Politik ermöglichte dabei eine weitgehend emotionale Mobilisierung der Wählerschaft. Durch ein Parteiengesetz mit einem äußerst einfachen Parteizulassungsverfahren wurde zudem die Zersplitterung der Parteienlandschaft begünstigt. Einflußreiche Gegenparteien konnten folglich kaum entstehen.

Darüber hinaus nutzte Milosevic das komplizierte Verhältnis von jugoslawischem und serbischem Recht zur Stabilisierung seiner Machtbasis. Auf den verschiedenen Verwaltungsebenen wurden unterschiedliche Wahlsysteme angewandt, wobei die Wahlgesetzgebung ständig verändert wurde. Insgesamt überwog die Anwendung eines Verhältniswahlrechts, das aufgrund seiner Anwendung in Wahlbezirken jedoch einem Mehrheitswahlrecht ziemlich nahe kam. Nicht eine der seit 1990 in Serbien bzw. Jugoslawien durchgeführten Wahlen wurde von der internationalen Staatengemeinschaft als frei und fair anerkannt. Gleichwohl war Milosevic aufgrund der Parlamentswahlergebnisse seit 1994 darauf angewiesen, Koalitionen mit anderen Parteien einzugehen, ohne das freilich seine reale

Der Fall Milosevics - ein Szenario für Belarus?

Belarussische Lektionen aus dem Machtwechsel in Jugoslawien

von Astrid Sahn

Machtfülle dadurch geschwächt worden wäre.

Die zentrale Machtgrundlage von Milosevic stellte somit - im Unterschied zu Lukaschenko - seine Stellung in der Sozialistischen Volkspartei (SNP) dar. Denn die Verfassung Jugoslawiens gibt dem Präsidenten nur begrenzte, weitgehend repräsentative Rechte. Die Kompetenzen des serbischen Präsidenten, dessen Amt Milosevic zwei Amtsperioden ausübte, sind zwar etwas größer: Insbesondere kann er während eines Krieges oder bei akuter Kriegsgefahr Funktionen der Nationalversammlung übernehmen und hat stets ein Vetorecht gegen Entscheidungen der Nationalversammlung. Auch hier sind die verfassungsmäßigen Rechte der Legislative jedoch eindeutig größer als im belarussischen Fall.

Die Strategie der Opposition

Die Zersplittertheit der serbischen Opposition stellte eine weitere Stütze der Herrschaft Milosevics dar. Da die meisten Oppositionsparteien zudem die Idee der Verteidigung des Serbentums als zentrales inhaltliches Anliegen von Milosevic übernahmen und diesen vor allem dann kritisierten, wenn er von seiner Parole „Alle Serben in einem Staat“ abzuweichen schien, vermochte die Opposition der Öffentlichkeit über Jahre kein alternatives Kultur- und Politikmodell anzubieten. Konsolidierungsversuche innerhalb des oppositionellen Lagers blieben zunächst ohne substantiellen Erfolg.

Gleichwohl bemühten sich die relevanten Oppositionskräfte seit 1994

Lukaschenko schloss eine Wiederholung der jugoslawischen Ereignisse für Belarus aus.

Dr. Astrid Sahn,
wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Mannheim.

Studien zu Subsistenz, Familie, Politik

Herausgegeben von Lars Lambrecht, Thomas Mies, Urte Sperling, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer

Neuerscheinung:**Band 2: Gesellschaft von Rom bis Ffm**
Ungleichheitsverhältnisse in West-Europa und die iberischen Eigenwege

Von Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl Hermann Tjaden

Mit einer Diskussion von Frigga Haug, Lars Lambrecht, Margarete Tjaden-Steinhauer und Karl Hermann Tjaden über Anfänge gesellschaftlicher Ungleichheit

Armut und Reichtum, Patriarchat und Ungleichstellung der Geschlechter, Staatsgewalt, Ohnmacht von Bürger/innen und Ausgegrenzte - das sind einige Stichworte zu den Ungleichheiten in verschiedenen Gesellschaften, die hier untersucht werden: im antiken Rom, in der fränkisch/deutschen Feudalgesellschaft, in unserer modernen deutschen Gesellschaft. Weiter werden Ungleichheiten in verschiedenen Gesellschaften auf der Iberischen Halbinsel betrachtet: in der Hispania Romana, im Westgotenreich, im muslimischen al-Andalus und im mittelalterlichen Kastilien. Es wird die These vertreten, daß in individuellen Lebenslagen ökonomische, familiale und politische Macht bzw. Ohnmacht zusammentreffen. Gesellschaftliche Ungleichheit tritt in vielen Schattierungen auf. Diese gehen aus ineinandergreifenden Verfügungsgewalten über Vermögen, Güter und Menschen und entsprechenden Verfügungsrechten hervor.

Kassel 2001, ISBN 3-934377-60-2, 464 S., gebunden DM 44,-

Band 1: Gesellschaft von Olduvai bis Uruk
Soziologische Exkursionen

Von Lars Lambrecht, Karl Hermann Tjaden, Margarete Tjaden-Steinhauer

Kassel 1998, ISBN 3-928172-82-4, 280 S., gebunden DM 34,-

Behandelt werden Subsistenzstrategie, Familie und Politik in den Anfängen menschlicher Gesellschaft in Ostafrika, in steinzeitlichen Gesellschaften in Kantabrien und in Anatolien sowie in frühen Ungleichheitsgesellschaften im Stiden Mesopotamiens.

Aus Rezensionen:

"[...] ist die gesamte Einleitung ein etwas ärgerlicher Text. [...] Liest man sich erst durch diese lange Disposition hindurch - sie umfasst mehr als 40 Seiten - kommt man zu einem spannenden und fast überfällig zu nennenden Unterfangen." *Frigga Haug in Das Argument 228, 1998*

"Als Auftakt der Reihe 'Studien zu Subsistenz, Familie und Politik' macht diese unspektakuläre, aber überzeugende Studie zur Entstehung gesellschaftlicher Ungleichheit jedenfalls neugierig auf weitere Forschungsergebnisse." *Franziska Meifert in Buch-Presse-Dienst 1/1999*

"Eine neue Lesart der Geschichte." *Franz Gligewicz in Z. 36, 1998*

"Die VerfasserInnen erschließen in dem vorliegenden Band einen Zugang zum Verständnis der Gesamtbewegung menschlicher Gesellschaften, indem sie einlinige Interpretationsmuster durch einen sowohl geographischen wie historischen Materialismus ersetzen." *Rolf Czeskleba-Dupont in Forum Wissenschaft 2, 1999*

"'Gesellschaft' wird hier konsequent als 'Mittel der Selbsterhaltung menschlicher Lebewesen in natürlichen Umwelten' auf den Punkt gebracht." *Detlef Bimboes in SPW 2/1998*

"Das Büchlein erweckt den Eindruck, unpolitisch zu sein. Nimmt man ihm das nicht ab, eröffnen sich Ausblicke auf eine Kritik des Kapitalismus, für welche dieser nicht nur deshalb inakzeptabel ist, weil in ihm ausgebeutet wird, sondern weil er Gesellschaft in der Praxis ebenso auf eine Produktionsweise reduziert wie der bisherige Marxismus in der Theorie." *Georg Fülberth in Konkret 4/1999*

VERLAG WINFRIED JENIOR

Lassallestr. 15, 34119 Kassel, Fax: 0561-774148
e-mail: jenior@aol.com www.jenior.de

vergeblich um Verhandlungen mit den Machtorganen. Hauptziel war dabei, Bedingungen für freie und faire Wahlen sowie einen ungehinderten Zugang zu den staatlichen Medien zu erreichen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, entschlossen sich die serbischen Oppositionsparteien wiederholt zu einem Wahlboykott. Insgesamt überzog jedoch die Entscheidung zur Wahlteilnahme. Infolgedessen trat niemals die Situation ein, daß die serbische Opposition aus sämtlichen politischen Institutionen auf jugoslawischer und serbischer Ebene entfernt gewesen wären. Ebenso bildete sie keine Doppelinstitutionen, die mit den Machtorganen Milosevics in eine Legitimitätskonkurrenz getreten wären, wie dies im belarussischen Verfassungskonflikt der Fall ist.

Bei den Kommunalwahlen im Dezember 1996 gewann die Opposition zudem in zahlreichen Gemeinden. Die wochenlange Weigerung Milosevics, diese Wahlergebnisse anzuerkennen, führten zu den bis dahin größten Massenprotesten gegen das Regime, die gemeinsam mit einem starken internationalen Druck ein Einlenken des Machthabers erzwangen. Damit war die Grundlage für die Entstehung einer breiten Bürgerbewegung gelegt, die von der Grunderfahrung getragen wurde, daß auch unter unfairen Bedingungen über Wahlen ein politischer Wechsel erzielt werden kann.

Die öffentliche Meinung

In den unabhängigen Meinungsumfragen hatte Kostunica bereits mehrere Monate vor den Wahlen gegenüber Milosevic geführt. Unmittelbar vor den Wahlen betrug dieser Vorsprung zwischen sechs und 20%. Gleichwohl war der Glaube in der Bevölkerung daran, daß ein Machtwechsel gelingen könnte, zunächst gering.

Ähnlich wie in Belarus ließ sich auch in Serbien eine Spaltung der Wählerschaft entlang der Stadt-Land-Linie und der Generationengruppen beobachten. Insgesamt sprach sich jedoch bereits vor den NATO-Angriffen im Frühjahr 1999 eine Bevölkerungsmehrheit für einen EU- (86%) und NATO- (53%) Beitritt aus, gleichzeitig zeigten die Meinungsumfragen eine große Akzeptanz des westlichen Lebensstils in der Bevölkerung. Die NATO-Angriffe führten dann kurzfristig zu einer gesteigerten Akzeptanz der Politik Milosevics in der Bevölke-

rung, einschließlich weiter Oppositionskreise.

Diese Zustimmung reduzierte sich jedoch in den Monaten nach dem Krieg wieder angesichts der sich infolge der Kriegsschäden zuspitzenden Wirtschaftskrise und des damit verbundenen Rückgang des Lebensstandards: Der Durchschnittslohn sank auf etwa 85 DM, Renten um 20 DM waren keine Seltenheit; die Sterberate verdoppelte sich im Winter 1999/2000 im Vergleich zu den Vorjahren; ein Überleben war den meisten nur dank agrarischer Subsistenzwirtschaft möglich. Aus diesem Stimmungswandel jedoch eine nachträgliche Rechtfertigung des NATO-Bombenangriffe abzuleiten, wäre freilich zu kurz gegriffen. Die Analyse der Meinungsumfragen spricht eher für die These, daß die NATO-Politik den Stimmungswandel eher gebremst hat.

Die Septemberwahlen

Die Entscheidung Milosevics, gleichzeitig Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Jugoslawien sowie Kommunalwahlen in Serbien abzuhalten, eröffnete den Weg für einen grundlegenden Machtwechsel. Die Möglichkeit zur Direktwahl des jugoslawischen Präsidenten war dabei erst durch eine Veränderung der jugoslawischen Verfassung am 6. Juli 2000 geschaffen worden. Offensichtlich vertraute Milosevic darauf, daß sich die Opposition nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen könne, so daß sich die Gegenstimmen auf mehrere Kandidaten verteilen würden.

Der Opposition, die sich bereits im Januar 2000 in Rundtischgesprächen auf eine gemeinsame Plattform geeinigt hatte, vermochte sich jedoch, wenn auch mit großen Mühen auf einen gemeinsamen Kandidaten zu verständigen, dessen Profil zuvor durch Meinungsumfragen ermittelt worden war: Mit Kostunica fiel die Wahl auf einen unbescholtenen serbischen Nationalisten, der auch im „patriotischen Lager“ Stimmen holen konnte. Er wurde von insgesamt 18 Parteien unterstützt, die sich im Wahlbündnis DOS zusammenschlossen.

Die Wählerunterstützung für Kostunica erwies sich bei den Wahlen als zu hoch, als daß das Ergebnis durch Wahlmanipulationen zugunsten von Milosevic hätte verändert werden können. Selbst die Ausrufung einer Stichwahl wurde - nicht zuletzt aufgrund der Daten unabhängiger Wahlbeobachter - von der Bevölkerung nicht akzeptiert. Durch Proteste er-

zwang sie Anfang Oktober die Anerkennung des Wahlsiegs Kostunicas. Voraussetzung des weitgehend friedlichen Machtwechsels war jedoch, daß sich die Sicherheitskräfte im entscheidenden Moment nicht hinter Milosevic stellten.

Nach dem Machtwechsel

Der Sieg von Kostunica bei den jugoslawischen Präsidentschaftswahlen stellte jedoch noch keinen vollständigen Machtwechsel dar, da bei den Parlamentswahlen die Milosevic-nahen Parteien als Wahlsieger hervorgegangen war. Dies war vor allem durch den Wahlboykott in Montenegro möglich geworden, da alle montenegrinischen Sitze dadurch kampfflos an die SNP gefallen waren. Ohne Zustimmung der SNP war folglich die Bildung einer Übergangsregierung in Jugoslawien und die Festlegung vorgezogener Neuwahlen in Serbien nicht möglich. Diese konnte nur durch einen Kompromiss erreicht werden, der den bisherigen Anhängern Milosevics weitgehend den Verzicht auf Nachteile und Repressionen und damit die gleichberechtigte Teilnahme in der Konkurrenz um die Wählergunst in der Zukunft versprach. Darüber hinaus sprach sich Kostunica gegen eine Auslieferung von Milosevic an den Den Haager Gerichtshof aus. Serbien steht damit noch eine schwierige Demokratisierungsetappe bevor.

Internationale Anreize

Die Politik des Westens gegenüber Jugoslawien war weitgehend durch eine Politik der Sanktionen bestimmt. Die internationalen Verhandlungsbemühungen konzentrierten sich im jugoslawischen Falle über Jahre auf die Lösung von ethnopolitischen Konflikten mit den Nachbarstaaten oder in Serbien - nicht aber auf innenpolitische Fragen. Die Politik der Sanktionen wurde freilich selbst von der serbischen Opposition als ineffektiv bezeichnet. Denn diese stärke lediglich die Position von Milosevic, da Menschen, die aufgrund der Wirtschaftskrise auf Schwarzarbeit und Nebeneinkünfte angewiesen sind, zu erschöpft für politische Aktivitäten seien. Die Machtkanäle würden zudem durch die Sanktionen profitieren, da sie die Verteilung der knappen Ressourcen organisieren.

Infolge der Sanktionspolitik hatte die internationale Staatengemeinschaft praktisch keine Möglichkeit von innen auf die Wahlen des Jahres 2000 einzuwirken. Milosevic hatte

nicht einmal Wahlbeobachter aus Ländern, die an den NATO-Angriffen teilgenommen hatten, zugelassen. Gleichwohl flossen in den letzten Monaten insbesondere über regionale Strukturen, die von Oppositionsvertretern kontrolliert waren, so z.B. über Städtepartnerschaften, erhebliche Finanzmittel nach Serbien, um durch kurzfristige Infrastrukturverbesserungen den Wählern die Entwicklungsperspektiven eines politischen Kurswechsels zu vergegenwärtigen.

Diese Hilfe war an die Voraussetzung geknüpft, daß die Opposition die Wahlen nicht boykottieren und sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen würde. Die serbische Opposition konnte sich dabei sicher sein, daß Jugoslawien im Falle ihres Wahlsieges umgehend in das EU-Sofortprogramm für den Balkan aufgenommen würde und die langfristige Chance eines EU-Beitritts besteht - eine Perspektive über die Belarus auch im Falle eines politischen Kurswechsels nicht verfügt.

Schlussfolgerungen

Aus der vorgenommenen Analyse der jugoslawisch-serbischen Situation lassen sich insbesondere folgende Schlussfolgerungen für Belarus ziehen:

Zentrale Voraussetzungen, welche die Abwahl von Milosevic ermöglichen (insbesondere kommunale Machtbasis der Opposition, Protestbereitschaft der Bevölkerung), sind in Belarus nicht gegeben.

Die Relevanz der jugoslawischen Ereignisse für Alexander Lukaschenko dürfte daher vor allem darin liegen, daß sie ihm die Brüchigkeit der Unterstützung Moskaus in Abhängigkeit von der internationalen Konstellation und des innenpolitischen Kräfteverhältnisses deutlich vor Augen geführt hat. Dementsprechend war auch die belarussische Führung zur Anerkennung des Sieges von Kostunica gezwungen, obwohl noch Anfang Oktober der belarussische Fernsehchef Viktor Tschikin in seiner Eigenschaft als Wahlbeobachter die Wahlen als absolut frei und fair bezeichnet hatte.

Die europäischen Organisationen müssen überzeugende Anreize schaffen, die einen politischen Kurswechsel für weite Bevölkerungs- und Elitenkreise attraktiv macht. Die jugoslawische Erfahrung dürfte gleichzeitig die Abwehrhaltung der belarussischen Führung gegen europäische Vermittlungsbemühungen steigen lassen.



Die belarussische Opposition muss entweder eine neue Strategie zur Mobilisierung der Bevölkerung für ihre Positionen finden oder eine Strategie unter Verzicht auf den Faktor Massenproteste entwickeln. Das jugoslawische Beispiel zeigt in jedem Falle, daß die Protestbereitschaft der Bevölkerung im Falle von Wahlbetrug durch die Machthaber größer ist als im Falle eines Boykotts der Opposition.

Das Beispiel Jugoslawien verdeutlicht außerdem, dass ein Wechsel im Amt des Staatsoberhauptes nicht automatisch die Sicherung einer politischen Kehrtwende bedeutet. Zwar verfügt der belarussische Präsident über mehr Kompetenzen als der jugoslawische; umfassende Reformen bedürfen gleichwohl der Unterstützung in den anderen Institutionen, nicht zuletzt im Parlament.

Die Opposition muss sich gleichzeitig für eine Verbesserung der Wahlbedingungen und um die Unterstützung einer Bevölkerungsmehrheit, die nicht durch Wahlmanipulationen ausgeglichen werden kann, bemühen. Folglich muss sie sich für ein unabhängiges einheimisches Wahlbeobachternetz einsetzen und sich auf einen kompromissfähigen Kandidaten verständigen, der auch Wähler aus dem Lager der Unentschlossenen und der Lukaschenko-Anhänger anziehen kann. Die Auseinandersetzung über den Boykott der Parlamentswahlen im Oktober hat die belarussische Opposition jedoch vorerst weit von diesem Ziel entfernt.

Das - gegenwärtig unwahrscheinliche - Szenario eines politischen Machtwechsels ist für Belarus freilich nicht das einzig denkbare Szenario, durch das eine politische Reformpolitik einleitbar wäre. Ein per Dialog erzielter Elitenkompromiss stellt weiterhin zumindest theoretisch eine Möglichkeit dar, die bisher freilich von den politischen Akteuren nicht genutzt wurde.

spw

Aufgrund ihrer Teilnahme an Wahlen behielt die Opposition in Machtpositionen im serbischen Staatsapparat.

WIR WOLLEN ALLES!

Versuch, die Spontis der 70er Jahre vor ihrer staatstragenden Derrière-Garde zu schützen.

Von Thomas Seibert

Ein Gespenst geht um in der Berliner Republik - das Gespenst des Spontaneismus. Alle Mächte dieses jungen Staatswesens haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, die christdemokratische Reaktion und die Zaren der Medienindustrie, Ex-Radikale, die zwar nicht an die Macht, doch wenigstens an die Regierung gelangt sind ebenso wie deren biedere Konkurrenten, die nicht verwinden können, von früheren Strassenkämpfern abgelöst worden zu sein.

Ihre Popularität verdankt die sogenannte „Debatte“ um die sogenannten „68er“ zwei erfolgreichen Täuschungsmanövern. Erstens handelt es sich nicht um eine Debatte, sondern um ein massenmedial inszeniertes Ritual, in dem die Infamie professioneller Desinformanten und der bigotte Geständnis- und Distanzierungszwang von Konvertiten sich gegenseitig verstärken. Zweitens geht es dabei nur vordergründig um die 68er. Denn, Hand aufs Herz: „68“ gehört längst zu den positiven Gründungsmythen der Berliner Republik. Mehr noch: Die Berufung auf die „Studentenrevolte“ legitimiert geradezu das in seinem „Ernstfall“ zuletzt im Kosovo exekutierte Recht dieses Staates, sich nach innen und aussen der Macht zu bedienen, die er anzuwenden vermag. Bestätigt wird dies von den 68ern selbst, sind es doch die Fischer, Vollmer und Trittin, die die „Zivilität“ des deutschen Staates repräsentieren und garantieren. Um den Preis freilich, die Revolten der 60er und 70er Jahre darauf zu reduzieren,

die Verkrustungen des nachfaschistischen Adenauerstaates gesprengt und die Bundesrepublik unumkehrbar in die westliche „Wertegemeinschaft“ geführt zu haben. Mag solche retrospektive Zurichtung für viele 68er in der lebensgeschichtlichen Selbstvergewisserung plausibel sein: die Bewegung der 70er Jahre geht darin nicht auf, und deshalb kreist die ganze Auseinandersetzung in Wirklichkeit um sie. Konsens aller Beteiligten ist, dass der „Extremismus“ der 70er ein folgenschwerer Irrtum war, der sich nicht wiederholen dürfe. Erstens wegen seiner - rinks wie lechts - „totalitären“ Grundhaltung, und zweitens wegen der Gewalt, die notwendig aus einer solchen Grundhaltung resultiere. Folglich besteht das eigentliche Ziel der Debatte nicht im sowieso erfolglosen „Fischer-bashing“, sondern im Ausschluss der ausserparlamentarischen Linken der 70er Jahre aus dem Bereich legitimer politischer Praxis.

Von der „Studentenrevolte“ zur Systemopposition

Wenn es auch richtig ist, die Entstehung der Neuen Linken auf die 60er Jahre zu datieren, so darf sie doch nicht mit den DemonstrantInnen der „Studentenbewegung“ verwechselt werden. Diese waren in ihrer Mehrzahl tatsächlich von den Motiven bestimmt, die Fischer und die Seinen heute als einzige gelten lassen wollen: das Erschrecken über die gar nicht klammheimlichen Kontinuitäten zwischen dem nationalsozialistischen und dem Adenauerstaat und die in dieser Tradition stehende Notstandsgesetzgebung der Großen Koalition, die Empörung über den Vietnamkrieg. Hinzu trat eine auch in der proletarischen Jugend verbreitete subkulturelle Dissidenz, die sich nicht nur gegen die Elterngeneration, sondern auch gegen die Alltagskultur der „Fabrik- und Konsumgesellschaft“ richtete. Deswegen verstanden sich die AktivistInnen der Revolte aber nicht als ‚Linke‘. Im Gegenteil: deren linken Kerne, der *Sozialistische Deutsche Studentenbund* (SDS), Splittergruppen der Nachkriegslinken wie der *Verband Unabhängiger Sozialisten* (VUS) oder aber die illegale KPD waren 68 keinesfalls tonangebend; und selbst der SDS folgte nur bedingt der von Rudi Dutschke oder Hans-Jürgen Krahl vertretenen Linie.

Erst mit der brutalen Zerschlagung der Schahdemonstration, der

Ermordung Benno Ohnesorgs, dem Attentat auf Rudi Dutschke und der im Wortsinn mörderischen Hetzkampagne der Springerpresse radikalisierte sich die Bewegung. Als der Höhepunkt des spontanen Protests überschritten war, setzte eine weiterführende, reflexive Dynamik ein, stellten sich qualitativ neue Fragen: Wenn wir mehr sind als eine studentische Opposition mit beschränkter demokratischer Zielsetzung, was ist dann eigentlich der Horizont unserer politischen Praxis? Und: wenn diese politische Praxis im Widerstand gegen die Notstandsgesetze und im Protest gegen den Vietnamkrieg nicht aufgeht, sondern die grundlegende Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebt, in welcher Geschichte, welcher Tradition stehen wir dann? Alle diese Fragen schlossen sich letztlich zu einer Frage zusammen: in welchem Verhältnis stehen wir - als „Studentenbewegung“, als Jugendrevolte - zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der sozialistischen und kommunistischen Parteien, d.h. zur historischen Systemopposition, zur ‚Alten Linken‘?

Die dabei aufbrechenden Differenzen sprengten den SDS und warfen damit auch praktisch die bald viel diskutierte „Organisationsfrage“ auf. Beantwortet wurde sie in zwei alternativen Optionen, der „reformistischen“ bzw. „revisionistischen“, und der „revolutionären“ Option. Den ersten Weg schlugen die meisten der politisierten 68er ein, indem sie sich den *Jungsozialisten* bzw. der SPD oder der 1969 neugegründeten *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) anschlossen. Den zweiten Weg beschritten die maoistischen bzw. trotzkistischen „K-Gruppen“, die Gruppen der Stadtguerilla und die sog. „undogmatische Linke“, deren stärkste Strömung wiederum die „Spontaneisten“ waren - kurz „Spontis“ genannt.

Die Spontis verstanden sich als Erben der antiautoritären Oppositionen in der Linken und waren schon deshalb nie auf einen „Ansatz“ zu vereinheitlichen. Deswegen besteht die erste Geschichtsklitterung der 68er-Debatte darin, der engeren Gruppe um Joseph Fischer und Daniel Cohn-Bendit den Alleinvertretungsanspruch für ‚die‘ Spontis zuzubilligen. De facto kam ihnen der nicht einmal im Rhein-Main-Gebiet zu, in dem sie zeitweilig ohne Zweifel hegemonialen Einfluss ausübten.

Die „Debatte“ um die „68er“ ist in Wirklichkeit ein massemedial inszeniertes Ritual.

Was ist und zu welchem Zweck betreibt man „Spontaneismus“?

1970 erscheint im Rowohlt-Verlag unter dem Titel *Schriften zur Theorie der Spontaneität* eine Auswahl von Texten Rosa Luxemburgs aus den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts. Luxemburg versuchte damals, sowohl über die Strategie einer sozialdemokratischen *Wahlpartei* wie über die einer leninistischen *Kaderpartei* hinauszugelangen. Dabei setzte sie auf die spontane Selbsttätigkeit der Arbeiterklasse - gegen die Sozialdemokraten, die die Spontaneität der Klassenkämpfe parlamentarisch *repräsentieren* (vertreten), und gegen die Parteikommunisten, die die Autonomie der revoltierenden Subjekte durch die „führende Rolle“ ihrer Kader *substituieren* (ersetzen) wollten. Luxemburgs Doppelkritik an Sozialdemokratie und Parteikommunismus ist der gemeinsame Ausgangspunkt der spontaneistischen Gruppen, die nach ihrem zuerst im März 1973 erschienenen „Kampfbblatt“ *Wir wollen alles* auch „WWA-Gruppen“ genannt wurden. Dazu gehören damals: die *Proletarische Front - Gruppe westdeutscher Kommunisten* (PF, Hamburg/Bremen), die Kölner Gruppe *Arbeiterkampf*, der *Revolutionäre Kampf* (RK, Frankfurt/Rüsselsheim) sowie die Münchner *Arbeitersache*. In der ersten Ausgabe der WWA wird der spontaneistische Eigensinn auf den Punkt gebracht: „Wenn Kämpfe entstehen, dann kommen alle ‚politischen‘ Gruppen und erklären den Leuten, was sie zu machen haben, was sie denken müssen: ‚Jetzt habt ihr nur eure beschränkten Interessen im Kopf. Damit ihr politisch handelt, müsst ihr euch in der Gewerkschaft organisieren oder eine Schulung machen oder überhaupt unserer Linie folgen.‘ Das wird nicht der Weg unserer Zeitung sein. Warum? Weil wir wissen, dass in jedem Kampf schon die radikalen Elemente, die eigentlich das ganze System in Frage stellen, liegen“ (S. 15).

Wegen dieses Vertrauens in die Spontaneität der sozialen Kämpfe haben die Parteikommunisten den Spontis vorgeworfen, die Selbsttätigkeit der Klasse zu überschätzen, die Notwendigkeit sowohl einer organisierten Avantgarde wie einer formellen Repräsentation zu missachten und nicht zu begreifen, dass „Klassenbewusstsein“ von aussen in die stets tagespolitisch bornierte Arbeiterklasse „hineingetragen“ werden müsse. Tatsächlich aber haben die Spontis die Notwendigkeit einer organisierten

Avantgarde nicht bestritten. Organisation und Avantgarde sollten aber die Spontaneität der sozialen Kämpfe weder repräsentieren noch substituieren, sondern *freisetzen* und nach ihrem Eigensinn *artikulieren*. Im zuerst 1970 veröffentlichten Grundsatzdokument des *Revolutionären Kampf* heisst es deshalb: „Die Frage nach der Bildung einer revolutionären, einer proletarischen Avantgarde in der BRD ist mit Recht Gegenstand der Organisationsdebatte der Linken. Jedoch entwickelt sich die Organisation der proletarischen Avantgarde (...) nach der objektiven und subjektiven Möglichkeit und der Notwendigkeit der Revolution, der Notwendigkeit der Führung in den Kämpfen und der Organisation der Massen. (...) Weil die proletarische Revolution nicht als Palastrevolte vollzogen werden kann, sondern die Massen selbst ‚das Richtige‘ wollen müssen, müssen die Massen lernen, das Richtige, Kommunistische, vom Falschen, Kapitalistischen, Revisionistischen zu unterscheiden. (...) Die Avantgarde ist nicht nur notwendig, sie geht auch aus den Kämpfen selbst hervor, sie ist in diesem Sinn *Ausdruck* von Klassenbewusstsein.“ (RK, *Untersuchung - Aktion - Organisation*, Merve Verlag Berlin 1971, S. 8f.). Für die Spontis ist die Organisationsfrage also dann richtig gestellt, wenn sie als Frage nach der organisierten Selbsttätigkeit von revoltierenden Subjekten gestellt wird, die schon in ihren spontanen „Tageskämpfen“ das kapitalistische System in Frage stellen. Darin folgen sie nicht nur Luxemburg und der weiteren links- bzw.

rätekommunistischen Tradition der 20er Jahre, sondern auch der *Kritischen Theorie* der Frankfurter Schule. Deren Einfluss führte im RK zu einer zweistufigen Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse: eine sog. „A-Gruppe“ analysierte und diskutierte deren „objektive Seite“ (Ökonomie, Arbeitsorganisation, Kapitalkonzentration etc.), während die „B-Gruppe“ parallel die subjektive gesellschaftliche Erfahrung (Wohnen, Familie, Erziehung, Bildung, Medizin, Lebensführung) auszulegen suchte. Politisch bestimmend war darüber hinaus der Einfluss einer anderen, zeitgenössischen Strömung: der des italienischen *Operaismo*, dem Wortsinn nach als ‚Arbeiterwissenschaft‘ zu übersetzen. Die Operaisten, organisiert in den Gruppen *Potere Operaio* („Arbeitermacht“) und *Lotta Continua* („Fortwährender Kampf“), später in der Massenbewegung der *Autonomia Operaia* („Arbeiterautonomie“), gingen Anfang der 60er Jahre aus einer antiautoritären Opposition im italienischen Parteikommunismus hervor. Die wesentliche methodische Voraussetzung ihrer Theorie und Praxis bestand darin, die Dynamik kapitalistischer Vergesellschaftung nicht aus vorgeblichen „Gesetzen“ der Ökonomie und nicht aus der Politik der herrschenden Klassen, sondern aus den alltäglich, scheinbar vor-politischen Attacken eines permanenten Klassenkampfes verstehen zu wollen. Deshalb interessierten sie sich vordringlich für die subjektive „Zusammensetzung“ der Arbeiterklasse, d.h. für die historischen Subjekte der wirklichen sozialen





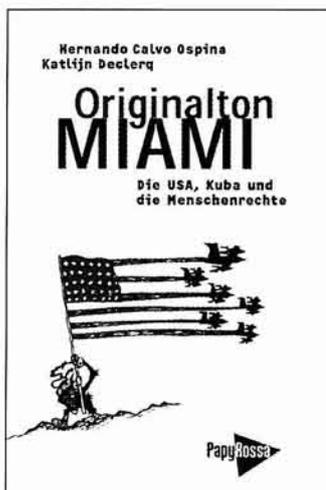
Was ist dran an Finkelsteins Thesen? Sind sie mehr als ein Alibi?

ISBN 3-89438-217-1, Broschur, 176 Seiten,
DM 28,00/SFR 25,80/EUR 14,31 [D]



Wie entsteht Rechtsextremismus

ISBN 3-89438-213-9, Broschur, 215 Seiten,
DM 26,00/SFR 24,00/OS 193,00



Was blüht Kuba, wenn es „vom Kommunismus befreit“ wird?

ISBN 3-89438-222-8, Broschur, 275 Seiten,
DM 29,80/SFR 27,40/EUR 15,23 [D]

Kämpfe und nicht für ein konstruiertes weltrevolutionäres Subjekt.

Die WWA-Gruppen

Im September 1970 lässt sich rund ein Dutzend Aktivisten der „antiautoritären Fraktion“ des Frankfurter SDS in den Rüsselsheimer Opelwerken einstellen. Sie übersiedeln in die mittelgroße Industriestadt und leben dort in Wohngemeinschaften, die bald zum informellen Treffpunkt rebellischer Jugendlicher werden. Unterstützt werden sie durch eine Gruppe der *Lotta Continua*, die italienische MigrantInnen organisiert. Die Arbeit im Betrieb wird auf Lehrlingswerkstätten, Schulen und eine *Initiativgruppe Internationales Jugendzentrum* ausgeweitet. Aus der systematischen Intervention der *Betriebsprojektgruppe Frankfurt* in Rüsselsheim entwickelt sich der *Revolutionäre Kampf*, der im Rhein-Main-Gebiet zur dominanten politischen Strömung der Linken wird. Ebenfalls 1970 entsteht in Hamburg und Bremen aus der von etwa 50 palästinensischen, griechischen, italienischen und deutschen Studentinnen bestehenden Hochschulgruppe *Trikont* die *Proletarische Front*. Die PF legt den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die Mobilisierung und Agitation migrantischer ArbeiterInnen. Weil sie davon ausging, dass der sich entwickelnde Klassenkampf vom „multinationalen Massenarbeiter“ - ein den Operaisten entlehnter Begriff - getragen werden würde, intervenierte sie ausserhalb der Betriebe vor allem in den Lagern und Wohnheimen, in denen sog. „Gastarbeiter“ untergebracht waren. Ziel war der Aufbau einer „nichtleninistischen kommunistischen Partei“, die sich - quer zur Trennung von Partei und Gewerkschaft - aus einer basisdemokratischen „Parallelstruktur“ entwickeln sollte: „Die Grundeinheiten der PF sind Zellen bestehend aus höchstens fünf Leuten. Jedes Vollmitglied ist Zellenmitglied und zugleich Mitglied in einer proletarischen Basisorganisation (Betrieb, Stadtteil, Hochschul- bzw. Jugendgruppe). Die Zellen wählen Delegierte zu einer vierzehntägigen Generalversammlung, aus der sich der Parteitag entwickelt“ (Frombeloff, ...und es begann die Zeit der *Autonomie*, Hamburg 1993, S. 13).

Obwohl es weder zu einem „Parteitag“ der PF noch zu einem des RK oder irgendeiner der anderen WWA-Gruppen kam, kann ihre politische Bedeutung daran abgelesen werden, dass sich am „Plenum“ des RK im le-

gendären Hörsaal VI der Frankfurter Uni regelmäßig mehrere hundert, bei besonderen Anlässen sogar bis zu 3000 (!) Leute beteiligten. Leute, die eigenständig in den verschiedensten Projekten aktiv waren und sich gemeinsam auf ‚den‘ RK bezogen: eine Organisation, die kein formelles Funktionariat, kein ZK besaß, auch wenn sie informell unter der Hegemonie der Gruppe um Fischer und Cohn-Bendit stand, die allerdings zu keiner Zeit unumstritten war. Die autonomen lokalen Spontiorganisationen verbanden sich über die bundesweite Agitationszeitung *Wir wollen alles* und über die Theoriezeitschrift *Autonomie*. Ihren historischen Höhepunkt fanden sie in den wilden Streiks des Jahres 1973, vor allem im Streik bei Ford in Köln, und in den „Häuserkämpfen“ derselben Zeit. Streikbewegung und Häuserkampf bestätigten die strategischen Analysen des Spontaneismus, weil sie sich an der Alltagserfahrung entzündeten und in der Radikalität ihrer Forderungen - kostenloser Wohnraum, Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr und, vor allem, „mehr Lohn - weniger Arbeit!“ - tendenziell systemsparenden Charakters waren. Dennoch zerbrachen die WWA-Gruppen gerade in dem Augenblick, in dem sich ihre Analysen zu erfüllen schienen. Während die PF aus der Niederlage der wilden Streiks und der Hausbesetzungen auf die Notwendigkeit schloss, die eigene Organisation zu festigen, um in künftige Kämpfe besser eingreifen zu können, sah man sich im RK, aber auch in der Münchner *Arbeitersache* einem Scheitern konfrontiert, das einen Wechsel der politischen Strategie erforderte. Im Rückblick erst zeigen sich die Lücken beider Analysen: Während die PF im Festhalten an der „sozialrevolutionären Klassenpolitik“ übersah, dass ein historischer Zyklus sozialer Kämpfe unwiderruflich zuendeging, fiel die „Selbstkritik“ der Gruppe um Cohn-Bendit und Fischer so „radikal“ aus, dass sie de facto auf den Friedensschluss mit den herrschenden Verhältnissen hinauslief. Spätestens mit dem Übergang von der *Wir wollen alles* zum Stadtmagazin *Pflasterstrand* (1974), das heute unter anderem Namen, aber folgerichtig zum Anzeigenblatt mit Gourmet- und Theater-tips verkommen ist, differenzierten sich die Spontis so weit auseinander, dass die Altkader der *Betriebsprojektgruppe* bestenfalls deren ‚rechtspopulistischen‘ Flügel repräsentierten.

Jenseits der Klassenpolitik

Die Auflösung der WWA-Gruppen war nicht das Ende der Spontis. Vielmehr breiteten sich ihr Aktionsradius und ihre Ideen auf dem Weg von der antiautoritären Avantgardeorganisation zur politisch-subkulturellen „Szene“ in diffuser Weise aus und gewannen dabei weiter an Bedeutung. In Frankfurt zeigte sich dies beispielsweise in der Initiative der „RK-Frauengruppe“, der es 1972 gelang, durch offene Thematisierung des patriarchalen Politikstils des maoistischen Studentenbundes dessen Hegemonie in der Hochschulpolitik zu brechen. Aus autonomen Gruppen aller Fachbereiche entstand darauf hin die *Sozialistische Hochschulinitiative* (SHI), die bis in die 80er Jahre hinein die Mehrheitsfraktion des Studentenparlaments stellte und zur eigenständigen politischen Kraft wurde. Dasselbe geschah im Häuserkampf, der zwar vom RK angestoßen, dann jedoch autonom durch den *Rat der besetzten Häuser* geführt wurde. Andere Teile der Spontiszene organisierten sich in Alternativbetrieben wie der *Arbeitslosen-Selbsthilfe* (ASH) und verbanden die politische Aktion mit wenigstens anfangs subversiven kollektiven Überlebensstrategien. Keimzellen der Szene waren die sich überall ausbreitenden Wohngemeinschaften, Kinderläden, Kneipen und sonstige Alternativinstitutionen wie Kinos und Theater. Darin zeigte sich die „Neuzusammensetzung“ der Spontiszene, die im Lauf der 70er Jahre von einer auf Betriebsarbeit gestützten „Klassenpolitik“ zur Teilnahme an den ‚Neuen Sozialen Bewegungen‘ führte. Die Spontis verstanden sich jetzt als deren radikale Strömung und radikalisierten dabei auch ihr eigenes Konzept einer ‚Politik in Erster Person‘.

Der diffusen Ausbreitung der spontaneistischen Subversion, aber auch den Aktivitäten der anderen linksradikalen Strömungen begegnete die sozialliberal verwaltete Staatsmacht mit harter Repression. Dabei kann der nachhaltige Einfluss der Berufsverbote auf die spätere Entwicklung einer ganzen politischen Generation gar nicht unterschätzt werden: Wer damals zwischen zwanzig und dreissig und in der radikalen Linken aktiv war, sah sich einer ersten existenziellen Gefährdung ausgesetzt. Dramatisiert wurde diese Form systematischer Repression durch die offene Gewalt der Polizei. Um erneut ein Frankfurter Beispiel zu bemühen,

das jedoch auch für Erfahrungen anderer Städte steht, sei an die Räumung des Häuserblocks Schumannstrasse/Bockenheimer Landstrasse am 21. 2. 1974 erinnert. Die Polizei reisst die BewohnerInnen zum wiederholten Mal durch eine Scheinräumung aus dem Schlaf. Gegen halb drei Uhr morgens ziehen die Einsatzwagen scheinbar erfolglos ab, um zwei Stunden später mit Wasserwerfern, Materialfahrzeugen mit Schweißgeräten, Motorsägen und Kompressoren sowie Spezialwagen mit Flutlichtmasten wiederzukehren. Die Häuser werden von helm- und schilderbewehrten Mannschaften vor herbeieilenden UnterstützerInnen abgesperrt, andere Beamte stürmen mit Leitern und Motorsägen die verbarrikadierten Wohnungen, zerschlagen das Mobiliar und nehmen die BesetzerInnen fest. Am nächsten Morgen sind die Häuser in Trümmer gelegt. Die Stimmung der Szene ist so gedrückt, dass sich 6000 DemonstrantInnen zwei Tage später fast lautlos durch die Strassen bewegen. Beim Vorbeizug am Trümmergrundstück kommt es zu vereinzelt Steinwürfen, die bereitstehende Polizei antwortet mit bis dahin beispielloser Brutalität. Besonders auffällig wird ein in Zivilkleidung getarntes Einsatzkommando, dessen Beamte dem 25jährigen Günther Sare, der elf Jahre später von einem Wasserwerfer überrollt und getötet wird, gezielt das Schienbein zerschmettern. Am Nachmittag werden bereits 200 verletzte DemonstrantInnen, 77 verletzte Polizisten und 192 Verhaftungen gemeldet. Mehrere Stunden später kreist die Polizei mit Hunderten von Mannschaften die Uni ein, Beamte durchkämmen mit gezückter Schusswaffe das gewaltsam gestürmte Studentenhaus. Alle BewohnerInnen - über 350 Leute - werden in die restlos überfüllten Zellen des Präsidiums verschleppt und brutal schikaniert. Ein 16jähriger Schüler wird gezwungen, sein eigenes Blut aufzulecken. Zu dieser Zeit finden sich noch Prominente zu einem „Folter-Tribunal“ zusammen und machen wenige Tage später die unglaublichen Vorfälle öffentlich (vgl. W. Kraushaar, *Frankfurter Schule und Studentenbewegung*, Hamburg 1998, Bd. 1, S. 537ff.). Was hier seinen bis dahin erschreckendsten Ausdruck fand, kulminiert schliesslich im „*Deutschen Herbst*“ des Jahres 1977 über einen Prozess hinweg, in dem staatliche Repression einerseits und

die zunehmend militärisch verhärtete Aktivität der Stadtguerilla-Gruppen andererseits eine Situation provozierten, in der die formelle Demokratie unter ein autoritäres Notstandsregime geriet. In der Folge einer von den staatstragenden Parteien initiierten und den Massenmedien unisono umgesetzten Kampagne schottete sich die Mehrheitsgesellschaft gegen die gesamte Linke ab - gleichgültig, wie sie zur Militanz stand. Die Position der meisten Spontis artikulierte der RK schon 1972 in der StudentInnenzeitung *Diskus* (Nr. 3/4, S. 17). Darin werden die Kriminalisierung der Stadtguerilla und die geforderte Entsolidarisierung zurückgewiesen, zugleich aber eine deutliche Kritik an der *Roten Armee-Fraktion* (RAF) entwickelt: „Die Politik der Bomben der RAF klärt nicht die Frage nach einer langfristigen revolutionären Strategie, weil sie nicht fragt, wie die Massen lernen, sich selbst zu wehren. Nicht die Bomben bringen das kapitalistische System in Gefahr, es ist erst dann in Gefahr, wenn die Massen es nicht mehr wollen und eine praktische Alternative sehen, wie sie ihr Leben verändern können. Bomben ändern nichts am Elend des Kapitalismus, an der Isolation in den modernen Wohnsilos, an der Spaltung am Arbeitsplatz. (...) Wir haben die bürgerliche Gewalt nicht erfunden, sondern vorgefunden; die Gewalt, die wir dagegen anwenden, muss aber verbunden sein mit positiven Momenten: der Erfahrung der Solidarität, der Entwicklung neuer Verkehrsformen.“

Dennoch haben auch die Spontis den Deutschen Herbst nicht überstanden. Viele resignierten, wieder andere engagierten sich in der Frauen-, der Ökologie-, der Friedensbewegung, nicht wenige schlossen sich der 1980 gegründeten Grünen Partei an. Eine jüngere Generation übernimmt eine Reihe spontaneistischer Ideen und einiges vom politischen Stil der Spontis in der Bewegung der *Autonomen*. Einzelne machen im Staatsapparat Karriere und mühen sich heute damit ab, sich pflichtschuldigst für ihre Vergangenheit zu entschuldigen. Als die Pariser Mai-Bewegung des Jahres 1968, vorweggenommene Utopie auch und gerade der Spontis, verebte war, fand sich vielerorts ein anonymes, handgeschriebenes Graffiti, in dem es hiess: „Lauf schneller, Genosse, die Alte Welt ist hinter dir her!“ Herbst trotz Kritik an der RAF nicht überstanden. spw

Die Teilnehmer an den StudentInnen-demonstrationen der sechziger sind nicht die Akteure der Neuen Linken der siebziger Jahre.

Von den Franzosen lernen?

Lionel Jospins Reformprojekt: links und sozialistisch - trotzdem erfolgreich

Von Horst Heimann

Anders als der „moderne“ Tony Blair werde die französische Linksregierung mit ihrem „antiquierten altsozialistischen“ Programm bald an den ehernen objektiven Gesetzmäßigkeiten der globalisierten Marktwirtschaft scheitern und daher bald von den enttäuschten Wählern zu Recht wieder in die Opposition verbannt werden – lauteten viele Prognosen nach dem Sieg des Sozialisten Jospin im Mai 1997.

Doch während die Wähler 1999 den „modernen“ Parteien von Blair und Schröder herbe Niederlagen zufügten, gingen Jospins linke Traditionssozialisten in Frankreich gestärkt aus den Regionalwahlen 1998 und den Europa-Wahlen 1999 hervor.

Die guten Wahlergebnisse und die anhaltend hohen Popularitätswerte für Jospin erklären sich aus den eindrucksvollen Erfolgen seiner Politik: In den ersten zwei Jahren ging die Arbeitslosigkeit bereits um 700 000 zurück, von Mai 1999 bis Mai 2000 noch einmal um rund 500 000; 1997 noch bei 12,5% liegend, sank sie in diesem Frühjahr, erstmals seit 1991, mit 9,8% unter die psychologisch wichtige Grenze von 10%. Dieser beachtliche Rückgang ist nicht nur der günstigen weltwirtschaftlichen Entwicklung zu verdanken, sondern auch dem Beschäftigungsprogramm der Regierung für Jugendliche (je 350 000 Arbeitsplätze im öffentlichen und im privaten Sektor) und der schrittweisen Umsetzung des Gesetzes über die 35-Stunden-Woche. Rund 40% des Rückgangs der Arbeitslosigkeit werden auf die neue Arbeitsmarktpolitik zurückgeführt. (vgl. Le nouvel Observateur 01.06.2000, Le Monde, 1. 7. 2000)

In Frankreich wissen nicht nur die Rechten, dass sie Rechte sind, dort wissen, anders als in Deutschland, auch die Linken, dass sie Linke sind.



Die aktive Wirtschafts- und Sozialpolitik der pluralen Linksregierung hat dazu beigetragen, dass Frankreich heute mit 3,5% Wachstum an der Spitze der EU-Länder steht

Die ökonomischen Erfolge der französischen Linksregierung versucht man in Deutschland meist damit zu erklären, dass Jospin zwar eine linke altsozialistische Rhetorik pflege, praktisch aber fast eine „moderne“ neoliberale Wirtschaftspolitik betreibe. Zwar ist tatsächlich zu beobachten, dass in Großbritannien und Deutschland die praktische Politik nicht so „rechts“ ist wie die Rhetorik, in Frankreich dagegen die praktische Politik nicht ganz so „links“ wie die Rhetorik. Aber es bleibt unerkannt, dass die „Rechtslastigkeit“ der Rhetorik in Deutschland und ihre „Linkslastigkeit“ in Frankreich die Ursache in einem grundlegenden Unterschied zwischen beiden Ländern haben: In den intellektuellen Diskursen, also im Bereich der Interpretationen und der Bewertungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, hat in Frankreich in den 90er Jahren die Linke die geistige Hegemonie zurückgewonnen. In Deutschland dagegen, und auch in Großbritannien, hat die neoliberale Ideologie ihr Deutungsmonopol behauptet, zwar nicht in der Gesamtbevölkerung, aber bei den Machteliten, und ihren willigen Helfern, in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Medien.

Voraussetzung für die Rückgewinnung einer linken Hegemonie in Frankreich war auf der semantischen Ebene das selbstbewußte Festhalten an der klaren Unterscheidung zwischen Rechts und Links und am linken Leitbegriff Sozialismus. In Frankreich wissen daher nicht nur, wie auch in Deutschland, die Rechten, dass sie Rechte sind, dort wissen, anders als in

Deutschland, auch die Linken, dass sie Linke sind. Wer aber nicht mehr zwischen Rechts und Links zu unterscheiden vermag, kann sich nicht einmal dafür interessieren, ob es noch irgendwo eine linke geistige Hegemonie gibt. Und er kann auch nicht wahrnehmen, dass die Sozialistische Partei Frankreichs seit 1995 unter Jospin eine theoretisch-programmatische Erneuerung vollzogen hat, die intellektuell anspruchsvoller und tiefgreifender ist als die vorwiegend medial inszenierte Modernisierung von New Labour unter Blair.

Nach ihren katastrophalen Wahlniederlagen 1999 (die Hälfte der Stimmen vom September 1998 verloren!) hat die SPD zwar ihre enge Bindung an Blairs Dritten Weg klammheimlich zu lockern versucht und demonstrativ die Nähe zum erfolgreichen Jospin gesucht, der Ende 1999 auf dem Parteitag in Berlin sprechen durfte. Doch die theoretischen Grundlagen der erfolgreichen Politik der französischen Linksregierung und die Argumente zur Abgrenzung vom Blair-Schröder-Papier wurden von den „ideologiefreien“ Pragmatikern nicht zur Kenntnis genommen.

Auf das Angebot, das Blair-Schröder-Papier auch unterzeichnen zu dürfen, hatte Jospin nur mit dem Wort „non“ geantwortet. Auf der Sommeruniversität der Sozialistischen Partei am 29. August 1999 in La Rochelle begründete er seine Distanzierung von der Zielrichtung des britisch-deutschen Manifestes damit, dass die französischen Sozialisten auf die Herausforderungen der Globalisierung „als eine Kraft der Linken“ antworten. „Wir machen nicht in ‚Sozial-Liberalismus‘. Unser Ansatz unterscheidet sich von dem, der im Manifest unserer Freunde Tony Blair und

Gerhard Schröder sichtbar wird. Wir sind eine Linke der Erneuerung, die sich um einen modernen Sozialismus sammelt.“ (S. 98)

In seinem im September 1999 von der Fabian Society veröffentlichten Grundsatzbeitrag (hier zitiert aus der französischen Fassung in: *Le socialisme moderne*) betonte Jospin, dass die Debatte über das Selbstverständnis der Sozialdemokratie zwar auch auf europäischer Ebene geführt werden müsse, aber die nationalen Besonderheiten einzelner Länder nicht ignoriert werden dürfen. Beim Vergleich zwischen Großbritannien und Frankreich sei zu beachten, dass es einen großen Unterschied ausmache, ob man nach dem „Experiment Thatcher“ oder nach Balladur und Juppé an die Regierung komme. Unter diesem Gesichtspunkt sei „der Dritte Weg“ die nationale Form, die im Vereinigten Königreich die Arbeit für die theoretische und politische Erneuerung“ der europäischen Sozialdemokratie angenommen habe. (S. 30f.) (In Deutschland wäre zu fragen, wie hilfreich die spezifisch britische Form der Erneuerung für die SPD sein kann, die nach Kohl an die Macht gekommen ist, der ja selbst einen Dritten Weg zwischen Thatcher und sozialdemokratischer Politik gegangen war.)

Für das Festhalten an der klaren Unterscheidung zwischen Links und Rechts gibt Jospin eine schlicht empirische Begründung, die in Frankreich übrigens Konsens ist: „Die Linke und die Rechte existieren. Und auch die Trennlinien, die sie voneinander unterscheiden.“ (S. 85) Daher müsse sich die französische Linke allen Fragen der französischen Gesellschaft „unter Bezugnahme auf ihre Werte und ihre eigenen Ansprüche“ stellen. Für die meisten dieser Fragen „gibt es linke und rechte Herangehensweisen“. Bei vielen aktuellen politischen Streitfragen waren daher die Antworten der Linken gut von denen der Rechten zu unterscheiden. (S. 108)

Die linken Antworten waren nicht die Alternative zu den „modernen“ Antworten. Den Begriff modern überläßt Jospin nicht den neoliberalen Ideologen, er beansprucht ihn zur Kennzeichnung seiner Position, „eine authentisch linke Politik, eine Politik, die entschieden modern ist“. (S. 88) In seinem Engagement für die Erneuerung des französischen Sozialismus seit 1995 läßt er sich von dem Grundsatz leiten: „Die Treue zu unseren Prinzipien ist kein Hindernis, sondern eine Voraussetzung für die Modernisierung.“

Die Unsicherheit des Blair-Schröder-Papiers gegenüber dem traditionellen Leitbegriff „links“ wird von französischen Kritikern als besondere Schwachstelle hervorgehoben: „Warum soviel reumütige Zerknirschung? Warum quält die Autoren des Manifestes schon das Wort links so sehr, dass sie sich so eifrig um ungenaue Ersatzbegriffe bemühen, als ob das Erbe von Harold Wilson und Willy Brandt ebenso schwer zu ertragen wäre wie das von Stalin und Mao?“ (Jean Pisani-Ferry, *Vérités, bravades et silence ...*, in: Blair-Schröder - Le texte du „manifeste“ - Les analyses critiques. Les Notes de la Fondation JeanJaurès, No. 13 août 1999, S. 70 f.)

Gegen Tendenzen des Dritten Weges unterstreicht Jospin, dass für die französischen Sozialisten mit ihrer linken Standortbestimmung die Idee des Sozialismus unauflöslich verbunden bleibt: „Wir sind also nicht ‚Liberale von links‘. Wir sind Sozialisten.“ (S. 24) Seiner Rede vor dem Kongreß der Sozialistischen Internationale in Paris am 8. November 1999, also 5 Monate nach Veröffentlichung des Blair-Schröder-Papiers, gab er den programmatischen Titel: „Sozialist sein.“ Als Sozialist stellte er rückblickend selbstbewusst fest: „Der demokratische Sozialismus hat dazu beigetragen, dieses Jahrhundert zu gestalten.“ (S. 60) Und auf die Zukunft bezogen bekannte er: „Der demokratische Sozialismus bleibt eine fruchtbare Idee für unsere neue Welt.“ (S. 62)

Die Revision des marxistisch-revolutionären Sozialismuskonzepts ist allerdings eine Voraussetzung dafür, dass der Demokratische Sozialismus eine ‚fruchtbare Idee‘ für die Zukunft bleiben kann. Eine Mehrheit der französischen Sozialisten hatte rhetorisch bis in die achtziger Jahre an jenem Konzept festgehalten, das dem Kapitalismus den Sozialismus als totale Systemalternative entgegengesetzt. Und so kamen sie 1981 mit der revolutionären Forderung nach „Bruch mit dem Kapitalismus“ an die Regierung. Doch bereits nach 2 Jahren mußten sie den „Bruch mit diesem Sozialismuskonzept“ vollziehen.

Erst nach diesem erzwungenen „praktischen Godesberg“ im Jahre 1983 wurde die theoretische Revision ihres antiquierten Sozialismuskonzeptes mehrheitsfähig. Der moderne Sozialismus bedeutet nicht mehr die „kollektive Aneignung der Produktionsmittel“ (S. 37), er ist „nicht mehr als ‚System‘ zu definieren“, das dem

„kapitalistischen System ein System der Planwirtschaft“ als Totalalternative gegenüberstellt. (S. 23)

Im Gegensatz zu dem in Frankreichs besonders langlebigen revolutionären Sozialismus bekennt sich Jospin ausdrücklich zum Reformsozialismus: „Die Reform ist unsere Methode der sozialen Transformation. ... Sie ist ein zentrales Element unserer politischen Identität: unser Sozialismus ist reformistisch.“ (S. 76) (Der moderne Sozialismus in Frankreich ist weitgehend identisch mit dem grundwertorientierten Reformsozialismus des Godesberger Programms, das namentlich noch einigen bekannt ist, und dem Berliner Programm von 1989, von dem auch der Name vergessen ist.)

Im modernen Sozialismus bilden Werte den Kern der politischen Identität: „Wenn er nicht mehr ein System ist, ist der Sozialismus ein Ensemble von Werten, eine Vision der Geschichte, eine Zivilisation.“ (S. 62) Während die Werte in einer sich verändernden Welt unverändert bleiben müssen, können und müssen sich die Mittel verändern: „Es sind unsere Werte, die unsere politische Identität begründen, mehr als die einzusetzenden Mittel, um sie zu erreichen. Wenn die Ziele, die wir mit unserem Engagement verfolgen, unverändert bleiben müssen, so können doch die Mittel kritisch überprüft, angepaßt, also verändert werden, wenn es die Umstände erfordern.“ (S. 81)

Die Berufung auf ein „Ensemble von Werten“ bedeutet keineswegs, dass der moderne Sozialismus, wie der Kommunitarismus, auf Kapitalismuskritik verzichtet und nur noch moralische Appelle an die Bürger richtet: Wenn ihr alle im Sinne gemeinschaftsorientierter Werte besser werdet, wird alles gut werden.

Die Werte des Sozialismus, vor allem Freiheit, Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, sind auf gesellschaftliche Strukturen bezogen. Sie sind nicht Ersatz für Kapitalismuskritik, sondern normative Grundlage sowohl für Analyse und Kritik als auch für die Begründung von Reformprogrammen zur Gestaltung und Veränderung der Gesellschaft: „Sozialist sein heißt, eine gerechtere Gesellschaft zu bauen. Sozialist sein bedeutet also, sich zu bemühen, die Ungleichheiten zu reduzieren. ... Wir haben die Berufung, die Gesellschaft für die Schwachen weniger hart zu machen und von den Mächtigen mehr zu fordern.“ (S. 47)

Auf das Angebot, das Blair-Schröder-Papier auch unterzeichnen zu dürfen, hatte Jospin mit „non“ geantwortet.

„Wir sind nicht
„Liberale von links“.
Wir sind Sozialisten.“
(Jospin)

Den Kern einer grundwerte- und praxisorientierten Kapitalismuskritik hat Jospin erstmals am 19. Juni 1998 in Washington und am 23. Juli in London in der einprägsamen Formel zusammengefaßt, die ein Jahr später – was viele übersehen haben – auch in das Blair-Schröder-Papier aufgenommen wurde: „Ja zur Marktwirtschaft, nein zur Marktgesellschaft.“ Der Markt, im Neoliberalismus ebenso exaltiert vergöttert wie im Marxismus-Leninismus verteufelt, wird im modernen Sozialismus ohne ideologische Scheuklappen einer nüchternen kritisch-rationalen Analyse unterzogen: „Was die Schaffung des Reichtums und die Zuteilung von Ressourcen betrifft, so ist die Überlegenheit des Marktes über die Planwirtschaft unbestritten bewiesen. Aber deshalb machen wir den Markt keineswegs zu einem Wert. Der Markt ist ein Instrument – effizient und wertvoll.“ (S. 63)

Aus der positiven Einschätzung des „Marktes als eine Technik der Produktion und der Ressourcenzuteilung“ (S. 83) folgt das „Ja zur Marktwirtschaft“. Doch so positiv die Rationalität des Marktes für das Wirtschaftssystem ist, so verheerend wäre es, sie auf die Gesamtgesellschaft und den Staat zu übertragen: „Wenn die Rationalität des Marktes über die des Staates triumphierte, hätte das zur Folge die Explosion der Ungleichheiten, die Auflösung des sozialen Zusammenhalts, die Gefährdung unserer Umwelt, die Schwächung unseres kulturellen Reichtums, den Verlust langfristiger Perspektiven, das Vergessen eines nationalen Projekts.“ (S. 84) Aus der Einsicht in die verhängnisvollen Wirkungen der Marktrationalität jenseits des Wirtschaftssystems folgt das entschiedene „Nein zur Marktgesellschaft.“

Gegen das Vordringen der Marktgesellschaft ist der Sozialismus „als

soziale Bewegung und als politische Praxis“ eine „bestimmte Art, die Gesellschaft zu regulieren und die Wirtschaft in den Dienst der Menschen zu stellen.“ (S. 23) Sozialisten können sich nicht mit einer Marktgesellschaft abfinden, in der die Menschen in den Dienst der Wirtschaft gestellt werden und nur den „Wert“ haben, den sie als Produktionsfaktor für die Wirtschaft haben. Denn für den Sozialismus als Humanismus ist der Mensch selbst Zweck und höchster Wert, der in einer menschlichen Gesellschaft nicht zum Mittel für den „höheren“ Wert des Profits degradiert werden darf.

„Eine menschliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die nicht durch den Markt beherrscht wird. Eine Gesellschaft, deren Werte nicht der Logik des Profits unterworfen werden, des ‚immer mehr‘ für die, die schon viel haben. ... Wir wollen, dass die wirtschaftliche Öffnung einher geht mit der Berücksichtigung der sozialen Rechte, dem Schutz der Umwelt, der kulturellen Identitäten. Eine menschliche Gesellschaft ist eine Gesellschaft, in der nicht alles zur Ware gemacht wird. Die menschliche Arbeit ist keine Ware. Die Werke des menschlichen Geistes können nicht auf einfache Waren reduziert werden. ... Der menschliche Körper ist keine Ware. ... Die Gesundheit der Menschen ist keine Ware.“ (S. 103)

Die Informationen über die sozialen Folgen eines entfesselten Kapitalismus, auch die Bekenntnisse zu sozialer Gerechtigkeit und einer menschlichen Gesellschaft, sind auch bei uns täglich in fast allen Medien zu finden. Und es gibt auch bei uns deutliche Meinungsverschiedenheiten über die Bewertung dieses Prozesses, der von den einen begrüßt, von anderen beklagt wird. Doch in den intellektuellen Diskursen ist fast im gesamten Meinungsspektrum das deterministische Weltbild des Neoliberalismus vorherrschend, das strukturell mit dem dogmatischen Marxismus-Leninismus identisch ist: Die objektiven ökonomischen Naturgesetze determinieren global die gesellschaftliche Entwicklung und lassen den Menschen keinen Spielraum für bewußt gewählte alternative Zielsetzungen. Sie können nur diese objektiven Gesetzmäßigkeiten erkennen, um in Übereinstimmung mit ihnen moderne Politik zu machen. Niemand kann gegen die objektiven Gesetze der Wirtschaft regieren. Denn gegen die objektiven Gesetze der Wirtschaft ist jedes von einem demo-

kratisch gewählten Parlament beschlossene Gesetz nur ohnmächtiger politischer Voluntarismus. Das, was im Marxismus-Leninismus nur Programm war, hat der Neoliberalismus verwirklicht: „Der Mensch ohne Alternative.“ (Kolakowski)

Fast im gesamten Meinungsspektrum in den intellektuellen Diskursen H E R R S C H T Konsens über eine „modernisierte“ Formel des früheren marxistischen Geschichtsoptimismus: „Den digitalen Kapitalismus (Glötz, bei Bebel Sozialismus) in seinem Lauf, halten weder Ochs noch Esel auf!“ Die Neoliberalen, die dies als objektive Entwicklung zum modernen Endziel der Geschichte bejubeln, wissen sogar, wie man diesen sowieso unaufhaltsamen Lauf noch durch „moderne“ Politik beschleunigen kann. Auf der anderen Seite wird dieser Lauf durchaus zwar heftig beklagt, aber zugleich darüber gejamert, dass man absolut nichts gegen diese Entwicklung in die soziale Katastrophe tun kann.

Exemplarisch für diesen intellektuellen Fatalismus ist ein Interview des amerikanischen Linksintellektuellen Richard Rorty in der Frankfurter Rundschau vom 1.8.2000; „Es besteht die Gefahr, dass wir den globalen Kapitalismus brutaler erleben werden als wir uns das je vorstellen konnten. Aber ich sehe niemanden, der eine Vorstellung davon hätte, wie das zu vermeiden wäre“.

Diese fatalistische Haltung ist in den intellektuellen Diskursen HERRSCHENDER Konsens, gegen den niemand verstoßen darf, der als ernstzunehmender „moderner“ Denker akzeptiert werden möchte. (Da Günter Grass permanent und unbelehrbar gegen diesen Konsens verstoßen hat, wurde er in Deutschland aus diesen Diskursen ausgegrenzt)

Selbstverständlich erheben in den politischen Auseinandersetzungen auch in Deutschland alle Parteien den Anspruch, die Globalisierung gestalten zu wollen. Aber damit stellen sie das in den intellektuellen Diskursen vorHERRSCHENDE deterministische neoliberale Weltbild nicht in Frage.

In Frankreich dagegen stellt die Linke jenem neoliberalen Weltbild ein alternatives Paradigma für die Interpretation der Gesellschaft entgegen, das ausdrücklich die Möglichkeit von Handlungsalternativen anerkennt. (Übrigens: von Handeln überhaupt, also auch von politischem Handeln, kann man nur sprechen, wenn es Alternativen gibt, die in gesetzmäßigen

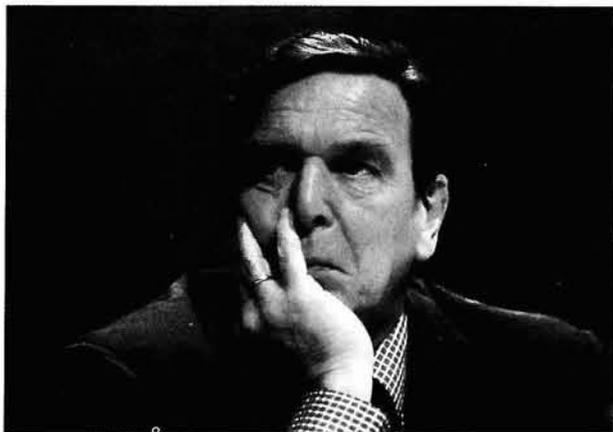


Foto: Christian Kiel (Berlin)

Naturprozessen nicht vorhanden sind.)

Begünstigt durch die linke Hege-
monie in den intellektuellen Diskursen
kann Jospin sein sozialistisches Re-
formprogramm nicht nur politisch
begründen, sondern auf der Grundla-
ge einer alternativen Gesellschafts-
theorie, die dem neoliberalen Para-
digma grundsätzlich widerspricht:
„Wir anerkennen und akzeptieren voll
die Globalisierung. Aber sie ist für uns
keine objektive Fatalität. Sie ist selbst
Menschenwerk.“ (S. 41) Die Realität
zur Kenntnis zu nehmen, darf nicht
zu „Immobilismus oder Fatalismus“
führen: „Sich an die Wirklichkeit an-
passen: ja. Sich abfinden mit einem
angeblich naturgegebenen kapitalisti-
schen Modell: nein.“ (S. 43)

Dem Fatalismus oder auch einem
Wunschdenken setzt Jospin „einen
realistischen Voluntarismus“ entge-
gen: „Wir wollen von der Wirklichkeit
ausgehen, um sie besser transformie-
ren zu können.“ (S. 85) Die kritische
Analyse dieser Wirklichkeit hat immer
das Ziel, Handlungsspielräume für
ihre Veränderung im Sinne der sozia-
listischen Grundwerte zu erkennen:
„Die Gesellschaft transformieren, um
sie gerechter zu machen. Wir wollen
das tun, indem wir die Modernität
akzeptieren, aber auch gestalten.“ (S.
37) In Anspielung auf die 11. Feuer-
bach-These von Marx bekennt Jospin:
„Die Welt hat sich verändert, und sie
hat uns verändert, aber wir haben
nicht den Willen aufgegeben, die
Welt zu verändern.“ (S. 88)

Die Sozialisten als Hauptkraft der
französischen Linken halten also aus-
drücklich an der gesellschaftsverän-
dernden Zielsetzung der sozialisti-
schen Arbeiterbewegung fest. Und
ohne den beliebten Vorwurf des „Eta-
tismus“ zu fürchten, benennen sie
den Staat als das entscheidende In-
strument, um die gesellschaftliche
Entwicklung nicht den Marktgesetzen
auszuliefern, sondern durch sozialisti-
sche Reformpolitik bewußt zu gestal-
ten.

Bereits im Wahlkampf für die vor-
gezogenen Parlamentswahlen im
Frühjahr 1977 hatte Jospin die zen-
trale Zielsetzung einer linken Regie-
rung formuliert: Die Autorität der po-
litischen Macht wiederherstellen und
den Bürgern zeigen, dass sich die po-
litische Macht nicht mit der ökonomi-
schen Macht identifiziert.

Allgemeines Ziel linker Politik ge-
gen einen Siegeszug der Marktgesell-
schaft ist die Schaffung eines „neuen
Gleichgewichts zwischen Staat und

Markt“. Zu diesem Zweck ist weiter-
hin ein starker öffentlicher Sektor und
öffentlicher Dienst notwendig: „Für
uns ist der öffentliche Dienst ein Wert.
... Er befindet sich im Zentrum des so-
zialen Zusammenhalts. Er ist einer der
Garanten der Gleichheit zwischen
den Staatsbürgern. Der öffentliche
Dienst ist weder archaisch noch über-
holt.“ Ein starkes öffentliches Rund-
funk- und Fernsehsystem „ist unver-
zichtbar, um die Qualität und Vielfalt
der Programme zu garantieren, um
die kulturellen Leistungen zu fördern.
Es muß dazu beitragen, dass alle Zu-
gang zum Wissen erhalten.“ (S. 83)

Um die Forderung nach einem
neuen Gleichgewicht zwischen Staat
und Markt zu rechtfertigen, präzisiert
Jospin seinen Staatsbegriff: „In einem
demokratischen Land wie dem unse-
ren ist der Staat nicht in erster Linie
eine Bürokratie, noch weniger ein
Herrschaftsinstrument. Er ist, durch
seine Regierung und sein gewähltes
Parlament, das Ergebnis der demo-
kratischen Debatte; ... er muß sich be-
mühen, das allgemeine Interesse zu
verkörpern und die Forderungen der
Staatsbürger umzusetzen.“ (S. 84)

Gegen den neoliberalen Schlach-
tief „Deregulierung“ fordert Jospin
„die unverzichtbare Regulierung des
Kapitalismus, die auf den politischen
Willen und die öffentliche Gewalt an-
gewiesen ist.“ (S. 35) Diese politische
Regulierung ist notwendig, weil „die
Dynamik des Kapitalismus ... eine
Kraft ist, die aus sich selbst heraus
weder Zielrichtung noch Projekt oder
Sinn produziert, also jene Elemente,
die für eine Gesellschaft unverzichtbar
sind. Der Kapitalismus ist eine Kraft,
die fortschreitet, aber nicht weiß, wo-
hin sie geht.“ (S. 39)

Besonders die für viele Länder ver-
heerenden Finanzkrisen der letzten
Jahre haben „die Notwendigkeit einer
Regulierung des Kapitalismus“ aufge-
zeigt. (S.40) Die Regulierung der Fi-
nanzmärkte ist notwendig, weil der
Zusammenhang zwischen den „Fi-
nanztransaktionen und der eigentli-
chen Produktion bzw. der sozialen
Wirklichkeit“ unterbrochen worden
ist. (S. 39)

Während die Linke zeitweilig die
Umverteilung in den Mittelpunkt ihrer
Politik stellte, müssen die Sozialisten
jetzt sowohl durch aktive Industriepo-
litik der Produktion selbst als auch der
Umverteilung im Sinne der Solidarität
besondere Aufmerksamkeit widmen.
Aus Schumpeters Theorie, dass
Wachstum besonders durch Innovati-
on und Unternehmertätigkeit geför-

dert wird, leitet Jospin die Schlußfol-
gerung ab, dass angesichts einer
technologischen Revolution und der
Globalisierung „Innovation auch zur
Aufgabe des Staates wird“. (S. 453)

Ein „Staat als Strategie“ richtet sei-
ne Anstrengungen auf künftige
Wachstumsbereiche und gibt not-
wendige Impulse. Daher „hat unsere
Regierung der Entwicklung der neuen
Informations- und Kommunikationste-
chnologien entscheidende Unter-
stützung gewährt. Denn, in Frank-
reich, vollzog sich ihr Aufschwung
nicht spontan. Die Unternehmen zög-
erten mit ihrem Engagement und
der Rückstand unseres Landes vergrö-
ßerte sich. Durch unseren politischen
Willen haben wir, ohne uns an die
Stelle der eigentlichen Akteure zu set-
zen, die Produktion neuer Dienstlei-
stungen, die Gründung von Unter-
nehmen und damit die Schaffung von
Arbeitsplätzen ... erleichtert.“ (S. 45f.)
Zu dieser Innovation und zum Wachs-
tum hat auch beigetragen „ein Staat
als Investor, der seine Verantwortung
für die Verbesserung der Infrastrukt-
uren, der Industrieanlagen, der Kom-
munikation, der Bildung, der For-
schung wahrgenommen hat.“ (S. 46)

Eine weitere Notwendigkeit ist
„der Staat, der Regeln setzt.“ Im Ge-
gensatz zur Rechten, die diesen Auf-
gabenbereich reduzieren möchte,
sind die Sozialisten der Meinung, dass
die Befolgung der „notwendigen Re-
geln dem guten Funktionieren der
Marktwirtschaft“ und der „ökonomi-
schen Effizienz“ dient. (S. 46) Mit die-
sen Konzepten aktiver Wirtschaftspo-
litik erinnert der Staat daran, „dass
die Wirtschaft vor allem im Dienst der
gesamten menschlichen Gemein-
schaft“ steht. (S. 46)

Dem grundsätzlichen Ziel, die
Wirtschaft stärker in den Dienst der
gesamten menschlichen Gemein-
schaft zu stellen, dient das Reform-
programm der Regierung. Indem sie
„die Reform in den Dienst der sozia-
len Transformation stellt, rehabilitiert
sie „die Idee der Reform, die von der
Rechten verfälscht wurde. Für diese
bedeutet Reform, den öffentlichen
Dienst abbauen, das soziale Netz re-
duzieren, die Errungenschaften von
Jahrzehnten des Fortschritts in Frage
stellen. Für uns dagegen ... bleibt Re-
form identisch mit Fortschritt.“ (S. 38)
Kriterium für eine „linke Wirtschaft-
politik“ ist es unter diesem Gesichts-
punkt, „der Schaffung von Arbeits-
plätzen und dem Kampf gegen sozia-
le Ungleichheiten Priorität zu verlei-
hen“. (S. 82) (Dagegen behauptet die

*Die Werte des
Sozialismus sind auf
gesellschaftliche
Strukturen bezogen.
Sie sind nicht Ersatz
für Kapitalismus-
kritik.*

neoliberale Ideologie, gerade die Vertiefung der sozialen Ungleichheiten und der Abbau des sozialen Schutzes dienen der Schaffung von Arbeitsplätzen.)

Im Gegensatz zur verschleiernenden neoliberalen Ideologie, die in der Gesellschaft nur das Neben- und Gegen-einander gleichberechtigter Individuen sieht, gelangen die französischen Sozialisten auf der Grundlage empirischer Analysen zu einem anderen Bild von der Struktur der Gesellschaft: „Die französische Gesellschaft bleibt in Klassen strukturiert, selbst wenn ihre Grenzen oft weniger deutlich sind und sich verschieben.“ (S. 106) Auf diesem empirischen Hintergrund fragen die Sozialisten zunächst nicht, mit welchem Image und welcher Werbeagentur können wir auf dem Wählermarkt einen möglichst hohen Marktanteil für unser Warenangebot gewinnen. Sie fragen vielmehr nach der sozialen Lage und den Interessen der Menschen, mit deren Unterstützung und für die sie ein linkes Reformprogramm umsetzen wollen.

Da eine breite Wählerbasis nicht homogen ist und auch nicht a priori identische Interessen hat, muss erst durch die öffentliche Diskussion und Überzeugungsarbeit eine Interessenkonvergenz zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen oder Klassen hergestellt werden, um „ein neues Bündnis“ zu schaffen. Jospin will mit seinem Reformprogramm drei Klassen ansprechen und zusammenführen, und zwar „die Ausgegrenzten (les exclus), die breiten Volksschichten (les classes populaires) und die Mittelschichten (les classes moyennes)“ (S. 106) obwohl sich die breiten Volksschichten verändert haben, „gibt es in Frankreich immer noch, auch wenn das Wort nicht mehr verwendet wird, eine ‚Arbeiterklasse‘. Früher im zweiten, industriellen Sektor konzentriert, befinden sich diese Schichten heute auch im Dienstleistungssektor. Es sind Menschen, die unter schlechten Bedingungen hart arbeiten und wenig verdienen.“ (S. 107) Gegenwärtig muß sich aber die Linke auch mehr als bisher um die Mittelschichten kümmern, „eine Gruppe von vorwiegend Gehaltsempfängern, in sich sehr differenziert, die eine wachsende Rolle in der französischen Gesellschaft spielt“. (S. 107)

Diese drei Klassen, die durchaus jeweils spezifische, manchmal divergierende Interessen haben, haben auch gemeinsame Sorgen und Ziele: „Die Schaffung von Arbeitsplätzen,

den Rückgang unsicherer Lebensverhältnisse, die Verbesserung des Bildungssystems, die Konsolidierung der sozialen Sicherheit. Sie können sich also in unserem Projekt der sozialen Transformation wiederfinden.“ (S. 107f.)

Für die „Ausgegrenzten“ betreibt die Regierung eine „Politik der bewußten Integration“, und zwar „durch die Schule, die Arbeit und die Beteiligung an der öffentlichen demokratischen Debatte“, um aus Individuen „Bürger einer gleichen Gemeinschaft zu machen.“ (S. 106) Zur praktischen Umsetzung dieses Integrationszieles verweist Jospin auf die Erhöhung der Ausgaben für das Bildungssystem, die Schulreform, das „Gesetz gegen Ausgrenzungen“, die Ausweitung des Krankenversicherungsschusses auf bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen. (Finanziert wird diese Ausweitung der sozialen Sicherheit nicht durch erhöhte Abgaben auf Arbeitseinkommen, sondern eine Erhöhung der allgemeinen Sozialabgaben auf alle Einkommen, also auch Unternehmergewinne.)

Für die breiten Volksschichten, „die hart arbeiten und wenig verdienen“, hat die Linksregierung im Jahr 2000 die Steuern, die die Rechte kräftig erhöht hatte, reduziert. Dabei wurde die Besteuerung gerechter gestaltet, und zwar zugunsten der Einkommen für Arbeit und zu Lasten der Kapitaleinkommen. Das diente zugleich der Steigerung der „Kaufkraft und der sozialen Gerechtigkeit“, (S. 109)

Wenn französische Sozialisten von ihren Erfolgen sprechen, betonen sie immer wieder, dass diese das Ergebnis eines politischen Willens und einer bestimmten Politik sind: Die nachfrageorientierte Politik zur Belebung der Binnennachfrage trug bei zu höherem Konsum, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen, zu höherer Investitionstätigkeit, zu höherem Wachstum und zu höheren Steuereinnahmen. So konnte die Regierung am 31. August „das größte Steuersenkungsprogramm in der Geschichte der Fünften Republik“ (FAZ 1. 9. 2000) ankündigen, das die Bürger um rund 60 Milliarden DM entlastet.

Im wirtschaftlichen Erfolg Frankreichs, das höhere Wachstumsraten aufweist als die anderen großen europäischen Staaten, sieht Marisol Touraine, Abgeordnete und Nationale Sekretärin Für Solidarität der Sozialisti-

schen Partei, einen Beweis „für die Gültigkeit eines erneuerten Keynesianismus.“ (Mansol Touraine, Un nouveau compromis social, in: ebd., S. 86 Ebd., S. 86) Um wirtschaftliche Aktivitäten und Unternehmergeist zu ermutigen, brauchen soziale Schutzrechte nicht abgebaut zu werden. „Kein ‚ökonomisches Gesetz‘ zwingt dazu, die Lohnempfänger auf dem Altar der Effizienz zu opfern.“ (ebd. S. 86)

Das Ziel der Linksregierung, „ein neues Gleichgewicht zwischen Staat und Markt wiederherzustellen“ ist identisch mit der Verteidigung des europäischen Sozialstaatsmodells gegen das Vordringen des neoamerikanischen asozialen Kapitalismus. Wenn das gelingt, auf europäischer Ebene, dann kann es nicht mehr heißen: Niemand kann gegen die Wirtschaft regieren, dann muß gelten: In einem demokratischen Staat muß die Wirtschaft den demokratischen Willen der Mehrheit respektieren, so dass sie nicht gegen die demokratisch legitimierte Politik „wirtschaften“ kann. Die kleine Minderheit der ökonomischen Machtelite genießt zwar „Minderheitenschutz, aber kein Vetorecht gegen demokratische Mehrheitsentscheidungen.

Wegen der linken intellektuellen Hegemonie in Frankreich steht die Politik der Regierung unter Druck von links, während sie in Deutschland wegen der rechten intellektuellen Hegemonie unter Druck von rechts steht. Auf diesem Hintergrund läßt sich das Fazit begründen: Die Reformpolitik der französischen Regierung ist nicht erfolgreich, obwohl sie links und sozialistisch ist, sondern gerade weil sie sich selbstbewusst zu ihrer linken und sozialistischen Überzeugung bekennt. spw

1 Die „wichtigsten“ Beiträge Jospins, repräsentativ für das theoretisch-programmatische Selbstverständnis der französischen Sozialisten, sind dokumentiert in: Lionel Jospin, Le socialisme moderne. Les Notes de la Fondation Jean-Jaurès, No. 15 - mars 2000. Folgende Einzelbeiträge: Le socialisme français et la social-démocratie européenne, septembre 1999, S. 21-52. (Auch Antwort auf das Blair-Schröder-Papier) Être socialiste, Congress de l'Internationale Socialiste, Paris 8 novembre 1999. S.53-72. Le discours de la réforme, Université d'état du PS, La Rochelle, 30 août 1998, S. 73 - ,90 La nouvelle alliance, Université. d'état du PS, La Rochelle, 30 août 1999, S.91-111. Die im laufenden Text in Klammern angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf diese vier Beiträge Jospins in der o. g. Publikation.

Die Sozialisten halten ausdrücklich an der gesellschafts-verändernden Zielsetzung der sozialistischen Arbeiterbewegung fest.

Die große Transformation des 21. Jahrhunderts

Ein Entwurf der politischen Ökologie. Mit einem Nachwort von Frieder Otto Wolf, Westfälisches Dampfboot Münster 2000, 184 S., 29,80 DM

Warum ist es so schwer, einen gesellschaftlichen Entwicklungsweg zu konzipieren, der ökonomische und ökologische Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Entwicklungsweges theoretisch zusammensieht, und daraus strategische politische Konsequenzen zu ziehen? Die dazu erforderliche Beschäftigung mit der Entwicklung des Stoffwechsels zwischen Mensch, als Teil der Natur, und der Berücksichtigung der Natur und der äußeren Natur durch Arbeit zur Subsistenz der Gattung und der Berücksichtigung der von der Natur gesetzten Grenzen, deren Überschreitung für den Preis ökologischer Krisen erfolgt, ist in der Linken höchst kontrovers. Einerseits ist die Gegenüberstellung der unberührten Natur, deren Produktivität von den Menschen bedroht ist, und dem Mensch als Nutznießer der Natur zu überwinden, andererseits die Abtrennung der Natur von der Wirtschaftsweise seit der klassischen Ökonomie auch bei der Linken und die vermeintliche Emanzipation des Menschen von der Natur in der Moderne und die Übertragung der Natur an die Naturwissenschaften zu korrigieren und die Natur in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zurück zu holen.

Es ist das Verdienst des Verlags Westfälisches Dampfboot und von Frieder Otto Wolf, Alain Lipietz Entwurf einer politischen Ökologie den deutschen LeserInnen zugänglich gemacht zu haben. Angesichts der BSE-Krise und der Ratlosigkeit auch der rot-grünen Bundesregierung erhält der Versuch, ökologische und ökonomische Krisenerscheinungen zusammen zu denken und aktuelle Reformvorschläge in eine Zukunftsstrategie einzubinden, hohe Attraktivität. Alain Lipietz, Forschungsdirektor an der staatlichen französischen Forschungsorganisation CNRS und Europaabgeordneter der Grünen, führt in seiner Person wissenschaftliche und reformpolitische Praxis zusammen. Es verwundert daher nicht, dass er seine Überlegungen auch als Legitimation für eine eigenständige grüne Partei benutzt. Allerdings gesteht er auch andere politisch-organisatorische Konsequenzen zu: „Ob mensch neue Parteien gründet oder im Rahmen der alten Parteien den Kampf aufnimmt, in jedem Fall gibt es einen Platz für eine politische Ökologie, die eine Reihe gesellschaftlicher Bestrebungen zu einem

gemeinsamen Projekt zusammenfasst.“ (S. 42). Dabei stellt er differenziert die Gründe für die Abwesenheit der Ökologie in den kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien dar.

Der zentrale Denkanstoß des Buches ist es, dass Lipietz in seiner Figur des Dreiecks der Ökologie - Individuum als Teil der Natur, organisierte Tätigkeit, um die Bedürfnisse der Gemeinschaft der Individuen zu befriedigen, durch diese Tätigkeit verursachte Veränderung der Umwelt - die stoffliche Seite der Wirtschaft der Geldseite der Wirtschaft gegenüberstellt. Wirtschaft muss sich der „Tragfähigkeit“ eines Territoriums vergewissern, wenn sie ökologische Krisen vermeiden will. Die stoffliche Seite der Ökonomie setzt der Geldseite der Ökonomie natürliche Grenzen. Das gilt insbesondere in der sich globalisierenden Wirtschaft.

Lipietz sieht mit Recht die ökologischen Krisen einer Gesellschaft immer auch als Krisen der in dieser Gesellschaft herrschenden ökonomischen und sozialen Verhältnisse. Diese These wird im Kapitel „Bausteine für eine Geschichte der ökologischen Krisen“ von der Frühgeschichte an unter dem Aspekt einer Entwicklung von Knappheitskrisen zu den sozialökologischen Krisen in einzelnen Regionen bis hin zu globalen Krisen aus der ökologischen Krisenhaftigkeit des wissenschaftlichen-technischen Fortschritts heraus dargestellt. Es fällt auf, dass die Umweltgeschichtsschreibung in Deutschland in den letzten Jahren wesentlich höhere Konkretheit der Beschreibung der Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur erreicht hat, als in den sehr allgemeinen Formulierungen von Lipietz. (vgl. zuletzt Joachim Radkau, *Natur und Macht - Eine Weltgeschichte der Umwelt*, Verlag C.H.Beck, München 2000). Hier wird aufgezeigt, dass es Gesellschaften durchaus gelingt ökologisch verträglich zu wirtschaften, dass jedoch stets mit der Unterwerfung unter ungehemmtes Verwertungsinteresse zunächst durch Eroberung von außen, dann durch kapitalistische Durchdringung der Gesellschaften die örtliche Entwicklung sich krisenhaft zuspitzt.

Gemeinsam ist Lipietz und Radkau, dass sie die Kategorie der Nachhaltigkeit als eine Kategorie für die Zusammenführung von Natur, Wirtschaft und Politik entwickeln. Dabei ist bei Lipietz die Kategorie produktiv weiterentwickelt worden. Für ihn hat Nachhaltigkeit zwei komplementäre Dimensionen - eine soziale und ökologische. „In der Gegenwart muss ein solches Entwicklungsmodell jedem einzelnen die Befriedigung ermöglichen - und zwar angefangen bei den ärmsten, mittellosesten Gesellschaftsmitgliedern (S.

21), zum zweiten muss ein solches Entwicklungsmodell auf Dauer angelegt sein (S. 23) und die natürlichen Lebensgrundlagen sichern. Dieses Prinzip konkretisiert Lipietz in den Kapiteln „Die Regulierung der lokalen ökologischen Krisen“, „Es geht darum, die Verallgemeinerung der lokalen ökologischen Krisen zum Stillstand zu bringen und die Weltwirtschaft zu zähmen“ sowie „Die globalen ökologischen Krisen, speziell der Treibhauseffekt“ zu strukturellen, aber auch auf das Bewusstsein der Individuen zielenden Reformforderungen. In Anlehnung an Karl Polanyi, dessen Hauptwerk „The Great Transformation“ offenbar auch Titelgeber für Lipietz war, fordert er die ökologische Transformation des Kapitalismus“, die die natürliche Begrenzung des Fortschritts operationalisierbar macht.

Dabei ist die Politik eine Form angewandter guter oder schlechter politischer Ökologie. Lipietz ist sich bewußt, dass es notwendig ist, zwischen ökologischer Bewegung und sozialer Bewegung die Interessenidentitäten sichtbar zu machen. Ins Zentrum stellt er die Verteidigung der Landschaft gegenüber den kommerziellen Zugriffen, die als nicht koordinierte Aktivitäten das Gesicht der Landschaft verändern.

Menschen als bewusste Beobachter ihrer Landschaft seien bereit, Anwälte der Natur zu werden. Das sei die Basis für eine Ethik des ökologischen Engagements. Das Ziel umfassender nachhaltiger Entwicklung könne das gemeinsame Projekt der politischen Ökologie werden. Ziel ist für Lipietz eine Bewegung für Umweltschutz und für Sozialismus. Sie muss Antworten finden auf die Fragen: wie wird gearbeitet, was wird produziert, was ist gutes Leben? Diese Antworten seien die Voraussetzungen für die soziale und ökologische Regulation des Marktes im Zeichen der Globalisierung der Krisen.

Das anregende Buch verdient, dass die Linke in Deutschland die Denkanstöße aufgreift. Frieder Otto Wolf erinnert in seinem ambitionierten Nachwort daran, dass die ökologische Frage bereits bei Marx angelegt war, allerdings nicht weiter verfolgt wurde. Dabei geht es sowohl um die Rezeption dieser Ansätze als auch um die Ausdifferenzierung der Kategorie der Nachhaltigkeit in einzelnen politischen Handlungsfeldern und in Richtung grenzüberschreitenden Handelns. Die Einbeziehung der stofflichen Seite macht deutlich, dass es grenzüberschreitende Wirkungszusammenhänge gibt, die sich nicht in Handels- und Marktbeziehungen übersetzen und auflösen lassen. Deshalb ist das Primat der Politik Kern einer politischen Ökologie.

(Horst Peter, Kassel)

spw



① Ulrike Winkler (Hg.); Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte; DM 29,80

② Heiner Ganßmann; Politische Ökonomie des Sozialstaats; 195 S.; DM 29,80



③ Andreas Klärner; Aufstand der Ressentiments. Einwanderungsdiskurs, völkischer Nationalismus und die Kampagne der CDU/CSU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft 166 Seiten; DM 28.-

④ Pierre Bourdieu/Erhard Eppler/ Renate Ohr/Klaus Zwickel u.a.; Neue Wege der Regulierung. Vom Terror der Ökonomie zum Primat der Politik ca. 160 Seiten; ca. DM 24,80;



⑤ Alain Lipietz; Die große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie, 192 S.; DM 29,80

⑥ Brigitte Stolz-Wilg/Mechthild Veil (Hrsg.) Arbeit & Demokratie. Solidaritätspotenziale im flexibilisierten Kapitalismus ca. 176 Seiten; ca. DM 24,80

